





Die polnische Frage
im
Hause der Abgeordneten
des preußischen Landtages
zu Berlin

nach stenographischen Berichten.



Preis .M. 1,20,

Posen 1917.

Druck und Verlag der Verlagsbuchdruckerei von Webe, Wintewicz
(Inhaber Josef Wintewicz).

Inhalt.

40. Sitzung — Montag den 20. November 1916.

	Seite
1. Antrag von Heydebrand, Dr. Friedberg, Frhr. von Zedlitz und Neukirch und Genossen	6

Reden der Abgeordneten und Minister:

2. Dr. v. Heydebrand und der Lase (kons.)	8
3. von Loebell (Minister des Innern)	10
4. Dr. Pachnicke (fortschr. V.-P.)	14
5. Frhr. v. Zedlitz und Neukirch (freikons.)	17
6. Styczyński (Pole)	21
7. Dr. Friedberg (nat.-lib.)	24
8. Herold (Zentrum)	30
9. Ströbel (Soz.-Dem.)	33
10. von Loebell (Minister des Innern)	60

52. Sitzung — Freitag den 19. Januar 1917.

11. Korfanty (Pole)	64
12. von Loebell (Minister des Innern)	81

58. Sitzung — Donnerstag den 15. Februar 1917.

13. von Trąmpczyński (Pole)	87
14. von Loebell (Minister des Innern)	106
15. Cassel (fortsch. V.-P.)	114

59. Sitzung — Freitag den 16. Februar 1917.

16. Korfanty (Pole)	119
-------------------------------	-----

Die polnische Frage im Hause der
Abgeordneten des preußischen
Landtages zu Berlin.

Die polnische Frage

im

Hause der Abgeordneten
des preussischen Landtages
zu Berlin

nach stenographischen Berichten.



Posen 1917.

Druck und Verlag der Verlagsbuchdruckerei
von Gebr. Winiewicz (Inh. Josef Winiewicz), Berlinerstr.



943.8

Die poln.

~~1944~~
2/18 M/S

943.8

ZBIORY ŚLĄSKIE

Akc V Nr 18/6/62/C

Haus der Abgeordneten
22-te Legislaturperiode, III-te Session
1916/17.

Antrag
der Abgeordneten
von Heydebrand,
Dr. Friedberg,
Frhr. von Bedlich und Neufirsch
und Genossen.

Das Haus der Abgeordneten wolle beschliessen,
folgende Erklärung abzugeben:

Mit der **Proklamierung des selbständigen Königreichs Polen** ist unter Zustimmung und Verantwortung der Königlichen Staatsregierung, ohne dass dem Landtage Gelegenheit zur Meinungsäusserung gegeben worden ist, ein Schritt getan, der wichtigste Lebensinteressen des preussischen Staates berührt.

Das Haus der Abgeordneten spricht danach die bestimmte Erwartung aus, dass bei der endgültigen Ausgestaltung der Verhältnisse des seine kulturellen und nationalen Bedürfnisse frei regelnden neuen Staatswesens dauernd wirksame militärische, wirtschaftliche und allgemein politische Sicherungen Deutschlands im Königreich Polen geschaffen werden.

Das Haus der Abgeordneten behält sich seine Stellungnahme zu etwaigen politischen Schritten, welche die Interessen der polnischsprechenden Preussen berühren, nach Massgabe der weiteren Entwicklung der Verhältnisse völlig vor. Es erklärt aber schon heute keine Regelung der innerpolitischen Verhältnisse in der deutschen Ostmark für möglich, die geeignet

wäre, den deutschen Charakter der mit dem preussischen Staate unlösbar verbundenen und für das Dasein sowie die Machtstellung Preußens und Deutschlands unentbehrlichen östlichen Provinzen irgendwie zu gefährden.

Berlin, den 17. November 1916

*v. Heydebrand Dr. Friedberg
Frhr. v. Zedlitz und Neukirch.*

40 Sitzung

Montag den 20:ten November 1916.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz:

Beratung des Antrages der Abgeordneten v. Heydebrand, Dr Friedberg, Freiherr v. Zedlitz und Neukirch und Genossen, betreffend die Proklamierung des selbständigen Königreichs Polen. —

Zur Begründung des Antrages erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. v. Heydebrand und der Lase.

Dr. v. Heydebrand und der Lase

Antragsteller (kons.):

Meine Herren, die kürzlich erfolgte Proklamierung des Königreichs Polen stellt eine Tatsache von so erheblicher allgemeiner politischer Bedeutung dar und berührt die Interessen unseres preussischen Staates so nahe, dass nach Auffassung meiner politischen Freunde das preussische Abgeordnetenhaus daran nicht mit Stillschweigen vorübergehen kann. Meine politischen Freunde versagen es sich gleichwohl unter den obwaltenden Umständen, den Gründen näher nachzugehen, die zu dieser von der Königlichen Staatsregierung genehmigten Entschließung geführt haben und deren Folgen zu erörtern. Wir setzen dabei voraus:

wir erwarten und wir verlangen, dass bei der Ordnung der politischen Verhältnisse dieses neuen staatlichen Gemeinwesens die ausserordentlich grossen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu ihrer vollen und dauernden Sicherung gelangen. Unsere deutschen Soldaten, die das Königreich Polen erobert haben, sollen ihr Blut nicht umsonst für die deutschen Interessen vergossen haben.

Es ist keine Frage, meine Herren, dass die Ordnung dieser Verhältnisse in dem Königreich Polen von ganz ausserordentlich grossen Einfluss auch auf die innerpolitischen Verhältnisse unserer preussischen Provinzen sein kann und sein wird. Unter diesen Umständen, gegenüber dieser neuen Entwicklung der polnischen Frage wünschen meine politischen Freunde sich ihre Entschlüsselung über etwaige, uns zur Entscheidung vorzulegende politische Massregeln, die die Bevölkerung dieser Provinzen berühren, vollständig vorzubehalten. Wir wollen abwarten, wie die Ereignisse sich entwickeln werden sowohl in sachlicher wie auch in persönlicher Beziehung. Das eine aber muss ich schon jetzt sagen, dass wir an dem deutschen Charakter unserer preussischen Ostprovinzen nicht rütteln lassen werden und dass wir die Interessen der deutschen Bewohner dieser Provinzen nicht im Stiche lassen werden, mag kommen, was will. Unter diesen Umständen bitten wir Sie, unserem Antrag zuzustimmen.

von Loebell,

Minister des Innern:

M. H., ich setze voraus — und auch der vorliegende zur Beratung stehende Antrag und seine Begründung durch den Herrn Abgeordneten v. Heydebrand, wie wir sie soeben gehört haben, bestätigt es mir —, dass auch die Gesamtheit dieses Hohen Hauses sich unter Zurückstellung aller Bedenken und Sorgen auf den Standpunkt der Tatsachen gestellt hat, die durch das Manifest der beiden Monarchen der verbündeten Kaiserreiche geschaffen sind. Die preussische Staatsregierung trägt selbstverständlich ihren Anteil an der Verantwortung für diesen Schritt von weltgeschichtlicher Bedeutung in der zuversichtlichen Hoffnung, dass er in Gegenwart und Zukunft dem Deutschen Reiche zum Nutzen gereichen wird. In dem neuерstehenden polnischen Staate erhalten die Polen aus den Händen der siegreichen Zentralmächte ein selbständiges nationales staatliches Leben, das sie seit mehr als einem Jahrhundert ersehnt und erstrebt haben. Indem der neue polnische Staat dem Deutschen Reiche wie auch Oesterreich-Ungarn auf das engste verbunden wird, wird, so hoffen wir, auch des Deutschen Reiches Sicherheit und Machtstellung gegen Osten gefestigt und gestärkt.

Meine Herren, deutsche und polnische Lebensinteressen haben sich in diesem Weltkriege gefunden, sie sind durch das Novembermanifest verbunden worden und sollen in Zukunft untrennbar bleiben. Diese geschichtliche Tat-

sache ist bestätigt durch das Blut, das die polnischen Legionen an der Seite der heldenmütigen deutschen und österreichisch-ungarischen Heere vergossen haben und sie wird bekräftigt werden, wenn neue polnische Freiwilligenbataillone an der Seite der Widerhersteller polnischen Staatslebens, an der Seite ihrer Befreier ererbte polnische Tapferkeit einsetzen zur Verteidigung der Zukunft Polens gegen die noch immer von Osten herandrängende Gefahr.

Die Bedeutung des Ereignisses im Zusammenhang mit den politischen Problemen des Weltkrieges, mit der europäischen Gesamtpolitik hat der Herr Reichskanzler in vertraulicher Besprechung des Reichstagsausschusses eingehend dargelegt. Es ist aus naheliegenden Gründen geboten — und ich glaube mich (auch nach den Worten des Herrn Vorredners) der Zustimmung dieses Hohen Hauses versichert halten zu können —, wenn ich weitere, ins einzelne gehende allgemeine politische Darlegungen hier vermeide. Einig weiss ich mich mit den Herren Antragstellern und mit Ihnen allen, wenn ich anerkenne und betone, dass die Gestaltung der Verhältnisse jenseits unserer Ostgrenze besondere geschichtliche Aufgaben des preussischen Staates aufs innigste berührt. In den Beratungen des Staatsministeriums, die dem Erlass des Manifestes vorangingen, hat die Erörterung der preussischen Staatsinteressen ihren gebührenden Raum eingenommen. Das war selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich ist es, dass das preussische Staatsministerium bei allen ferneren Erörterungen und Entschlüssen es als seine besondere pflichtgemäße Aufgabe ansieht, unter allen Umständen die preussischen Staatsinteressen wahrzunehmen und allen nur möglichen Rückwirkungen auf das preussische Staatsinteresse, auf die

preussische Monarchie und unsere Interessen im Osten ernsteste Aufmerksamkeit zu widmen, und zwar, meine Herren, nicht nur zur Zeit, sondern auch in Zukunft und vor allen Dingen vor Gestaltung endgültiger Verhältnisse. Darüber ist kein Wort zu verlieren, dass dem preussischen Staate jeder Fussbreit Bodens seiner östlichen, in jahrzehntelanger schwerer und fruchtbare Verwaltungsarbeit zu hoher Blüte und Kultur gebrachten Ostgrenze heilig und unveräußerlich ist. Anders kann kein Preusse denken.

Seinen nationalen Aufgaben im Osten wird der preussische Staat treu bleiben. Er erfüllt damit eine Aufgabe für das ganze deutsche Volk. Die Staatsregierung erwartet zuversichtlich, dass in Zukunft die preussischen Staatsangehörigen polnischer Abstammung ihr diese Aufgabe, die sie im Osten zu erfüllen hat, erleichtern werden, indem sie fester und immer fester sich einleben und sich einfügen in die Pflichten des preussischen Staatsbürgers, und wie mit der Waffe in der Hand, so auch in der zukünftigen Friedenszeit unvergängliche Treue dem deutschen Volke erweisen, dem deutschen Volke, dessen Opfer und Siege dem polnischen Volke das Recht erstritten haben, im eigenen nationalen Staat jenseits der preussischen Grenze freie polnische Staatsbürger zu sein und zu bleiben.

Deutsche und Polen sind sich in diesem Kriege nähergetreten und sie werden sich noch nähertreten, wenn der polnische Staat jenseits unserer Grenze errichtet wird. Das ist wahr und soll wahr bleiben, und diese Wahrheit wird auch mitsprechen, wenn nach dem Kriege die Gesetzgebung und Verwaltungspraxis geprüft werden soll, welche die preussischen Staatsangehörigen polnischer Nationalität betreffen. Meine Herren, die künftigen Entschlüsse der

Regierung werden von Wohlwollen für die polnische Bevölkerung getragen sein. Mit dieser Versicherung, der die Polen allen Anlass haben voll zu vertrauen, muss es sein Genügen behalten, solange uns nicht normale friedliche Verhältnisse die Möglichkeit geben, die einschlägigen und schwierigen Aufgaben der Gesetzgebung und Verwaltung mit der Gewissenhaftigkeit zu prüfen, die notwendig ist, wenn nach preussischer Ueberlieferung über das politische Tagesbedürfnis hinaus der Zukunft genügt werden soll.

Ich verweise auf die Erklärungen, die ich im Haushaltsausschuss im Februar 1915 und im Plenum dieses Hauses im Januar 1916 abgegeben habe. Bei diesen Erklärungen bleibt es inhaltlich, vollinhaltlich. Ueber sie hinaus ein Programm zukünftiger preussischer Ostmarkenpolitik hier zu entwickeln, muss ich mir in diesen Zeiten und in diesem Augenblick versagen.

Aber, meine Herren, eins drängt es mich, gerade im Anschluss an das, was Herr v. Heydebrand gesagt hat, aus tiefster innerster Ueberzeugung zu bekennen — und ich danke den Herren Antragstellern, dass sie mir hierzu Gelegenheit geben —: die überkommenen, bisher erfüllten deutschen Aufgaben Preussens in den Ostprovinzen bleiben in naher und ferner Zukunft bestehen. Der Schutz und die Erhaltung des Deutschstums, deutschen Lebens und Wesens in den Provinzen, wo Deutsche und Polen bei einander leben, bleiben, die Aufgabe des preussischen Staates, welche er erfüllen wird für das deutsche Volk, für deutsche Kultur, für deutschen Geist. Das Kulturwerk, das Preussen für Deutschland geschaffen hat, dort in unseren Ostprovinzen, ist ein deutsches Gut von unvergleichlichem Wert; wir werden es pflegen und fördern, damit es dauern kann.

Dr. Pachnicke,

Abgeordneter (fortschr. V.-P.):

Meine Herren, in einem Augenblick, wo zur Erringung des Endsieges die Vollkraft des Volkes aufgeboten wird, sind längere öffentliche Auseinandersetzungen nicht angebracht. Ich beschränke mich deshalb auf das Notwendigste.

Der in dem Manifest des Generalgouverneurs von Warschau bekundete Entschluss der beiden Kaiser, aus den der russischen Herrschaft entrissenen polnischen Gebieten einen selbständigen Staat zu bilden, hat das Parlament vor eine vollendete Tatsache von — wie auch der Herr Minister hervorhob — weltgeschichtlicher Bedeutung gestellt. In lang ersehnter Unabhängigkeit können die dortigen Bewohner nun an der Seite der beiden verbündeten Mächte ihre Kräfte entfalten inmitten des westeuropäischen Kulturkreises, dem sie mit allen Wurzeln ihres Wesens angehören.

Wir begrüssen den wiedererstandenen Staat als unsern Bundesgenossen. Wir hoffen, zusammen mit dem Heere, das sich um die tapferen polnischen Legionen schaart, den uns aufgezwungenen Kampf zum glücklichen Ende zu führen und einen Frieden zu erreichen, unter dessen Segnungen die Völker, von keinem Feinde mehr bedroht, sich ihren Lebensaufgaben widmen.

Sollen die Hoffnungen sich erfüllen, so muss allerdings, zumal im Beginn der Entwicklung, alles vermieden werden, was Schwierig-

keiten schaffen und das *Vertrauen* zur Sache untergraben könnte. Jede Partei hat jetzt die Pflicht, das Befreiungswerk zu fördern. Eine solche *Förderung* vermögen wir in dem vorliegenden Antrag *nicht* zu erblicken. Der Antrag verlangt „militärische, wirtschaftliche und allgemein politische Sicherungen Deutschlands im Königreich Polen“. Damit wird nur etwas *Selbstverständliches* gesagt und etwas, das, wie die Unterzeichner wissen müssen, *seitens der Reichsleitung von vornherein in Aussicht genommen* worden ist.

Selbstverständliches zu wiederholen, erscheint uns überflüssig.

Ferner wird in dem Antrag ausgesprochen, dass der deutsche Charakter der Ost-Provinzen nicht gefährdet werden dürfe. Diese Wendung ist unklar und missverständlich.

Die *Wahrung deutscher Interessen* muss jeder Deutsche fordern. Streitig ist nur die *Art*, wie diese Wahrung am besten zu erfolgen hat.

Die Antragsteller haben bisher eine Politik betrieben, die nicht zu dem erwünschten Ziele führte. So wenig der wirtschaftliche Fortschritt zu erkennen ist, der sich mit fast einer Milliarde Mark zu Ansiedlungszwecken erzielen liess, — das *politische* Ergebnis blieb unbefriedigend, die Wirkung auf die *auswärtigen Beziehungen* wurde ausser acht gelassen. Ansiedlungsverbot, Sprachenbehandlung, Enteignung alles wirkt auf *Entfremdung* hin.

Im Antrag *fehlt* jeder Hinweis darauf, dass dieser Weg *verlassen* werden soll. Zu einer Neuorientierung aber liegt, wenn je, so jetzt der dringendste Anlass vor. Die Zusammenhänge der Stammesgenossen diesseits und jenseits der Grenze, die möglichen Rückwirkungen nach der einen und der anderen Seite erfordern eine *ein-*

heitliche und versöhnliche Politik. Die Kriegserfahrungen weisen nach der gleichen Richtung. Die Polen haben in unserem Heere ihre Schuldigkeit getan; sie haben Blut und Leben eingesetzt für das gemeinsame Vaterland.

Aus diesen Tatsachen müssen die *Folgerungen* gezogen werden, und zwar *rechtzeitig*. Wir können den preussischen Polen die *staatsbürgerliche Gleichberechtigung* nicht länger vorenthalten. Die von meiner Partei stets bekämpften *Ausnahmegesetze* sind unhaltbar geworden. Es genügt nicht, sie im Verwaltungsweg unausgeführt zu lassen; sie müssen durch Gesetz beseitigt werden. Allerdings erwarten wir von den Preussen polnischer Zunge die *Anerkennung des geschichtlich Gewordenen* und die *innere Bereitwilligkeit*, in den untrennbar mit dem preussischen Staat verbundenen Ostprovinzen einträglich mit uns an dem gemeinsamen wirtschaftlichen und politischen Aufstieg zu arbeiten. Das Prinzip des Nationalstaates ist fast nirgends auf der Welt in voller Reinheit durchgeführt. Auch die Deutschen tragen es, dass sie nicht alle in einem und demselben Staatsverband vereinigt sind.

Bei *beiderseitigen Entgegenkommen* ist ein gedeihliches Zusammenwirken möglich. Die historischen Vorbedingungen sind dafür günstig, wie sich im Laufe der Jahrhunderte gezeigt hat. Die Verstimmungen der letzten Jahrzehnte hatten ihre besonderen Gründe und sollten mit diesen verschwinden. Zu einem *Ausgleich der Gegensätze*, der im wohlverstandenen Interesse aller liegt, erscheint uns der Antrag der Herren v. Heydebrand und Genossen *nicht* das geeignete Mittel zu sein. Deshalb lehnt meine Fraktion einmütig den Antrag ab.

Frhr. v. Zedlitz und Neukirch,

Abgeordneter (freikons.):

Meine Herren, ich bitte Sie, den Antrag den wir Ihnen unterbreiten, ebenso einmütig anzunehmen. Der Herr Vorredner hat gefragt, weshalb dieser Antrag gestellt sei. Ich glaube, meine Herren, er könnte über die Stimmung und die Besorgnisse, die die Deutschen in unseren zweisprachigen Landesteilen infolge der Kaiserproklamation erfüllen, besser unterrichtet sein; er könnte wissen, dass man von der Errichtung dieses polnischen Reiches sehr unerwünschte Rückwirkungen auf das Verhältnis in unseren zweisprachigen Landesteilen befürchtet, dass man befürchtet, man werde den Schutz des Deutschtums, der unerlässlich ist, nicht in der bisherigen Weise fortführen können. Ich glaube, meine Herren, wir haben in diesem Abgeordnetenhouse die Ehrenpflicht, dafür zu sorgen, dass die Besorgnisse unserer deutschen Mitbrüder in den zweisprachigen Landesteilen beseitigt werden, dass sie auch nach der Gründung des Königreichs Polen mit festem Vertrauen auf die Staatsregierung und die Politik des preussischen Staates weiterleben können.

Meine Herren, der Herr Vorredner hat es als selbstverständlich betrachtet, dass die deutschen militärischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen dem neuen Königreich Polen gegenüber seinerzeit gewahrt werden. Das ist ja an sich, soweit die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung in Betracht kommen, selbstverständlich; aber es wäre auch in

hohem Grade erwünscht, wenn von denjenigen, die die Bevölkerung von Kongresspolen vertreten, kein Zweifel darüber gelassen würde, dass man mit den Bindungen des neuen polnischen Staates, die zur Erfüllung dieser Forderung notwendig sind, auch in der polnischen Bevölkerung vollständig einverstanden ist.

Das, meine Herren, zu betonen, ist einer der Zwecke des jetzigen Antrages. Ich glaube, die Bevölkerung Polens jenseits unserer Grenzen wird in diesen Tagen Gelegenheit haben, den Beweis dafür zu liefern, dass die Schaffung eines nationalpolnischen autonomen Reiches die Erfüllung des Herzenswunsches der gesamten Bevölkerung ist, indem sie dem Rufe zu den Fahnen möglichst zahlreich folgt und uns die Freiheit und Unabhängigkeit mit erkämpfen hilft.

Was nun die Rückwirkung der Schaffung des Königreichs Polen auf unsere östlichen zweisprachigen Landesteile betrifft, so kann ich mit Genugtuung konstatieren, dass sich der Herr Minister mit vollem Nachdruck dazu bekannt hat, dass der Schutz des Deutschtums, der mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der zweisprachigen Landesteile unerlässlich ist, in unverändertem Masse dauernd fortbestehen bleiben wird. Der Herr Abgeordnete Dr. Pachnicke hat zu meiner Befriedigung ja auch gleichfalls erklärt, dass die deutsche Kultur, die deutschen Interessen in vollem Umfange in den zweisprachigen Landesteilen gewahrt werden sollen. Er hat eine scharfe Kritik an der bisherigen Ostmarkenpolitik geübt. Ich will mich mit ihm in eine Auseinandersetzung darüber nicht einlassen; denn ich glaube, es ist gut, heute die Gegensätze nicht zu verschärfen, wie es Herr Abgeordneter Dr Pachnicke getan hat, sondern dazu faktisch beizu-

tragen, dass ein Ausgleich zwischen den beiden Nationalitäten in den zweisprachigen Landesteilen sich praktisch vollzieht. Ich will nur feststellen, dass das Ziel der Ostmarkenpolitik nichts anderes ist als der Schutz der Deutschen und des Deutschstums gegenüber der wirtschaftlichen Bekämpfung, der die Deutschen und das Deutschstum mit dem Ziele, sie aus den Ostmarken zu verdrängen, seit einem Menschenalter ausgesetzt gewesen sind. Meine Herren, darüber, was wir an den jetzt bestehenden Gesetzen und Verwaltungsordnungen werden ändern können, werden die Erfahrungen des Krieges zum grossen Teil massgebend sein. Man braucht nicht umzulernen, aber das unterliegt keinem Zweifel: wir alle, die wir verständige Menschen sind, haben in dem Kriege und aus den Erfahrungen des Krieges zugelernt. Sehr wesentlich wird es aber auch darauf ankommen, wie die polnische Bevölkerung der zweisprachigen Landesteile selbst sich verhält. Der Ostmarkenverein hat den Polen in den zweisprachigen Landesteilen die Hand zur Versöhnung weit entgegengehalten. Es wird jetzt darauf ankommen, ob die polnische Bevölkerung dieser Landesteile die ihnen entgegengestreckte Versöhnungshand auch voll und herzlich ergreift mit Worten und mit der Tat. Meine Herren, der polnischen Bevölkerung sowohl jenseits der Grenzen als innerhalb unserer Landesteile ist durch die Ankündigung des autonomen Polenreiches ein weites Vertrauen entgegengebracht worden. Die gedeihliche Gestaltung der Verhältnisse des Polenreiches zu Deutschland, ja vielleicht sein Bestand, die gedeihliche Entwicklung und Stellung des Preussischen Staates zu seinen Staatsbürgern polnischer Zunge hängt wesentlich davon ab, dass die Polen durch Wort und Tat das in sie ge-

setzte Vertrauen auch voll rechtfertigen. Wenn davon die Rede gewesen ist, dass die Schicksalsstunde Polens geschlagen hat, meine Herren, so ist das in dem Sinne, dass die Polen jetzt selbst die Schmiede ihres Schicksals sind, indem sie das Vertrauen, das in sie gesetzt ist, auch mit Mund und Hand, mit der Tat nach allen Richtungen hin rechtfertigen.

Styczyński,

Abgeordneter (Pole):

Meine Herren, namens meiner politischen Freunde habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Wir sind uns der geschichtlichen Bedeutung der Zeit voll bewusst und fühlen die Last unserer Verantwortung im vollen Umfange. Es entscheiden sich für eine lange Zukunft nicht nur die Schicksale der polnischen Nation, sondern auch das Verhältnis des polnischen Volkes zum deutschen Volke. Wir hätten gewünscht, dieses Bewusstsein und dieses Verantwortungsgefühl auf allen Seiten zu finden. Es wäre dann vielleicht ein Antrag wie der gegenwärtige nicht eingebracht worden. Wir lehnen jedenfalls die Verantwortung für die Folgen der Erörterung dieses Antrages ab. Trotz der mehr als hundertjährigen Trennung in staatlich verschiedene Bestandteile hat das polnische Volk das Gefühl der nationalen Zusammengehörigkeit niemals verloren und einen harten Kampf um die nationale Freiheit geführt. Die fortgesetzte Verletzung des Rechtes der Völker auf nationale Freiheit war nach unserer Ueberzeugung eine der Grundursachen des jetzigen Weltkrieges. Wir geben uns aber der Hoffnung hin, dass das viele Blut in diesem Kriege nicht umsonst geflossen sein wird, wenn die Nationen Europas sich allseitig zu der Ueberzeugung durchringen werden, dass die Freiheit anderer Völker den Lebensinteressen des eigenen Volkes nicht widerspricht. Die Anerkennung der internatio-

nalen Bedeutung der polnischen Frage ist ein Schritt vorwärts auf dem Wege zu der endgültigen Lösung, deren Notwendigkeit jetzt zum allgemeinen Bewusstsein gelangt ist. Diese Notwendigkeit ist nicht nur durch das Gebot der Gerechtigkeit gegenüber dem polnischen Volke, sondern auch durch das internationale Interesse als allgemeine Friedensgarantie begründet. Das Manifest Seiner Majestät des Deutschen Kaisers und Seiner Majestät des Kaisers von Oesterreich erfüllt uns mit Genugtuung, weil es aus dem Bewusstsein dieser Notwendigkeit entstanden ist und das Recht der polnischen Nation auf Bildung eines selbständigen Staates im Prinzip anerkennt.

Indessen, meine Herren, sind die vielfach geäußerten Bedenken und Befürchtungen, dass nur ein Teil des polnischen Volkes in den Besitz der nationalen Freiheit gelangen und dass selbst bei diesem Teil die Freiheit nur eine nominelle sein würde, durch den vorliegenden Antrag vollauf bestätigt worden.

Nach dem Willen der Antragsteller, die die Mehrheit dieses Hauses bilden, sollen dem in Bildung begriffenen polnischen Staate alsbald so viel Fesseln auf militärischem, wirtschaftlichem und allgemein politischem Gebiete auferlegt werden, dass seine Freiheit und Selbstständigkeit nur eine scheinbare sein wird.

Im übrigen beweist der weitere Inhalt des vorliegenden Antrags, dass *die Antragsteller eine Verständigung zwischen dem deutschen und polnischen Volke direkt ablehnen*. Wenn die Antragsteller von den polnisch sprechenden Preussen statt von den preussischen Polen reden, so sprechen sie uns damit unsere besondere Nationalität ab. Das muss in gegenwärtiger Zeit von uns als Provokation aufgefasst werden. Wenn ferner die Antragsteller schon heute keine Regelung der innerpolitischen Ver-

hältnisse für möglich erklären, die geeignet wäre, den angeblich deutschen Charakter der östlichen Provinzen Preussens irgendwie zu gefährden, so hat uns die Erfahrung der letzten Jahrzehnte bis zum Uebermass gelehrt, was das bedeutet. Mit der Notwendigkeit, den angeblich deutschen Charakter unserer Heimatsgegenden zu wahren, wurde die Verdrängung der polnischen Sprache aus Amt, Schule und dem öffentlichen Leben begründet, wurde mehr als eine Milliarde Mark aus gemeinsamen Staatsmitteln zur dauernden Verdrängung der polnischen Landbevölkerung verwendet. Um den angeblich deutschen Charakter dieser Landesteile zu wahren, hat man die Polen verhindert, sich auf der eigenen Scholle anzusiedeln, und sich sogar nicht gescheut, sie durch Enteignung aus ihrem Besitz zu vertreiben.

Angesichts dieser unzweideutigen Tendenz des Antrages legen wir gegen denselben feierlich Protest ein. Im übrigen beantragen wir namentliche Abstimmung über den Antrag und bitten, unsern Antrag zu unterstützen.

Dr. Friedberg,

Abgeordneter (nat.-lib.):

Meine Herren, die Bemängelungen, die unser Antrag gefunden hat, richten sich in erster Linie gegen den *Zeitpunkt*, in dem er eingebracht worden ist. Namentlich hat Herr Abgeordneter Dr. Pachnicke ausgesprochen, dass man, solange der Krieg nicht beendet ist, derartige schwierige Fragen nicht in Angriff nehmen soll. Ich muss sagen: *ich bin ganz der entgegengesetzten Ansicht*. Ich halte es für eine durchaus falsche Politik, die später nur zu den allerschwersten Verwicklungen führt, wenn man sich nicht von vornherein über die politischen Ziele, die man im Auge hat, klar wird und sie zur rechten Zeit erkennt.

Meine Herren, wir haben in unserm Antrag zum Ausdruck gebracht, dass, da uns seitens der Königlichen Staatsregierung bisher nicht die Gelegenheit gegeben war, uns über die neue Tatsache der Proklamierung eines Königreichs Polen zu äussern, wir die Initiative dazu ergreifen müssen, und zwar, wie bereits richtig ausgeführt worden ist, *im Interesse unsres deutschen und preussischen Staatswesens* einmal und *im Interesse der Beruhigung der Deutschen in den Ostmarken* auf der anderen Seite.

Wir haben dann in dem zweiten Absatz unsres Antrags zum Ausdruck gebracht, welche Sicherungen notwendig sind, damit die Neugründung eines Königreichs Polen für uns selbst, für unser Vaterland keine Gefahren in sich birgt. Das ist ein durchaus gerechter Standpunkt;

denn jedes Volk ist sich zunächst selbst das nächste. Wenn wir, meine Herren, auf unserer Ostseite einen neuen Nachbar bekommen, so müssen wir ungefähr wissen, wie dieser neue Nachbar beschaffen sein wird, damit auch im Innern für uns keine Schwierigkeiten entstehen, und damit wir wissen, *wie weit wir nach aussen durch unsren neuen Nachbar in unserer Macht und Stärke gefördert und nicht etwa geschwächt werden.* Deshalb haben wir das, was in der Proklamation bisher nur allgemein angedeutet war, in eine kurze Reihe von bestimmten Forderungen verdichtet.

Wenn Herr Abgeordneter Dr. Pachnicke gemeint hat, man sollte überflüssige Dinge nicht sagen, so kann ich nicht finden, dass etwas Ueberflüssiges ausgesprochen wird, wenn man *für sein Vaterland diejenigen Sicherungen sucht und sich klar zu machen bestrebt ist, die unbedingt vorhanden sein müssen.* Das mag vielleicht manchem von Ihnen selbstverständlich sein, ob es für die *Herren Polen* selbstverständlich ist, darüber haben Sie ja eben eine ganz eigentümliche Aufklärung bekommen. In dem dritten Absatz haben wir dann ausgesprochen, dass die Rückwirkungen, die auf unsere inneren Verhältnisse durch die Gründung eines Königreichs Polen geübt werden, es notwendig machen, uns unsere weiteren Schritte und die Beurteilung der Schritte, welche von der Königlichen Staatsregierung geschehen sollten, abhängig zu machen von *einer weiteren Entwicklung der Verhältnisse.* Wir haben damit nichts Neues ausgesprochen, und ich wundere mich, dass der Herr Vertreter der Polnischen Fraktion darauf gekommen ist, uns zu unterstellen, als ob wir es an Wohlwollen gegenüber den Polen fehlen lassen. — Der preussischen Polen! Wenn Sie, meine Herren, das lächerlich finden, wenn

Sie die Hand der Versöhnung, die wir Ihnen entgegenstreckten, in dieser Weise zurückweisen, während ich hier objektiv und ruhig abzuwägen suche, was auf der einen Seite in Ihrem Interesse und auf der andern Seite in unserm Interesse liegt, so bedauere ich ganz ausserordentlich — ich muss es leider sagen —, dass Sie so wenig Takt selbst in einer so schweren Zeit besitzen wie in dieser.

Meine Herren, ich habe am 9. März 1915 — und die Vertreter derjenigen Parteien, die mit uns diesen Antrag gestellt haben, haben sich in ganz ähnlichem Sinne ausgesprochen — ausdrücklich erklärt:

Wir sind bereit, *auf Grund der Erfahrungen, die wir im Verlaufe des Krieges machen werden*, in eine Prüfung darüber einzutreten, inwieweit einzelne der fälschlich sogenannten Polengesetze einer Abänderung unterzogen werden können. Festzuhalten wird unter allen Umständen daran sein, dass die Einheit der Verwaltung des preussischen Staates und der nötige Schutz des Deutschtums in den gemischtsprachigen Landesteilen dadurch nicht in Frage gestellt werden.

Das ist fast wörtlich das, was wir in unserm Antrage zum Ausdruck bringen, nur dass sowohl für Sie, meine Herren Polen, als auch für uns eben durch die *Tatsache der Gründung des autonomen Polens* die Dinge bedeutend schwieriger geworden sind und eine noch grössere Aufmerksamkeit auf beiden Seiten erfordern.

Wir haben dann die Grenze aufzustellen gesucht, bis zu welcher ein eventuelles Entgegenkommen gehen kann; wir haben gesagt, dass wir soweit gehen können, wie es mit dem deutschen Interesse vereinbar ist, wie es der

Schutz des Deutschtums in den Ostmarken verlangt. Es ist davon gesprochen worden, — ich denke, es ist der Herr Vertreter der polnischen Fraktion gewesen, der gesagt hat, es sollte doch ein grosses *Verantwortungsgefühl* auf allen Seiten in diesem Hause vorhanden sein, wenn wir an die Erörterung dieser Frage herantreten. Ich glaube, wir haben uns dieses Verantwortungsgefühl, wir, die wir diesen Antrag zusammen gestellt haben, in vollem Umfange klar gemacht und haben auch aus diesem Verantwortungsgefühl heraus gehandelt. Wer aber vielleicht diesem Verantwortungsgefühl nicht ganz treu geblieben ist, das ist *der Vertreter der Polen* gewesen. Denn, meine Herren, wenn man einer so grosszügigen Tatsache gegenübersteht, wie sie die Neubegründung eines Königreichs Polen ist, einer Tatsache, die die Erfüllung des Traumes ihrer Väter darstellt, und wenn man die nicht auch in *der Weise* würdigt, wie das geschichtlich geschehen muss, sondern wenn man davon spricht, dass hier nur ein „*Schritt auf dem Wege*“ geschehen sei, dass „*Freiheit nur im Prinzip*“ anerkannt sei, und dass, wenn die Sicherungen, die im Interesse Deutschlands verlangt werden, nur als eine „*Fessel*“ empfunden werden, dass die Freiheit des Polenreichs nur „*nominell*“ sei, dann wird selbst Herr Abgeordneter Dr. Pachnicke zugeben müssen, dass den Erwartungen, die *er gerade* in seinen Ausführungen ausgesprochen hat, der Wind aus den Segeln genommen haben. Ich glaube, eine bessere Widerlegung der Anzweiflung der Opportunität unseres Vorgehens als diese Ausführungen des Herrn Abgeordneten Styczyński konnte gar nicht geben werden. Ich glaube deshalb, wenn man fragt, wer der *vorsichtigere Staatsmann* in diesem Falle gewesen ist, sich das Gewicht dieses

Abwägens nicht auf die Seite des Herrn Abgeordneten Dr. Pachnicke, sondern auf unsere Seite neigen wird.

Auch nach mancher anderen Richtung hin hat unser Antrag die erwünschte Klärung gebracht. Ich erkläre offen, dass wenigstens meine politischen Freunde — und ich nehme das auch von anderen Parteien ohne weiteres an — erfreut sind über *die Erklärung, die die Königliche Staatsregierung heute abgegeben hat*. Der Herr Minister des Innern hat — und ich schliesse mich dem völlig an — einer gewissen idealen Freude darüber Ausdruck gegeben, dass das Königreich Polen gegründet worden ist, dass einer grossen und begabten Nationalität die Möglichkeit gegeben ist, sich staatlich neu zu organisieren und sich ihren Idealen gemäss auszuleben, dass es aber auf der anderen Seite eine falsche Politik der Selbstzerstörung seitens der Deutschen sein würde, wenn wir nicht für unsere gemischtsprachigen Gebiete diejenigen Sicherungen verlangen, die allein eine kräftig geleitete deutsche Politik uns geben kann. Das hat der Herr Minister zum Ausdruck gebracht, und dafür danken wir ihm.

Ich hoffe, dass die polnische Stimme, die wir heute gehört haben, nur vereinzelt gewesen ist, dass die überwiegende Mehrzahl der polnischen Bevölkerung diesseits und jenseits unserer Grenzen in dem, was durch die verbündeten Kaiser geschehen ist, eine grosse geschichtliche Tat anerkennen werden, und dass sie uns auch die Gerechtigkeit in Zukunft werden widerfahren lassen, dass wir *nicht mehr gefordert haben, als im Interesse der Selbsterhaltung unseres Staatswesens notwendig ist*. Wenn sich diese Ueberzeugung auch bei den Polen durchsetzt, werden wir auch die anderen Dinge regeln können, die ihnen Beschwerden

machen, und die wir beseitigen würden, soweit sie im Interesse des Deutschtums nicht erforderlich sind. Aber bis dahin müssen wir auf dem Standpunkt stehen bleiben, *dass wir unsere weiteren Schritte von der weiteren Entwicklung der Verhältnisse abhängig machen werden.* Auf diesem Standpunkt werden wir stehen bleiben, und ich glaube, dies wird unserem Vaterlande zum Heile gereichen.

Herold,

Abgeordneter (Zentr.):

M. H., der Antrag, welcher uns hier vorgelegt worden ist, gestellt von drei grossen Fraktionen und geschlossen von denselben unterstützt, enthält zum grossen Teil Selbstverständliches. Wir sind allerdings der Ansicht, dass, was sich von selbst versteht, nicht mehr in einem besonderen Antrag niedergelegt zu werden braucht. Da aber, wo nicht Selbstverständlichkeiten in dem Antrag enthalten sind, sind die Andeutungen so unbestimmter Natur, dass man die verschiedenste Auffassung darüber haben kann, eigentlich damit gemeint sein soll. Von diesen beiden Gesichtspunkten aus sind wir allerdings der Ansicht, dass es besser gewesen wäre, wenn der Antrag überhaupt nicht eingebracht worden wäre; ich glaube, die bisherige Diskussion gibt schon den Beweis dafür, dass er nicht nutzbringend wirken wird. Meine Herren, es ist ja bekannt, dass wir von jeher keine Freunde, sondern Gegner der scharfen Polenpolitik gewesen sind, die sich in den letzten Jahren immer mehr zugespitzt hat; wir haben immer hervorgehoben, dass diese Politik auch dem preussischen Staate selbst nicht zum Segen gereichen könne. Wenn man jemand für sich gewinnen will, muss man ihm Vertrauen entgegenbringen, muss man dafür sorgen, dass er sich in dem Vaterlande, zu dem er gehört, auch möglichst wohl befindet; dadurch erreicht man, dass er sich mit dem Staate auch vollständig verwachsen fühlt.

einen neuen Verbündeten in unserem Kampfe gegen Mächte, die uns gegenüberstehen, zu finden. Wenn man aber die Befürchtung hegen sollte, dass nun die Preussen polnischer Zunge sich zu diesem neuen Polenreich hingezogen fühlen könnten und den Wunsch hätten, mit diesem Reiche vereinigt zu werden, so teilen wir diese Auffassung nicht. Wir sind der Ueberzeugung und der Erwartung, und wir verlangen es allerdings von den Polen, dass sie sich in jeder Beziehung als Preussen fühlen. In Preussen sollen sie aber auch Freiheit geniessen und sich wohl befinden; das wollen wir erreichen, und dazu ist es allerdings notwendig, dass die zukünftige Neuorientierung sich auch wesentlich auf die Polenpolitik erstreckt. Wenn das aber geschieht, sind wir überzeugt, dass wir in den Preussen polnischer Zunge auch in der Zukunft treue Anhänger des preussischen Staates haben werden und sie sich mit uns über das freie polnische Königreich freuen werden. Von diesem Gesichtspunkt aus glaube ich auch, dass die Proklamierung des neuen Königreichs für unsere Fortentwicklung nur günstig wirken kann auch für das Verhältnis der preussischen Polen zum preussischen Vaterlande günstig wirken wird. Ich habe das Vertrauen zu den Polen, und wir haben ja immer das Vertrauen zu den Polen ausgesprochen, dass sie sich, wenn man ihnen Vertrauen entgegenbringt, auch voll und ganz als Preussen fühlen werden. Sie werden aber darin, glaube ich, mit mir einverstanden sein, dass diese Polenpolitik in Zukunft zurückrevidiert werden muss, um zu einem friedlichen Zusammenleben mit den Polen in Preussen zu gelangen.

Aus meinen Ausführungen selbst ergibt sich schon, dass wir gegen den Antrag stimmen werden. Wir hätten gewünscht, er wäre überhaupt nicht eingebbracht worden.

Ströbel,

Abgeordneter (Soz.-Dem.):

M. H., es hat sich hier der amüsante Streit darüber entsponnen, ob die Einbringung des Antrages der drei Parteien der Rechten zeitgemäss wäre, ob er ein Beweis für grosses taktisches Geschick sei und politische Klugheit verkörpere. Die Parteien haben sich gegenseitig Komplimente gemacht. Von der Rechten hat man den Herren Freisinnigen, den Herren Polen erklärt, die grössere Diplomatie, die grössere Klugheit und der grössere Takt lägen doch auf seiten der Antragsteller, während man auf der anderen Seite erklärt hat: nein, auf unserer Seite liegt der grössere Takt, wir sind die vorsichtigeren und besseren Politiker. Meine Herren, in diesen Streit will ich nicht eingreifen. Politische Fragen sind für mich keine Taktfragen. Auf diesem Pygmäen- und Liliputstandpunkt stehe ich nicht. Ich bin ganz der Meinung des Herrn Abgeordneten Dr. Friedberg, der da sagte: wenn man einen politischen Akt begeht, dann muss man sich vorher auch überlegen, wohin die politische Reise führen soll, und man muss sich darüber aussprechen. Ja, meine Herren, das ist notwendig, und ich begrüsse es und halte es für sehr erfreulich, dass der Antrag eingebracht worden ist, und dass wenigstens hier im Preussischen Abgeordnetenhause die Möglichkeit gegeben worden ist, über die Tragweite des Antrages zu sprechen. Dem sollten Sie doch unbedingt zustimmen. Sie haben eben gelacht. Sie haben in Ihrer Presse doch genau denselben

Standpunkt vertreten, den ich vertrete, *nur nicht hier im Hause*. Sie haben in den Zeitungen, von der Deutschen Tageszeitung über die Kreuzzeitung und über die Post bis in die national-liberale Presse hinein, darüber Klage geführt, dass der Reichstag *überrumpelt* und *vor vollen-dete Tatsachen gestellt* worden ist, und Sie führen ja in Ihrem Antrag Klage darüber, dass die Proklamierung des selbständigen Königreichs Polen stattgefunden hat, ohne dass dem Landtag *Gelegenheit zur Meinungsäusserung* gegeben worden ist. Wenn Sie dieser Auffassung sind, dann müssen Sie die Frage auch *in aller Gründlichkeit* behandeln, und dann dürfen Sie sich nicht darüber streiten, ob es angebracht ist, über die Sache überhaupt zu sprechen. Nein, meine Herren, ich glaube, dass es *sehr* angebracht ist, darüber zu sprechen.

Die Resolution — ich führte es bereits an — führt Beschwerde darüber, dass die Proklamierung des selbständigen Königreichs Polen — selbständiges Königreich Polen in Anführungsstrichen — erfolgt ist, ohne dass dem Landtag Gelegenheit zur Meinungsäusserung gegeben worden ist, obwohl der Schritt die wichtigsten Lebensinteressen betreffe. Meine Herren, ich muss gestehen, es ist in der Tat ein *ungeheuerlicher* Zustand, der in den westlichen Kulturstaatn Europas, in *andern* westlichen Kulturstaatn Europas unmöglich wäre, dass etwas derartiges geschähe, dass ein so weittragender politischer Schritt unternommen würde, ohne dass die Volksvertretung und das Volk selbst darüber erst befragt worden wäre. Ich *beweifle*, ob man *so souverän* und *so rücksichtslos* selbst mit der *russischen Duma* umgesprungen wäre. Die Proklamation des sogenannten unabhängigen Polens ist völlig über die Köpfe der deutschen Volksvertretung hinweg erfolgt, völ-

lig ohne Befragung des deutschen Volkes. Es ist ein *Akt der selbstherrlichsten Autokratie*, wie er schlimmer nicht gedacht werden kann, einer Autokratie, wie sie einem politisch reifen und mündigen Volke nicht hätte zugemutet werden können.

Meine Herren, die Regierung und die Militärbehörde, Herr v. Bethmann Hollweg und General Beseler, haben für sich den Anspruch erhoben, für die Nation selbst zu denken und zu handeln. Sie haben das Volk überrumpelt, haben es vor eine vollendete Tatsache zu stellen gewusst; und wenn hier der preussische Minister des Innern erklärt, dass er allerdings zu Rate gezogen worden sei und seine Meinung dazu gesagt habe, so muss darauf erwidert werden: *der preussische Minister des Innern repräsentiert nicht das Parlament und repräsentiert erst recht nicht das Volk.* Das bedeutet gar nichts, dass der Minister des Innern gehört worden ist. Es wäre notwendig gewesen, dass die Meinung des Volkes selbst gehört worden wäre.

Und, meine Herren, diese Ueberrumpelung, dieses Vorvollendete-Tatsachen-stellen ist zu einer Zeit geschehen, wo doch die *allerhöchste Staatsweisheit*, die Staatsweisheit unserer höchsten Lenker auf allen Seiten dieses Hauses und des Volkes *in dem denkbar niedrigsten Kurs steht*. Es gibt wohl nicht einen unter Ihnen, der auf das politische Genie unserer heutigen Regierung schwören möchte. Wie die Rechte über die Regierung denkt, das wissen wir ja hinlänglich, nicht nur aus den interessanten und sehr offenherzigen Broschüren der Herren Kapp und Junius Alter, nicht nur aus den Verhandlungen des unabhängigen Nationalausschusses, über die wir ja in den letzten Tagen sehr Interessantes gelesen haben, nicht nur aus der grimmigen Opposition und dem beissenden

Hohn der ganzen konservativen und eines grossen Teils der nationalliberalen Presse, sondern auch aus den Reden der Parteiführer in den Parlamenten und namentlich in den *Kommissionen* der Parlamente. Meine Herren, wie man sich da über das diplomatische und politische Genie der Reichslenker ausgesprochen hat, das ist Ihnen ja allen hinlänglich bekannt, darüber brauche ich mich nicht des näheren zu äussern. Wenn man aber auf diesem Standpunkt steht, wenn die Tatsachen, die ich hier erwähnt habe, richtig sind, so ist es doch ungewöhnlich, dass das deutsche Volk in dieser Weise vor vollendete Tatsachen gestellt werden konnte.

Auch der Freisinn, meine Herren, sollte doch auf dem Standpunkt stehen, sich nicht auf die Etikettefrage, die Frage des Taktes usw. zu beschränken, sondern wenn er eine *Beseitigung der Geheimdiplomatie* fordert, wie das doch von ihm geschieht, wenn er einen *Ausbau unseres Repräsentativsystems* fordert, wie das auch in der freisinnigen Presse und von freisinnigen Rednern im Parlament geschehen ist, wenn er eine *Erweiterung der Parlamentsrechte* fordert, dann müsste er es doch für ganz selbstverständlich halten, dass hier im Parlament die *erste Gelegenheit wahrgenommen* werden sollte, *breit und ausführlich* über so ausserordentlich wichtige Schicksalsfragen des ganzen deutschen Volkes zu sprechen. Statt dessen schaltet man gerade in der allerwichtigsten Frage, die die Gegenwart und Zukunft des Reiches und Preussens bedeutet, das Parlament völlig aus, da begnügt man sich mit *einigen lakonischen Wendungen*, mit *einigen kurzen Erklärungen*. Meine Herren, ich glaube, dass das dem Interesse des deutschen Volkes *nicht entspricht*, dass das politisch klug und auch taktvoll *nicht gehandelt* ist.

Ausserdem ist ja auch das Versprechen abgegeben worden, dass über die *Kriegszielforderungen* das *deutsche Volk gehört* werden sollte. Meine Herren, dieses Versprechen ist nicht innegehalten worden; denn gerade die Schaffung des neuen Königreichs Polen ist ein *erheblicher, ein ausserordentlich wichtiger Teil der Kriegszielforderungen*. In Ihrer Presse ist das in die Welt hinausgeschrien worden; das hat in der Deutschen Tageszeitung, in der Kreuzzeitung und in der nationalliberalen Presse gestanden. Hier allerdings, wo Sie die Gelegenheit haben, nun einmal zu sprechen, sind Sie auf einmal ausserordentlich einsilbig und schweigsam geworden, *da huschen Sie über die Dinge hinweg*. Hier hätten Sie endlich einmal *deutlich* reden sollen. Die ganze Presse von rechts und links wusste, dass die Proklamation einen wichtigen Bestandteil der Kriegszielfragen darstellte, und trotzdem wagt die Regierung, das Volk und das Parlament wie Luft zu behandeln. Welchen *Eindruck* muss das auf das *Volk* und auf das *Ausland* machen! Wie wird man da über die *deutsche Mission zur Völkerbefreiung* denken, wenn man dem *deutschen Volke und seiner Vertretung die elementarsten Rechte vorenthält!* Man wird sagen: befreit doch erst einmal euch selbst, schafft euch selbst erst freiheitliche Zustände, und dann geht daran, andere Völker zu befreien.

Uebrigens muss doch erklärt werden, dass der *Reichstag selbst einen sehr grossen Teil der Schuld* daran trägt, dass er so behandelt werden konnte, und es befinden sich doch auch hier im Hause eine ganze Anzahl von Abgeordneten, die geduldet haben, dass er so behandelt werden konnte. Dass die *Polenproklamation bevorstand*, wusste ja der letzte Zeitungsreporter, das wusste selbstverständlich auch jeder Parlamen-

tarier, das pfiffen ja die Spatzen von den Dächern. Die Rede des Herrn v. Bethmann über die polnische Proklamation war ja bereits angekündigt worden, und sie wäre auch im Plenum des Reichstags gehalten worden, wenn man sich damit einverstanden erklärt hätte, dass an die Rede sich *keine freie Aussprache geknüpft hätte*. Nur weil von verschiedenen Seiten erklärt wurde: nein, wir willigen nicht darein, das Herr v. Bethmann Holweg einfach seine Rede hält, und dass dann der Reichstag schweigt, weil man ankündigte: wir werden sprechen und wir müssen sprechen, deshalb wurde das *zurückgezogen*. Der Reichskanzler sollte wieder mal als Primadonna auftreten und dann unter allgemeinem Applaus verschwinden. Darum wurde erklärt: nein, *diese Komödie können wir nicht mitmachen*, und es wurde das mit vollstem Rechte erklärt. Wem sollen und können solche Aufführungen im Inlande und Auslande noch imponieren? Im Inlande kennt man nachgerade den Zauber, und im Ausland zuckt man allgemein die Achseln über solche Veranstaltungen. Da hat man im Ausland — ich meine natürlich das zivilisierte westeuropäische Ausland — *andere Vorstellungen* von der *Würde, den Rechten und den Pflichten* einer *Volksvertretung*. Dort imponieren nur ernste politische Aussprachen, dort kennt man nur scharfe und rücksichtslose Kritik, *nicht das blinde Sichunterwerfen*, wie es bei *uns* an der Tagesordnung ist.

Ich wiederhole also, im Reichstag war die Absicht des Polenmanifestes, war die Tatsache, dass die Proklamation unmittelbar bevorstand, wohlbekannt, und es ist ein *ganz auffälliger Widerspruch*, dass dieselben Herren von Ihnen, die im Reichstage sitzen und das alles geduldet haben, das alles mit in Kauf genommen haben,

nicht sofort dagegen Protest erhoben haben, die Dinge dort *nicht* zur Sprache gebracht haben, in ihrer Resolution erklären, dass es *bedauerlich* sei, dass die Proklamation erfolgt sei, ohne dem Parlament Gelegenheit zur Meinungsäusserung zu geben. Dafür hätten Sie auch im Reichstage sorgen müssen. Sie haben nicht den allergeringsten Versuch gemacht, um dort eine Aussprache durchzusetzen, vielleicht, weil Ihnen eine Aussprache im Reichstage nicht so angenehm ist wie hier im preussischen Dreiklassenparlament.

Meine Herren, die konservative, die freikonservative und die nationalliberale Presse hat ja dem Polenmanifest die denkbar schlechteste Zensur erteilt. Sie hat erklärt, wir *lehnen die Verantwortung über die Schaffung des neuen sogenannten unabhängigen Königreichs Polen ab*, die Regierung trägt *allein* die Verantwortung für diesen Akt und für seine Folgen. Das klingt ausserordentlich heroisch: wir lehnen alle Verantwortung ab. Aber es muss demgegenüber doch festgestellt werden, dass man mit *Worten und Verwahrungen keine Verantwortung ablehnen vermag*, sondern nur dadurch, dass man alle Kräfte einsetzt, um verfehlte Handlungen, Handlungen, die man für verfehlt erachtet, zu *verhindern*. Das haben Sie *nicht* getan. Sie tragen also die volle Verantwortung für alle Folgen des Polenmanifestes, für alle Folgen der sogenannten Unabhängigkeitserklärung Polens.

Ich begreife ja, dass Ihnen bei dem Gedanken an die Verantwortung höchst unbehaglich zumute ist, und zwar aus den verschiedensten Gründen, aus Gründen, die ja auch zum Teil bereits berührt worden sind. Es gibt manchen unter Ihnen, dem es höchst bedenklich erscheint, dass dadurch die *bekannte traditionelle Freundschaft zwischen der preussischen Reak-*

tion und dem zaristischen Absolutismus in die Brüche gehen muss. Ja, es ist ja nur zu gut bekannt, dass ein Teil der Ihnen nahe stehenden Presse, wie z. B. die Deutsche Tageszeitung, die Kreuzzeitung, dass die Konservativen gar zu gern auch für die Zukunft besonders innige, freundnachbarliche Beziehungen zum Zarismus unterhalten, dass die einen *Sonderfrieden mit Russland* anstreben. Und mit welchen Hinterabsichten? Um sich *desto schroffer von den freiheitlichen Weststaaten abzuwenden, um desto rücksichtsloser gegen sie vorgehen zu können*, um mittels einer reaktionären heiligen Allianz auch die reaktionären Zustände Preussen-Deutschlands konservieren zu können.

Um auch nicht nur eine Sekunde lang ein Missverständnis aufkommen zu lassen, möchte ich folgendes sagen: Auch wir Sozialdemokraten sind keineswegs für eine Verewigung des deutsch-russischen Gegensatzes. Auch wir wiünschen, dass wir, mit allen anderen Ländern, *auch mit Russland sobald wie möglich wieder in ein freundschaftliches Verhältnis zurückkehren*. Wir wissen, dass alle *sozialen und politischen Erlöserprojekte* gegenüber dem russischen Volke und einzelnen seiner Bestandteile nur Hirngespinsten sind oder noch etwas Schlimmeres, nämlich eine *imperialistisch-demagogische Gaukerei*, um das deutsche Volk zu narren und zu militaristisch-imperialistischen Zwecken zu missbrauchen. Meine Herren, die *Völkerbefreiung ist nicht Aufgabe unseres gegenwärtigen Krieges; die Völker mögen sich selbst befreien*, und wie Sie erklären, und wie wir erklären: wir brauchen die Hilfe der Engländer, der Franzosen und der Russen nicht, damit die Deutschen sich befreien, damit die deutsche Reaktion besiegt wird, so können auch die *übrigen Staaten mit Recht und Fug erklären*: wir lehnen auch

jede Unterstützung Deutschlands ab, um uns zu befreien. Das besorgen wir ganz allein. Das ist der Standpunkt, der auch von der Sozialdemokratie immer eingenommen worden ist.

Die Rechte und die Mitte dieses Hauses hegten ferner gegen ein auch nur in gewisser Beziehung unabhängiges Polen Bedenken, weil sie davon die *Entstehung einer nationalistischen polnischen Gefahr* befürchteten, weil sie glauben, dass das der *erste Schritt zu einem Gross-Polen* sein werde. Und dieser Befürchtung ist ja hier von den verschiedensten Seiten, wenn auch natürlich in etwas verkappter Weise, Ausdruck gegeben worden.

Meine Herren, die Rechte kann sich allerdings bei diesen Gedankengängen auf die ganze *Tradition Preussens*, insbesondere auch auf die *Bismarcksche Politik*, berufen, die nichts von einer Selbständigmachung und Befreiung Polens wissen wollte. Als in den 60er Jahren in Russland unter Alexander II. von dem Grossfürsten Konstantin eine *polenfreundliche, versöhnliche* Politik einzusetzen schien, da richtete Bismarck die ganze Diplomatie darauf ein, *diese Politik des Entgegenkommens gegen die Polen in Russland zu durchkreuzen und zu vereiteln*. Meine Herren, in den „Gedanken und Erinnerungen“ von Bismarck schreibt er selbst darüber:

Es handelte sich um die Frage, ob im russischen Kabinett eine *polenfreundliche* oder eine *antipolnische* Richtung, ein Streben nach panslawistisch-antideutscher Verbrüderung zwischen Russen und Polen oder eine gegenseitige Anlehnung der russischen und der preussischen Politik herrschte.

Das erklärte Bismarck selbst wörtlich. Andere europäische Staaten, England, Frankreich und auch Oesterreich, waren damals bemüht,

in Petersburg russische Zugeständnisse an Polen zu erwirken, für eine Verfassung an Polen einzutreten, dafür einzutreten, dass die Polen zu öffentlichen Aemtern zugelassen würden, dass der ausschliessliche Gebrauch der polnischen Sprache festgelegt würde u. dgl. Aber *Bismarck* und Bismarcks preussische Politik trug den *Sieg* in dem russischen Kabinett davon, und Bismarck erklärt hier an der angegebenen Stelle, in den „*Gedanken und Erinnerungen*“, wiederum wörtlich, dass der Sieg, den er davongetragen habe, der Sieg im Kabinett des russischen Kaisers, einen *Sieg der preussischen Politik* über die polnische Politik bedeutet habe; es sei „ein *Abkommen politischmilitärischer Natur* gewesen, welches *Russland* mit dem *germanischen Gegner* des Panslawismus gegen den *polnischen Bruderstamm* geschlossen hat“.

Meine Herren, ich kann es verstehen, wenn die Konservativen und Nationalliberalen, die ja in der Bismarckschen Politik, der Bismarckschen Tradition das Heil Preussens und Deutschlands erblicken, die grössten Bedenken empfinden gegen das Experiment der Unabhängigkeitserklärung Polens. Meine Herren, sie fürchten eben die *Entstehung einer polnischen Irredenta*, die für die Nachbarländer höchst unbequem werden könnte, die nicht nur den Anschluss Galiziens an Polen nach sich ziehen würde, sondern auch den Gedanken und die Sehnsucht der Polen Preussens nach einem Anschluss an dieses polnische Rumpfstück erwecken würde. Und, meine Herren, man müsste in der Tat mit *Blindheit geschlagen* sein, wenn man *leugnen* wollte, dass das die logische, naturnotwendige Entwicklung der Dinge sein würde, wenn dieses „unabhängige“ Polen, wie es von der deutschen Regierung geschaffen worden ist, tatsächlich Gestalt annehmen sollte.

Meine Herren, man kann mit der nationalen Sehnsucht einer Nation, die 20 bis 25 Millionen Angehörige in den verschiedenen Ländern zählt, nicht sein Spiel treiben; man kann sie nicht als politischen oder militärischen Faktor benutzen, *ohne Geister zu beschwören, die man nicht wieder los wird.*

Meine Herren, man schafft jetzt ein unabkömmliges — immer in Anführungstrichen — Kongresspolen, das aber nur das Kernstück für das Gross- und Gesamtpolen nach der Sehnsucht der polnischen Elemente in den verschiedenen Ländern darstellen würde. Diese Sehnsucht werden Sie mit keinen Mitteln unterdrücken können, nicht mit Wohlwollen, nicht mit Zugeständnissen, wie Herr Abgeordneter Herold das annahm, *nicht mit dem süssesten Zuckerbrot, meine Herren, aber noch viel weniger mit der Peitsche der Unterdrückung und Drangsalierung.*

Meine Herren, Sie haben ja in Ihrer Resolution erklärt und zum Ausdruck gebracht und diese Fassung ist im Prinzip auch durch den Herrn Minister gebilligt, der ja auch mit dem Kopf genickt hat bei den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Freiherrn v. Zedlitz, die sich in derselben Richtung bewegten, dass in dem sogenannten unabhängigen Polen *dauernd wirksame militärische wirtschaftliche und politische Sicherungen für Deutschland* geschaffen werden müssten. Sie wollen Polen mit einem Wort *fest in der Hand behalten*. Das hat ja auch der Herr Minister des Innern in seinen Ausführungen noch deutlich unterstrichen. Er hat davon gesprochen, dass die deutschen und polnischen Interessen „*künftighin untrennbar*“ sein sollen, dass der „*polnische Staat fest vereinigt sein sollte mit Deutschland*“, und zwar zu dem Zwecke, „*um die Grenzen nach Osten*

zu stärken und zu sichern". Das sind wörtlich die Ausführungen, die, wie der Herr Minister des Innern bestätigt, vorher von ihm gemacht worden sind.

Wenn das aber der Fall ist, *dann ist die sogenannte Unabhängigkeit nichts als hohler Schein.*

Denn, meine Herren, eine solche Befreiung Polens, die Polen politisch, militärisch und wirtschaftlich fest in die Hand Deutschlands bringen soll, bedeutet nichts als die *Annekton in einer anderen Form.*

Meine Herren, wie können Sie sich einbilden, dass sich die Polen das auf die Dauer gefallen lassen werden! Sie werden es sich nicht gefallen lassen. Sie werden durch solche Aeußerungen Erregung in den weitesten polnischen Kreisen der verschiedenen Länder hervorrufen. Nicht nur den Polen gegenüber wird die deutsche Befreiungs- und Erlösungsabsicht auf das schwerste diskreditiert, sondern auch dem *neutralen Ausland* gegenüber. Dass das Urteil und die *öffentliche Meinung im Ausland* bei dem gegenwärtigen Stand der militärischen Lage eine ausserordentlich wichtige und bedeutende Rolle auch für die militärischen Ereignisse und für den Verlauf unseres Krieges und für das *Zustandekommen eines Friedens* bildet, werden alle diejenigen, die von den Dingen eine Ahnung haben und sich nicht mit dem Geschreibsel begnügen, was sie in den Zeitungen lesen können, bestätigen. Meine Herren, schon ohnehin hat man ja in Polen und im Auslande die Botschaft des polnischen Manifestes sehr kritisch, sehr ironisch aufgefasst. Man hat gesagt: wie kann man von einem unabhängigen Polen sprechen, wenn das Los des Landes an die beiden verbündeten Mächte, an Deutschland und an Oesterreich, oder an Deutschland allein

fest geknüpft werden soll, und zwar nach dem *Willen Deutschlands*, nicht nach dem *freien Er-messen und der Bestimmung der Polen selbst?*

Meine Herren, bevor Sie durch Ihre Resolution die soviel im Auslande bespöttelte Legende von der Unabhängigkeit Polens vollends zerstörten, hätten Sie sich doch einmal ein wenig um die Stimmung in den breiten polnischen Kreisen selbst kümmern müssen! Wir haben ja so viel von dem Jubel und der Zustimmung gehört, die dort das polnische Manifest ausgelöst haben soll.

Meine Herren, von kundigen Leuten ist mir versichert worden, dass das zum guten Teil *Mache* gewesen sei. Sie behaupten, dass die Masse des polnischen Volkes daran überhaupt keinen Anteil genommen habe. Wie soll sich auch das polnische Volk für ein unabhängiges Polen begeistern, das wiederum eine *Satrapie Preussens und Deutschlands* ist, das nur seine Oberherrschaft vertauscht hat, die russische gegen die preussisch-deutsche!

Es wäre auch sehr gut, wenn Sie sich einmal vergegenwärtigen wollten, was beispielsweise die auswärtigen Vertretungen des Hauptvorstandes und des Landesvorstandes der *Socialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen* und das Zentralkomitee der polnischen sozialdemokratischen Parteien im Auslande erklären. Ich habe hier eine Nummer des Zürcher Volksrechts in der Hand; da wird in dem Manifest, das diese unterzeichneten Vorstände veröffentlichen, beispielsweise erklärt, dass die wirkliche staatliche Gestaltung ja noch *vollständig in der Luft schwebt*, und dass sie vollständig vom Ausgange des Krieges abhänge, und dann wird fortgefahrene:

Ausführbar und greifbar ist heute nur eine Tatsache, die den Kern und Stern des gan-

zen Unternehmens bildet: die *Rekrutenzazzia*. Die schrecklichen Lücken, die der lang andauernde Krieg in das deutsche und österreichische, in das bulgarische und türkische Menschenmaterial gerissen hat, sollen durch polnisches Kanonenfutter ausgefüllt werden. Der Imperialismus sieht sich gezwungen, schon im Verlaufe des Krieges unter Bruch aller Rücksichten auf das Völkerrecht, dieses Bettlerstolzes der kapitalistischen Zivilisation, die unterworfenen Länder in *Rekrutierungsgebiete* zu verwandeln. Unter dem Vorwand der politischen Befreiung wird das Königreich Polen zur Rolle eines preussisch-österreichischen Senegals degradiert, das eine Anzahl kolonialer Regimenter zu liefern haben wird.

Dann heisst es an einer andern Stelle:

Wie die *Polenfrage* vom ersten Kriegstage an nur *ein Droh- und Lockmittel der Regierungen* war, so trägt auch heute der erste kümmерliche Versuch ihrer konkreten Lösung den *Stempel der Pfuscherei und des schändlichen Betruges* auf der Stirn.

So jener Vorstand der sozialdemokratischen Organisationen, der seine Proklamation dort im Zürcher Volksrecht veröffentlicht hat.

Meine Herren, es wird da behauptet, dass diese ganze Unabhängigkeit Polens nur erklärt sei, um die militärischen Lücken in unsere Armee auszufüllen, und da freut es mich sehr, dass die „*Norddeutsche Allgemeine Zeitung*“ eine *Erklärung* abgegeben hat, dass *an eine Zwangsrekrutierung in Polen nicht gedacht würde*. Ich muss in der Tat die Forderung aussprechen, dass auch *dieses Versprechen strengstens innegehalten werde*. Sie kennen ja bereits die Proteste, die von Russland und den anderen

Ententemächten gegen diese Proklamation und gegen den Aufruf zur Werbung von Freiwilligen erhoben worden ist, und es ist eine ganz unbestreitbare Tatsache, über die keiner von Ihnen hinwegkommen kann und die ungeheuer wichtig ist, dass das *Völkerrecht es verbietet*, dass die Einwohner eines okkupierten Landes zu Kriegszwecken gegen das Land, dem sie angehört haben, verwendet werden. Es ist sehr notwendig, meine Herren, und ich lege das grösste Gewicht darauf, das hier auszusprechen, dass das Völkerrecht von Deutschland respektiert wird. Meine Herren, Sie haben sich oft nicht mit Unrecht über Völkerrechtsbrüche der anderen Staaten entrüstet, und die anderen Staaten haben sich gleichfalls über Völkerrechtsbrüche Deutschlands entrüstet; es ist eine Tatsache, dass das Völkerrecht von allen kriegsführenden Staaten unter die Füsse getreten worden ist; *aber es wäre traurig, wenn es nicht wenigstens eine Partei gäbe, wenn es nicht wenigstens die sozialdemokratische Partei wäre, die den schärfsten Einspruch dagegen erheben würde, dass das Völkerrecht missachtet und zwar in einer Weise missachtet wird, wie es eine Rekrutierung der polnischen Truppen wäre.*

Meine Herren, ich habe ja schon erklärt, dass die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ versichert hat, eine solche zwangsweise Rekrutierung sollte *nicht* eintreten. Vergegenwärtigen Sie sich einmal, was *Sie* alles sagen würden, wie *Sie* über Völkerrechtsbruch schreien würden wenn etwa die Russen nach Posen eingrückt wären, das Land okkupiert hätten und die polnische Bevölkerung Posens zu Soldaten gegen Deutschland pressen würden. Oder die Franzosen hätten sich Elsass-Lothringens bemächtigt und benutzt Elsass-Lothringen als Rekrutierungsgebiet gegen Deutschland. Wie

würden die Soldaten, die dann in deutsche Hände gelangen würden, von Deutschland behandelt werden! Man würde wahrlich keine Milde kennen. Und wenn Sie daran zweifeln, so erkundigen Sie sich vielleicht bei Ihrem Kollegen Westarp, der sich an anderer Stelle darüber deutlich ausgesprochen hat.

Meine Herren, dagegen muss der schärfste Protest eingelegt werden. Es ist doppelt notwendig, dass das Völkerrecht streng geachtet wird, weil die *deutsche Regierung* es doch unlängst selbst durch den Mund des Herrn von Bethmann Hollweg als ihren *Wunsch* ausgesprochen hat, dass durch die *Schaffung eines Völkerfriedensbundes nach Ausgang des Krieges neue, stärkere und bindendere Gesetze des Völkerfriedens zustande gebracht würden*. Wie würde das deutsche Volk vor der ganzen Welt dastehen, wenn dieselbe Regierung, die den Wunsch aussprach, dass künftig ein besseres Völkerrecht geschaffen werde, selbst dieses Völkerrecht nicht streng respektierte!

Meine Herren, in dem dritten Absatz Ihrer Resolution erklären Sie, dass keine Regelung der innerpolitischen Verhältnisse der Ostmark möglich sei, die geeignet wäre, den deutschen Charakter usw. zu ändern. Das sind Ausführungen, die hier von den Rednern der verschiedensten Parteien wiederholt und auch von dem Herrn Minister des Innern unterstrichen worden sind. Was diese Erklärung bedeutet, weiss ja jedes Kind. Es ist erstaunlich, dass Herr Abgeordneter Herold erklärt hat, die Wendungen und Aeusserungen und Ihre Resolution seien etwas unbestimmt gewesen. Nein, sie sind gar nicht unbestimmt, sie sind ausserordentlich bestimmt und zweifelsfrei gewesen. Davon, was Sie unter Ihrer Ostmarkenpolitik verstanden haben, zeugt ja die ganze Geschichte der Ostmark. Das, was

man früher darunter verstanden hat, begreift man ja jetzt selbstverständlich auch noch darunter. Sie möchten eben *Ihre bisherige hakenstatische Politik, Ihre zwangsmässige Germanisierungspolitik*, in den preussischen, sprachlich gemischten Landesteilen *fortsetzen*. Sie möchten den Gebrauch der polnischen Sprache verfehmen und verhindern, dass eine Pflege des polnischen Nationalgefühls in jenen Landesteilen stattfinden könnte.

Meine Herren, Sie sind ja natürlich keine Unmenschen. Sie erklären ja — Sie haben es auch in Ihren Reden erklärt —: wenn die Polen die ausgestreckte Hand —, ausgerechnet die, glaube ich, von Herrn Abgeordneten v. Zedlitz ausgestreckte Hand der Versöhnung — wer lacht da! — freudig und kräftig ergreifen, dann will man sie gnädig und glimpflich behandeln, dann will man ihnen entgegenkommen. Das heisst: die Polen sollen fürderhin nicht mehr behelligt werden, *wenn sie aufhören, sich als Polen zu fühlen*. Diese Bedingung wird ja von ihnen, wie die Erklärung der Polenfraktion beweist, *nicht akzeptiert*, sie kann auch gar nicht akzeptiert werden. Gerade Sie, die auf einem nationalen Standpunkt stehen, können unmöglich an einen anderen Volksteil das Ansinnen stellen, dass er auf sein Nationalgefühl verzichtet.

Meine Herren, Zentrum und Freisinn verheissen ja — wir haben es hier gehört — eine mildere Behandlung; sie hoffen mit dem Abgeordneten Herold auf die *berühmte Neuorientierung*. Was es mit der famosen Neuorientierung, die ja vorsichtigerweise bis *nach Beendigung* des Krieges verschoben werden soll, auf sich hat, haben wir ja *während des Verlaufes des Krieges erleben* können. Ich erinnere beispielsweise daran, dass im Reichsvereinsgesetz der *famose Sprachenparagraph auch während des*

Krieges nicht beseitigt worden ist. Ich erinnere weiter daran, dass man den Polen selbst bei dem Gesetz zur Ansiedlung der Krieg invaliden nicht einmal die vollständige Gleichmässigkeit zugesichert hat. Das ist Ihre Ostmarkenpolitik, das ist Ihre Politik der Versöhnung, Ihre famose Politik der Neuorientierung. Mit einer solchen Politik der Neuorientierung werden selbstverständlich die Polen nicht zufrieden sein und können alle diejenigen nicht zufrieden sein, die wie wir auf dem Standpunkt stehen, dass auch den fremdsprachlichen Elementen des deutschen Reichs- und preussischen Staatsgebiets jede bürgerliche Gleichberechtigung eingeräumt werden muss.

Meine Herren, ich will dabei im Vorübergehen nur erwähnen, damit ich es nicht vergesse und mir daraus kein Vorwurf gemacht wird, dass wir *selbstverständlich Ihre Resolution von A bis Z ablehnen*. Das versteht sich ja eigentlich am Rande; ich möchte es aber immerhin formell bemerkt haben.

Meine Herren, wir wollen uns keinen Täuschungen hingeben: gerade, wenn es möglich wäre, jenes sogenannt unabhängige Polen zu schaffen, das Sie schaffen wollen, dann würde sich Ihre Angst und Eifersucht, die sich jetzt ja schon Luft gemacht hat in Gestalt Ihres Antrages, um so mehr regen, dann würden die preussischen Machthaber den Polen in Preussen die Zügel noch straffer anziehen als bisher. Das wäre nur ausgeschlossen, wenn *das ganze bisherige preussische Landtagssystem von der Bildfläche verschwände*. Ich hoffe nun allerdings, dass das geschehen wird; ich hoffe auch die Neuorientierung, aber *nicht* auf die Neuorientierung als *Dank* der herrschenden Klassen für die Kriegsopfer des Volkes, nicht als Folge der famosen Neuorientierung. —

Präsident Dr Graf v. Schwerin-Löwitz (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter Ströbel, Ihre Herren Vorredner haben sich streng an die Tagesordnung gehalten, an die Frage der Proklamierung des Königreichs Polen. Ich bitte Sie dringend, sich auch streng an diesen Gegenstand der Tagesordnung zu halten und nicht allgemein politische Ausführungen zu machen.

Ströbel, Abgeordneter (Soz.-Dem.) (fortfahrend): Von der Neuorientierung ist *hier* die Rede gewesen. — Verschiedene Redner — ich nenne Herrn Abgeordneten Herold — haben davon gesprochen, und ich glaubte, dass man auf den Sinn des Begriffes eingehen könnte. Sie zeigen ja wieder die berühmte Ungeduld; Sie suchen wieder auf den Präsidenten einzuwirken in dem berüchtigten Sinne und beweisen damit, welche wunderbaren freiheitlichen Zustände wir selbst hier im preussischen Abgeordnetenhause haben. Ich will auf weitere Ausführungen darüber verzichten, um nicht in Konflikt mit dem Herrn Präsidenten zu kommen. Ich glaube auch, dass das, was ich gesagt habe, schon genügen wird.

Nach meinen kritischen Bemerkungen über *Ihre* Polenpolitik und die Polenpolitik, die durch das *Manifest der Regierung* inauguriert werden soll, werden Sie mindestens das Recht haben, erwarten zu dürfen, dass ich auch den *sozialdemokratischen* Standpunkt gegenüber der polnischen Frage darlege, und ich werde dass tun, klipp und klar, ohne alle Zweideutigkeiten. Die Sozialdemokratie vertritt das *Selbstbestimmungsrecht der Völker*, von dem hier auch schon die Rede gewesen ist in der Erklärung, die von der polnischen Fraktion abgegeben wurde. Diese Forderung des *Selbstbestim-*

mungsrechts der Völker ist nicht eine Forderung aus einem ideologischen Wolkenkuckucksheim, sondern das *logische Ergebnis der freiheitlichen, demokratischen Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei überhaupt*. Weil die Sozialdemokratie jede Politik der Unterdrückung, der Vergewaltigung bekämpft, bekämpft sie auch jede Vergewaltigung einer Nation. Sie kämpft, positiv ausgedrückt, für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Deshalb ist sie aber noch keineswegs Anhängerin der Zerkleffung, der Atomisierung der Nationen, der *Sonderbündelei um jeden Preis*; denn sie weiss, dass die grossen wirtschaftlichen und kulturellen Augaben der Nationen nur in grossen Staatsverbänden gelöst werden können. Diese Staatsverbände können sehr wohl verschiedene, selbst viele Nationen umschliessen. Die Sozialdemokratie betrachtet die sogenannten *Nationalstaaten* ja auch nur als *Zwischenstadium in der allgemeinen zwischenstaatlichen Entwicklung*. Sie erstrebt grössere Staatenbünde; sie hofft sogar, dass es in möglichst rascher Zeit doch einmal zu den „*Vereinigten Staaten von Europa*“ kommt.

Aber, meine Herren, *das* ist das Wichtige und Wesentliche und steht im engsten Zusammenhange mit dem Gegenstande, den wir hier verhandeln: diese Gebilde sollen nicht auf dem Wege des Zwangs, der Gewalt, sondern auf Grund *freien Anschlusses der Nationen* erfolgen. Vor allem soll das Recht auf nationale Selbstbestimmung gewahrt werden. Polen ist seinerzeit gewaltsam zerstückelt worden.

Wir sind also im Prinzip dafür, dass das polnische Volk wiederum seine Einheit, seine Unabhängigkeit findet. Es waren im besonderen Marx und Engels, die vor 50 Jahren für die Wiederherstellung Polens eingetreten sind. Sie

betrachten dies unabhängige Polen als Schutzbau der westeuropäischen *Demokratie* gegenüber dem rückständigen Moskowitertum. Aber, meine Herren, Marx und Engels forderten die Wiederherstellung des *ganzen ungeteilten Polens*; sie forderten ein *demokratisches Polen* und ein *völlig unabhängiges Polen*, das, lediglich durch das Interesse der Demokratie und des Kulturfortschritts bewogen, sich den Westmächten Europas — sie glaubten, dass *Deutschland* und *Frankreich da zusammengehen* müssten gegenüber dem Zarismus und dem Moskowiter-tum —, *freiwillig anschliessen* solle.

Das selbständige, ungeteilte, demokratische Polen, wie es Marx und Engels anstrebten, hat mit dem Polen, das die Gnade des Herrn v. Bethmann Hollweg und des Generals Beseler erstehen lassen will, *nichts, aber auch ganz und gar nichts* zu tun.

Meine Herren, hinzukommt, dass Marx und Engels ihre Forderungen *vor 50 Jahren* erhoben haben, in einer Zeit, seit der sich *ganz kolossale Wandlungen* vollzogen haben. Russlands wirtschaftliche und politische Entwicklung hat bedeutende Fortschritte gemacht. Es ist gewiss auch stockreaktionär, es ist noch manches zu verbessern, wenngleich wir in Preussen nicht die Nase über ein anderes reaktionäres Land rümpfen sollen. Aber trotzdem befindet sich Russland in rapider Entwicklung auf dem Gebiete der Industrie, in der Entwicklung des Eisenbahnnetzes usw. Es ist in Russland eine *starke Arbeiterbewegung*, eine *starke sozialdemokratische Partei entstanden*. Nun ist es aber *angesichts dieser Entwicklung der Verhältnisse und der ganzen Gruppierung der Staaten seither in Deutschland und Europa überhaupt keinem Sozialdemokraten eingefallen, zu fordern, dass ein unabhängiges Polen*

durch Militärgewalt, durch die Mitteln des Krieges geschaffen werde.

Meine Herren, und wie denken denn die polnischen Sozialdemokraten selbst darüber? Auch sie stehen auf dem Standpunkt, dass das Mittel einer *kiegerischen* Befreiung und sogenannten Unabhängigkeitsmachung Russisch-Polens durchaus *verfehlt* sei. Gestatten Sie mir zum Beweise aus dem angezogenen Manifest der polnischen Sozialdemokratie folgenden kurzen Satz zu verlesen:

Wir internationalen Sozialdemokraten Polens bauten unsere Hoffnung *einzig und allein auf die revolutionären und sozialen Aenderungen*, die der heutige Weltkrieg und die ganze ihm nachfolgende Epoche nach sich ziehen werden. Für *keinen Augenblick* liess sich das polnische Proletariat verführen durch *die sinnlose Legende von der Befreierrolle des Imperialismus*. Die hochherzigen Wohltaten der koalierten Regierungen Deutschlands und Oesterreichs wecken in ihm nicht um einen Deut mehr Vertrauen als die betrügerischen Verheissungen des Zarismus, mit dem das Proletariat hartnäckig bis zum letzten Augenblick kämpfte. In der Aera des entfesselten Imperialismus sichert kein Staatensystem die Interessen des Proletariats, *kann der Staatenbau kein Ziel seines Klassenkampfes sein*. In unseren Augen verblutet das Proletariat der Grossstaaten, denen ihre wirtschaftliche und militärische Macht die Möglichkeit gab, die Welt in das heutige furchtbare Chaos hineinzustürzen.

Sie sehen also, dass einsichtige und sozialistisch geschulte Sozialdemokraten Polens selbst es kühl und entschieden ablehnen, von Deutsch-

land in der bekannten Weise befreit zu werden; sie erwarten ihre Befreiung von den Kräften der *Demokratie, nicht* von denen des *Imperialismus* und des Militarismus. Und ich bin überzeugt, meine Herren, dass sie *sehr gut daran tun*. Die Stellung der Sozialdemokratie zum polnischen Problem kann nach den sozialdemokratischen Grundsätzen überhaupt keine andere sein.

Wenn noch ein Einwand möglich sein sollte, so möchte ich diesen kurz erledigen. Es könnte gefragt werden: wenn der Militarismus und der Imperialismus *ohne sein innerstes Wollen, unter dem Zwange der Verhältnisse*, ein Werk zustande bringt, das wenigstens in der *Richtung* sozialdemokratischer Bestrebungen liegt, das wenigstens den *ersten Schritt* zur Unabhängigkeit Polens macht, will und kann sich die Sozialdemokratie auch dann noch ablehnend verhalten? Darauf ist Folgendes zu antworten. Wenn beim *Friedenschluss als Ergebnis der Verständigung der Nationen die Unabhängigkeit Polens, auch Russisch-Polens, zustande kommt, ohne dass daraus eine dauernde Feindschaft mit Russland, eine neue Kriegsgefahr erwächst, so wäre dagegen natürlich nichts einzuwenden.* Aber so liegen die Dinge eben *gegenwärtig nicht*. Russland denkt nicht daran, auf Kongresspolen zugunsten Deutschlands zu verzichten; es verheisst ja vielmehr in seinem bekannten Manifest ruhmredig, dass es die Unabhängigkeit Polens schaffen wolle, dass es ein *ganzes Polen* schaffen wolle, dem auch die österreichischen und die preussischen Teile Polens angeschlossen werden sollen, dass das neue Polen dann ebenso Russland angegliedert werden solle, wie man das sogenannte unabhängige Kongresspolen an Deutschland angliedern möchte. Meine Herren, das sind *öde, zaristische Prahlgereien*, die die

Polen eben so kalt lassen werden wie andere imperialistische Erlösungsverheissungen. Es ist unzweifelhaft, dass nach diesen Erklärungen und in Anbetracht der politischen und militärischen Lage der *Krieg durch die Proklamierung dieses sogenannten unabhängigen Polens eine Verschärfung erfahren wird, dass der Kampf mit um so grösserer Erbitterung und nur um so länger geführt werden wird.* Darum würde alle Friedensbeteuerung der Sozialdemokratie nichts als Heuchelei, würden alle Proteste gegen die Annexionspolitik nichts als Schwindel sein, wenn die Sozialdemokratie nicht mit aller Kraft gegen jede politische und militärische Aktion ankämpfte, *die den Krieg zu verlängern und zu verschärfen droht.* Meine Herren, Sie befürchten von der Schaffung eines auch nur dem Namen nach unabhängigen Polens eine *polnische Irredenta*, und mit Recht. Und wie könnte sich der Zarismus selbst, wenn die Schaffung dieses unabhängigen Polens möglich wäre, später dieser Irredenta bedienen, um die Polen, auch die galizischen und selbst die preussischen Polen, gegen Deutschland mobil zu machen.

Meine Herren, wir brauchen aber gar nicht so weit an künftige politische Eventualitäten solch schlimmer Art zu denken; schon die *momentane Lage* ist unheilvoll genug. Ich werfe die Frage auf: *soll um des sogenannt unabhängigen Polens willen*, das Sie aus irrgen Erwägungen, aus falschen Voraussetzungen, wie ich nachzuweisen versucht habe, als Schutzwall gegen Osten betrachten, *noch eine zweite Million deutscher Soldaten in Massengräften vermöden?* Wem das *Wohl des deutschen Heeres*, wem das *Wohl unserer Feldgrauen* wirklich am *Herzen liegt*, der muss dafür sorgen, dass *jeder Konfliktstoff*, der einem Friedenschluss verhindern kann, beseitigt wird, *dass nicht neuer*

Konfliktsstoff hinzugeschleppt wird. M. Herren, wir wollen Deutschland, wir wollen Europa vom Kriege befreien, wir wollen der Menschheit den Frieden bringen und sie dem Menschentum zurückgeben. Und das ist unendlich wichtiger als die imperialistische Befreiung Polens, die weder den Polen noch uns genügt. Damit ist auch Polen nicht genutzt, das bei der Schaffung eines neuen Konflikts nur abermals das Schlachtfeld eines künftigen Weltkrieges bilden würde. Den militärischen Zweck der Befreiung Polens könnte man vielleicht so ausdrücken: wenn wir dieses Glacis dort im Osten nicht schaffen, dann würden vielleicht die Schlachten in einem möglichen künftigen Kriege mit Russland nicht an der Weichsel, sondern an der Oder geschlagen werden. *Diese militärische Begründung ist absolut unzutreffend. Es ist gar nicht nötig, dass ein solches Verhältnis, eine solche Feindschaft zwischen Deutschland und Russland und den übrigen Nationen bei Friedensschluss bleibt.* Es ist sehr wohl möglich, dass jene „aggressiven Koalitionen“, auf deren Beseitigung auch Herr v. Bethmann Hollweg gedrungen hat, auf beiden Seiten verschwinden werden. Das ist zu erreichen durch eine internationale Verständigung, durch einen internationalen Friedensbund, durch Abrüstung, nicht durch Ihre imperialistische Machtpolitik, nicht durch Ihr Wettrüsten zu einem neuen, noch scheusägeren Weltkriege als dieser, der ohnehin schon scheusäßig genug gewesen ist.

Meine Herren, hier scheiden sich die Geister. Wer auf dem Standpunkt steht, dass wir uns imperialistische, militärische Sicherungen schaffen müssen, wer da glaubt dass dieser Krieg bis zu dem Ziele fortgeführt werden könnte, dass eine andere Koalition niedergerungen werden könnte, der gibt sich Illusionen, der

gibt sich *Utopien* hin. Wenn irgend etwas während dieses Krieges *Bankerott gemacht* hat, dann ist es der *Militarismus* gewesen. Wo sind denn die *entscheidenden Erfolge*, die irgend einer erreicht hat? Die Erfolge unserer Gegner sind ebenso belanglos und können ebensowenig zum Ziel führen und werden ebenso an der Macht der deutschen Truppen scheitern, wie auch umgekehrt alle deutschen Unterwerfungsversuche an der Macht unserer Gegner scheitern werden. Meine Herren, man muss zu einem *Frieden durch Verständigung* kommen. Der Friede ist möglich. — —

Präsident Dr Graf Schwerin-Löwitz (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter Ströbel, ich bitte Sie, diese allgemeinen Ausführungen zu unterlassen. Ich rufe Sie zur Sache.

Ströbel, Abgeordneter (Soz.-Dem.) (fortfachrend): Ich bin ohnehin am Ende meiner Ausführungen. — Meine Herren, Sie rufen: Bravo! und freuen sich, dass es zu Ende ist. Das sind dieselben Herren, die sonst immer erklären: wir wollen eine freie Aussprache, wir wollen freie Aussprache in der *Presse*. Was soll man davon halten? Das ist *Heuchelei*. Sie wollen nicht einmal die freie Ausprache im Parlament. *Das Volk soll nicht erfahren, wie die Sachen in Wirklichkeit liegen*. Aber diejenigen, die die Politik betreiben, die Sie befürworten und die Sie fördern durch Ihr ganzes Auftreten, durch Ihre ganze polnische Politik, durch das Polenmanifest und durch den Antrag, den Sie hier angebracht haben, werden vom Volke zur Verantwortung gezogen werden; von denen wird das Volk einmal erkennen, dass sie nicht seine Interessen wahrgenommen haben, dass sie

das Volk geschädigt haben, dass sie die grössten und schlimmsten Schädlinge des deutschen Volkes und der Menschheit überhaupt gewesen sind. Meine Herren, ich hoffe, dass die Weltgeschichte bald über Sie zur Tagesordnung übergehen wird und dass man alle Kriegshetzer künftig als Auswurf der Menschheit bezeichnen wird.

Präsident Dr Graf v. Schwerin-Löwitz: Das Wort hat der Herr Minister des Innern.

von Loebell,

Minister des Innern:

M. H., ich weise es weit von mir, dem Vorredner auf seine zum grossen Teil unerhörten Ausführungen zu antworten. Die überwältigende Mehrheit dieses Hohen Hauses steht turmhoch über solchen Ausführungen, wie wir sie eben hier haben hören müssen, und die Staatsregierung würde sich herabwürdigen, wenn sie es für nötig fände, dem Vorredner ein Wort der Erwiderung zu teil werden zu lassen. Aber, meine Herren, es ist doch tief beschämend, dass in einem deutschen Parlament solche Rede gehalten werden konnte. Meine Herren, der Vorredner hat die Geschäfte der Feinde besorgt, und das deutsche Volk wird sich aufbäumen gegen den vom Vorredner geäusserten Verdacht, solche Ansichten zu den seinigen zu machen. Meine Herren, ich fühlte mich zu dieser Darstellung verpflichtet, damit nicht diese Rede ins Land geht, ohne eine Erwiderung gefunden zu haben, eine Erwiderung, die entschieden weiten Anklang und Nachhall finden wird im ganzen Lande.

Präsident Dr Graf v. Schwerin-Löwitz: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Ströbel.

Ströbel, Abgeordneter (Soz.-Dem.): Meine Herren, nach diesen Ausführungen erübrigts sich ja eigentlich für mich, irgend eine Antwort zu erteilen; denn diese Ausführungen standen so turmhoch *unter* dem Niveau aller Reden, die

wir sonst hier zu hören gewohnt sind, dass wirklich eine Antwort etwas ganz Unverdientes wäre. Wenn es freilich darauf ankäme, in Ent-
rüstung zu machen, starke Ausdrücke zu ge-
brauchen, Ausdrücke, die direkt als *Schimpf-
worte* angesprochen werden können, wie „be-
schämend“, „unerhörte Ausdrücke“. — —

Präsident Dr Graf v. Schwerin-Löwitz (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter Ströbel, Sie dürfen nicht von Schimpfworten des Herrn Ministers sprechen; ich rufe Sie zur Ordnung.

Ströbel, Abgeordneter (Soz.-Dem.) (fort-
fahrend): Er soll sie auch nicht gebrauchen,
dann brauche ich sie nicht zu rügen. Ich bitte,
dass der Herr Präsident in derselben Weise,
wie er mir gegenüber verfährt, auch dem Herrn
Minister gegenüber verfahre.

Präsident Dr Graf v. Schwerin Löwitz (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter Ströbel, das geht aber entschieden zu weit.

Ströbel, Abgeordneter (Soz.-Dem.) fort-
fahrend): Meine Herren, was die Stärke seiner
Ausdrücke anlangt, so ist der Herr Minister des
Innern allerdings unerreichbar; aber *nicht ein
armseliges Argument* zur Widerlegung meiner
Ausführungen hat er vorzubringen vermocht.
Dann hätte er doch überhaupt schweigen sollen!
Warum nimmt er denn überhaupt das Wort?
Lassen Sie doch das *Volk selbst* urteilen. *Lassen
Sie uns zum Volke sprechen!* Meine Herren,
es fällt mir dabei gerade ein, weil mir das Wort
„Volksverräter“ zugerufen wird, dass auch der
Herr Minister behauptet hat, meine Ausführun-
gen dienten dazu, die Geschäfte des Auslandes zu
besorgen. *Ihre Politik, Ihre Polenpolitik, Ihre
Kriegshetzpolitik, Ihre namenlos unsinnige Po-
litik der blinden Draufgängerei, die schädigt die
Interessen des deutschen Volkes.* Meine Herren,

Sie sorgen dafür, dass das Ausland, auch das neutrale Ausland, auf das unendlich viel ankommt, von dem wir alle wünschen, dass es endlich eingreifen wird, nicht die beste Auffassung von Deutschland bekommt.

Präsident Dr Graf v. Schwerin-Lövitz (den Redner unterbrechend): Herr Abgeordneter Ströbel, ich rufe Sie zum zweiten Male zur Sache. Ich bitte Sie, allgemeine Ausführungen unbedingt zu unterlassen; sonst würde ich die Bestimmungen der Geschäftsordnung gebrauchen müssen.

Ströbel, Abgeordneter (Soz.-Dem.) (fortfahrend): Nur noch ein Wort gegen den Herrn Minister, das direkt anknüpft an das, was er gesagt hat. Er hat gesagt, das Volk würde sich aufbäumen gegen Ausführungen, wie ich sie gemacht habe. Herr Minister des Innern, sorgen Sie kraft Ihres Amtes dafür, dass ähnliche Ausführungen vor dem Volke gemacht werden können. *Sie werden dann erfahren, wer sich aufbäumt und gegen wen man sich aufbäumt.*

Präsident Dr Graf v. Schwerin-Lövitz: Die Besprechung ist geschlossen. Wünscht der Herr Antragsteller das Schlusswort? Der Herr Antragsteller verzichtet.

Wir kommen zur Abstimmung. Es ist namentliche Abstimmung beantragt. Der Antrag auf namentliche Abstimmung bedarf der Unterstützung.

Ich bitte, dass diejenigen Herren, welche den Antrag auf namentliche Abstimmung unterstützen wollen, sich von ihren Plätzen erheben. Die Unterstützung reicht aus.

Ich bitte nun, dass diejenigen Herren, welche den Antrag von Heydebrand, Dr Friedberg, Frhr v. Zedlitz und Neukirch und Genossen auf Nr 285 der Drucksachen annehmen wollen, bei dem Namensaufruf mit Ja, diejenigen Herren,

welche ihn ablehnen wollen, mit Nein antworten.
Die Abstimmung beginnt mit dem Buchsta-
ben A.

Ich bitte um möglichste Ruhe während der
Abstimmung.

Ich bitte die Herren Schriftführer, den Na-
mensaufruf vorzunehmen.

Das *Ergebnis* der *Abstimmung* ist folgendes.
An der Abstimmung haben sich im ganzen 285
Herren, beteiligt. Davon haben mit Ja gestimmt
181, mit Nein 104; der Stimme enthalten hat
keiner der Herren. Der Antrag ist also *ange-
nommen*.

Damit ist der Gegenstand erledigt und die
Tagesordnung erschöpft.

52 Sitzung

Freitag, den 19-ten Januar 1917.

Präsident Dr. Graf v. Schwerin-Löwitz:

Wir treten in die *Tagesordnung ein*. Erster Gegenstand ist die

Fortsetzung der ersten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Feststellung des Staatshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1917. —

Das Wort hat nach der gestrigen Rednerliste der Herr Abgeordnete Korfanty.

Korfanty,

Abgeordneter (Pole):

M. verehrten Herren! In Anbetracht der Klagen über Enttäuschungen mit den Polen, denen hier gestern Ausdruck gegeben worden ist, und des Vorwurfs der Undankbarkeit, die wir sowohl in diesem Hause vor Weihnachten und gestern als auch ausserhalb des Hauses begegnen, wäre es gerade für einen Polen eine verführerische Aufgabe, bei den gegebenen Zeitumständen und bei der vorliegenden Gelegenheit gerade in diesem Hohem Hause die polnische Frage als ein integrales Ganzes, ihre internationale Bedeutung in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft, ihren ursächlichen Zusammenhang mit dem Weltkriege und das Verhältnis der Grossmächte, insbesondere auch der Teilungs-

mächte, zur polnischen Nation zu behandeln. Aus naheliegenden Gründen will ich es unterlassen, allgemeine politische Darlegungen nach dieser Richtung hin heute hier zu machen. Gegenüber dem Vorwurf der Undankbarkeit, gegenüber den Behauptungen, dass die Polen Ihnen eine Enttäuschung gebracht haben, möchte ich aber eins feststellen.

Die **polnische Nation**, welche mit ihren 25 Millionen Angehörigen die sechste Stelle in Europas Völkerfamilie einnimmt, welche in der Vergangenheit voll und ganz ihre geschichtliche Mission erfüllt hat, indem sie die Grenzen der christlichen Gesittung um Hunderte von Meilen nach dem Osten verrückt hat und Jahrhunderte lang eine Schutzmauer des Christentums und der abendländischen Kultur gegen asiatische Barbarei gewesen ist — ich sage: diese polnische Nation hat trotz der Schwierigkeiten, denen sie nach dem Verluste ihrer staatlichen Selbständigkeit begegnet ist, nie ihre grosse Lebenskraft verloren, sie hat nie aufgehört, sich in nationaler und kultureller Beziehung als einen einheitlichen und unzertrennlichen Volkskörper zu fühlen. Für diese gottgegebene Tatsache, die wir in Preussen durch gesetzwidrige politische Betätigung nie unterstrichen haben, sind wir hart gestraft worden, nicht zu allerletzt hier in diesem Staate — durch eine ganze Reihe von legislativen und administrativen Massregeln höchst vexatorischen Charakters.

Meine Herren, die von der polnischen Nation nach der Teilung ihres Staates trotz der ihr von den Teilungsmächten auferlegten Fesseln auf dem Gebiete der Kunst, der Wissenschaft, auf dem Gebiete jeder zivilisatorischen Arbeit und nicht zuletzt auf dem Gebiet des Kampfes um die Freiheit, um ihre eigene und anderer Völker Freiheit, des Kampfes um die Erweiterung der Volksrechte entfaltete Tätigkeit ist ein

Beweis dafür, dass diese Nation ihre Bedeutung in der Vergangenheit nicht vergessen hat, dass sie sich voll und ganz bewusst ist der Pflichten in der Gegenwart und der Rechte auf die Zukunft. Nur diese lebendige Erinnerung an die grosse Vergangenheit, nur dieses Bewusstsein der patriotischen Pflichten in der Gegenwart, nur dieses Bewusstsein des Rechtes auf freie nationale Entwicklung erklärt das würdige Verhalten der polnischen Nation während dieses Weltkrieges. In diesem würdigen Verhalten glauben Sie eine Enttäuschung zu finden, und Sie glauben, den Polen Mangel an Dankbarkeit vorwerfen zu dürfen. Meine Herren, ich will es offen aussprechen: unter dem Einfluss einer gewissen Literatur, wenn sie auch von bekannten Namen gedeckt ist, unter dem Einfluss des nationalen Kampfes in den letzten Jahrzehnten hat man es hier gelernt, die Polen als eine quantité négligeable, als etwas Minderwertiges zu behandeln, und deshalb ist es auch nicht zu verwundern, dass man jetzt den Versuch gemacht hat, die Polen als eine *Art Albaner* zu behandeln. Dass die polnische Nation dagegen stummen Protest erhoben hat, ist für jeden, der in die Psyche eines anderen Volkes sich hineinversetzen und hineinleben kann, eine Selbstverständlichkeit.

Meine Herren, ich bitte, überlegen Sie sich aber noch folgendes. Als der Schrecken des Weltkrieges über die Völker Europas hereinbrach, traf er am furchtbarsten unser Volk. Seit $2\frac{1}{2}$ Jahren kämpft bei uns Vater gegen Sohn, Bruder gegen Bruder, Volksgenosse gegen Volksgenossen, Freund gegen Freund, und diese furchtbarste aller Tragödien will kein Ende nehmen. Unsere Heimat ist zum Schauplatz dieses furchtbaren Krieges geworden. Weite Strecken liegen von Trümmern und Ruinen bedeckt; das Königreich Polen und Gali-

zien sind zum grossen Teil verwüstet und verödet; ganze Städte und Dörfer, blühende Felder und ausgedehnte Wälder sind der Wut des Kriegsgottes und seiner Begleiter zum Opfer gefallen; Handel und Wandel und Industrie sind in dem Lande erstorben; Millionen von Menschen haben jede Möglichkeit des Verdienstes verloren, Krankheit und Hunger dezimieren die Bevölkerung; andere Millionen mussten das Land verlassen, teils gezwungen hinausgetrieben, teils durch falsche Vorspiegelungen aus dem Lande herausgelockt. In der Fremde führen sie ein Sklavendasein, nicht selten verderben sie an Leib und Seele. Ich will auf die Ursachen aller dieser für uns höchst traurigen und tragischen Erscheinungen hier nicht näher eingehen. Sie werden mir Dank wissen, wenn ich meiner Pflicht zum Trotz hier nicht von Requisitionen sprechen werde, von der Herausführung der Arbeiter aus ihrer Heimat, von ihrem Schicksal in der Fremde, von der hermetischen Absperrung Polens von der Zufuhr jeglicher Lebensmittel aus dem neutralen Auslande und anderes mehr.

Meine Aufgabe heute ist, im Namen meiner politischen Freunde zu dem uns vorgelegten Etat Stellung zu nehmen, insbesondere auch soweit er das Verhältnis der Regierung und der die Polenpolitik bis jetzt unterstützenden Parteien zu den unter dem preussischen Szepter lebenden Polen wiederspiegelt.

Meine Herren, als der Weltkrieg ausgebrochen war, haben viele Polen hier in diesem Reiche sich dem *Glauben* hingegeben, dass die Regierung nach den ersten Erfahrungen mit den Polen ihre *bisherige Haltung* zu dem polnischen Volke revidieren würde. Ich gestehe es offen: ich habe selbst eine Zeitlang zu denen gehört, die sich diesem Glauben hingegeben haben, ich habe mit vollen Vertrauen zu der Königlichen

Staatsregierung geblickt und eine Umkehr in der Polenpolitik erwartet. Aber so wie die Hoffnungen vieler meiner Landsleute sind auch meine geschwunden. Wir haben gleich im Anfang des Krieges an geeigneter Stelle und in geeigneter Form unseren Beschwerden Ausdruck gegeben und haben um die Beseitigung ihrer Ursachen gebeten. Statt der erwarteten Revision der bisherigen Polenpolitik hat man sich darauf beschränkt, die Erwägung einer Neuorientierung *nach dem Kriege* in Aussicht zu stellen. Dieses Versprechen einer Erwägung einer Neuorientierung wurde von der Regierung und von den Mehrheitsparteien noch durch so viele Wenn und Aber, durch so viele Voraussetzungen verklausuliert, dass das polnische Volk für diese grosse politische Tat wahrhaftig kein Verständnis haben und auch in den $2\frac{1}{2}$ Jahren, die der Krieg dauert, dieser grossen politischen Tat kein Verständnis abgewinnen konnte. Es ist auch in der Tat in ernster Politik ein seltener Vorgang. Meine Herren, wenn Eltern die Erwägung der Gewährung eines Weihnachtsgeschenks an ihre Kinder von soviel Wenn und Aber, von soviel Voraussetzungen abhängig machen würden, würden sie riskieren, den Rest von Liebe und Vertrauen bei ihren Kindern zu verlieren. Freilich hinkt der Vergleich; denn die preussischen Regierungen sind uns nie Vater gewesen und haben uns nie als ihre Kinder behandelt. Als der Herr Reichskanzler zu wiederholten Malen feierlichst erklärte, dass Deutschland keines Volkes Rechte auf Leben antasten wolle, dass es insbesondere auch für die Rechte der kleineren Nationen kämpfe, als die öffentliche Meinung in Deutschland so grosses Verständnis für die Lage von Irland, für die Lage der fremden Völker in Russland, für die Lage noch weit entlegener Völker zeigte, als ein Teil der öffentlichen Meinung in

Deutschland sogar neue Völker kreierte, wie das Volk der Juden in Polen, da glaubten wir bei der Königlichen Staatsregierung und bei den ihre bisherige Polenpolitik unterstützenden Parteien auch *ein Verständnis für unsere Lage aufgegangen*. Höflichst und bescheiden klopften wir an und erkundigten uns nach den ferneren Absichten der Königlichen Staatsregierung unter Ausschluss der Oeffentlichkeit hinter den verschlossenen Türen der Budgetkommission. Das Spiel wiederholte sich, das verschleierte Bild von Sais, das *Versprechen der Erwägung einer Neuorientierung nach dem Kriege*, wurde wieder enthüllt, und dieses Spiel dauert nun über $2\frac{1}{2}$ Jahre. Ich enthalte mich jeder Kritik, allein die Feststellung dieser Tatsache spricht für sich selbst. Wundern Sie sich aber nicht, dass in Anbetracht einer solchen Haltung das *polnische Volk von dem grössten Misstrauen gegenüber der Königlichen Staatsregierung erfüllt ist*, und ich bin beauftragt, diesem Misstrauen hier in energetischer Weise Ausdruck zu geben.

Den Hauptstein des Anstosses in dem Verhältnis des polnischen Volkes zum preussischen Staat bildet *das unberührte Fortbestehen der preussischen Polenpolitik der letzten dreissig Jahre*. — Herr Kollege v. Bülow, bitte erinnern Sie nicht an den polnischen Staatsrat; locken Sie mich nicht heraus! Ich könnte Dinge sagen, die Ihnen unangenehm und die nicht nützlich wären. Also den Hauptstein des Anstosses in dem Verhältnis des polnischen Volkes zum preussischen Staat bildet eben das unberührte Fortbestehen der preussischen Polenpolitik der letzten 30 Jahre. Die Königliche Staatsregierung hat sich in den $2\frac{1}{2}$ Jahren nicht einmal zu dem durchgerungen, dem der Herr Abgeordnete v. Kardorff, ausgerechnet er, gestern hier Ausdruck gegeben hat. Der Abgeordnete v. Kardorff hat sich ja so weit durchgerungen, dass

er die Schädlichkeit solcher Gesetze, wie des Enteignungsgesetzes, wie des § 13 b des Ansiedlungsgesetzes, und die Erteilung des Religionsunterrichts in den Volksschulen in fremder Sprache beseitigen oder die Gesetze wenigstens revidieren will. Wir sind eigentlich erstaunt, dass die Königliche Staatsregierung nicht den Mut gehabt hat, in geeigneter Zeit selbst diese Vorschläge dem Hause zu unterbreiten.

Wenn nun die Fragen, die der Abgeordnete v. Kardorff hier gestern angeschnitten hat, nicht strittig sind, nun, dann hat man sie einfach zu verwirklichen, und wir werden wenigstens etwas guten Willen sehen. Aber ich erinnere den Abg. v. Kardorff an das Echo, das von seiten des nationalliberalen Sprechers hier gestern auf seine Vorschläge ertönt ist. Der Abgeordnete Dr Friedberg sagte, der Zeitpunkt sei ihm nicht genehm, und er meinte das nicht so, wie es der Herr Kollege Dr Pachnicke gestern ausgelegt hat. Wir verstehen die Worte des Herrn Dr Friedberg so und müssen sie so verstehen, dass er in der bisherigen Polenpolitik gegenüber den Polen fortfahren und dieselbe aufrecht erhalten wissen will.

Ich möchte aber gleich bei dieser Gelegenheit bemerken, dass diese Konzessionen, von denen der Abgeordnete v. Kardorff sprach, für uns nur eine kleine Abschlagzahlung sind. Wir haben nie von unserem Verlangen Abstand genommen und werden nie davon Abstand nehmen, dass *wir ein Recht auf völlige Entwicklung in nationaler und kultureller Beziehung* in diesem Staate haben ein Recht auf völlige Gleichberechtigung, und da genügt nicht allein der Religionsunterricht in der Muttersprache, da genügt nicht allein die Umgestaltung des § 13 b in der Ansiedlungsnovelle, da genügt nicht allein die Aufhebung des Enteignungsgesetzes, da gehört viel, viel mehr dazu, damit sich ein Volk vollständig frei

in nationaler und kultureller Richtung entwickeln kann. — Was? Ich glaube, es hat jemand „was“ gefragt. Ich dächte, dies seien so einfache Dinge und selbstverständliche Dinge. Sie müssten aus Ihren eigenen Erfahrungen wissen, was zur freien Entwicklung eines Volkes gehört. Deshalb verzichte ich auf weitere Ausführungen nach dieser Richtung. Aus Ihrem Zwischenruf kann ich nur auf die böse Absicht schliessen, die Sie für die Zukunft uns gegenüber hegen.

Die Königliche Staatsregierung deckt ihre für uns unverständliche Haltung mit dem *Schlagwort des Burgfriedens* und mit dem Umstand, die *anormalen Kriegsverhältnisse*, wie sich der Herr Minister des Innern bei einer anderen Gelegenheit ausgedrückt hat, ihr nicht die Möglichkeit geben, die einschlägigen und schwierigen Aufgaben der Gesetzgebung und Verwaltung mit der notwendigen Gewissenhaftigkeit zu prüfen. Aber, meine Herren, *was ist denn von dem Burgfrieden übrig geblieben?* Was sehen wir um uns? Streit und Kampf, rechts gegen links, Stadt gegen Land, Land gegen Stadt, ganze Parteien und ganze Volkssteile erheben ein wütendes Kampfgeschrei gegen die Leiter des Staates und fordern die Absetzung des leitenden Ministers. Ist das Burgfrieden? Ich glaube, dass das Einbringen von Gesetzen, die die Wiedergutmachung eines einem Teil der Staatsbürger zugefügten schweren Unrechts bedeute, keineswegs mit dem Burgfrieden unvereinbar sei. Im Gegenteil, es wäre eine Kräftigung des Burgfriedens. Und was heisst es denn: *anormale Kriegsverhältnisse*? Haben die *anormalen Kriegsverhältnisse* es verhindert, dass grundstürzende Gesetze, die an die Änderung der wichtigsten Grundsätze der Reichsverfassung heranreichen, angenommen und verwirklicht worden sind? Trotz der anor-

malen Kriegsverhaltnisse hat man das sehr gut und sehr gründlich zustande gebracht.

Seit 2½ Jahren fliesst nun Polenblut für die Kriegsziele Deutschlands. Trauer herrscht in Tausenden polnischer Familien, das polnische Volk arbeitet und darbt für die Grösse Deutschlands, aber es bleibt nach wie vor entrichtet, einer kurzsichtigen Bureaucratie ausgeliefert, es bleibt *Bürger zweiter Klasse, Gleichberechtigung* findet es nur im *Schützengraben*, da noch Bevorrechtigung. Nach wie vor müssen die Polen zu den *Millionen der Ansiedlungskommision* beitragen, deren Zweck ist, sie von der väterlichen Scholle zu vertreiben, nach wie vor darf der Pole prinzipiell auf seiner Scholle sich *ohne behördliche Erlaubnis kein Dach über* seinem Haupte bauen, nach wie vor ist das Enteignungsgesetz in Kraft, welches die Grundlagen des heutigen sozialen Baues erschüttert, nach wie vor ist die polnische Sprache aus Schule, Gericht und dem ganzen öffentlichen Leben verbannt. Selbst das Verbot der Erteilung des polnischen Privatunterrichts besteht fort. Kein einziges der Ausnahmegesetze gegen die Polen ist aufgehoben.

Und der *Wert der versprochenen Erwähnung der Neuorientierung nach dem Kriege* zeigte sich ja im vorigen Jahre bei der Beratung der *Novelle zum Rentengutsgesetz*, welche die Ansiedlung der Kriegbeschädigten erleichtern sollte. Ich erinnere Sie daran, dass nach dem Willen der massgebenden Faktoren denjenigen, die ihr Blut für Deutschland vergossen haben, der Landerwerb nicht offen stehen sollte, deshalb, weil sie Polen sind.

Der Reichstag hat zu wiederholten Malen, auch während des Krieges, mit grosser Mehrheit beschlossen und gefordert, dass der *Sprachenparagraph aus dem Reichsvereinsgesetz entfernt* würde. Die Regierung ist über diese

Beschlüsse nicht nur zur Tagesordnung übergegangen, nein, sie hat sogar bei der Beratung der Novelle zum Reichsvereinsgesetz ausdrücklich erklärt, dass, wenn diese Novelle mit der Wiedergutmachung des dem polnischen Volke durch Bülow und seinen Blockreichstag zugefügten Unrechts belastet würde, sie diese Novelle scheitern lassen würde. Meine Herren, im Oktober 1914 ordnete der Herr Kultusminister an, dass den polnischen Kindern in den Volksschulen der Religionsunterricht in der Muttersprache erteilt werden solle. Wo keine der polnischen Sprache mächtigen Lehrer vorhanden wären, sollte die Ortsgeistlichkeit berechtigt sein, auf Antrag diesen Unterricht zu übernehmen. Ich kann Sie versichern, meine Herren, die Lokalbehörden haben es verstanden, in den meisten Fällen die Ausübung dieser Anordnung zu hintertreiben. Meine Herren, wenn ich recht unterrichtet bin, verfügte die Regierung auch, dass bei der Erteilung der Bauerlaubnis insbesondere den polnischen Soldaten und ihren Angehörigen keine Schwierigkeiten gemacht würden. Meine Herren, aber die nachgeordneten Behörden haben in den meisten Fällen bis jetzt nicht umgelernt; sie regieren, wie sie in den Zeiten vor dem Kriege regiert haben.

Meine Herren, ein anderes Beispiel! Polnische Frauen versammeln sich im Dorfe um das Kreuz herum, sie beten und singen Gesänge in polnischer Sprache für die glückliche Heimkehr ihrer im Felde stehenden und für Deutschland kämpfenden Männer. Der Repräsentant der Staatsgewalt erscheint und treibt sie auseinander; denn das sei eine öffentliche Versammlung, die nicht drei Mal 24 Stunden vorher angemeldet worden wäre.

Meine Herren, das sind doch im höchsten Grade aufreizende Taten. Das sind Dinge, derer wegen man sich schämen muss. Meine

Herren, trotz unseres Protestes in den vergangenen Jahren erscheinen nach wie vor im Etat alle polenfeindlichen Positionen; keine einzige ist ausgemerzt. Insbesondere erscheint auch der gehässige Dispositionsfonds der Oberpräsidenten, über dessen Verwendung kein Mensch etwas weiss, weil die Regierung über ihn keine Rechenschaft ablegt. Nach einem oberflächlichen Ueberschlag erscheinen in dem *diesjährigen Etat fast 17 Millionen Mark*, welche unter dem verschämten Titel „der Förderung und des Schutzes des Deutschtums“ erscheinen, in Wirklichkeit aber *zur Entnationalisierung und Verdrängung der Polen* bestimmt sind. Meine Herren, in einer Zeit, welche überschäumt von Reden über die Freiheit und über die Unantastbarkeit der Rechte der Völker, in einer Zeit, die voll ist von Phrasen über den Schutz der verfolgten Nationen, verloht es sich wirklich, diese Positionen einzeln wieder zum ewigen Gedächtnis dokumentarisch festzulegen.

Meine Herren, da haben wir wieder die Ansiedlungskommission, die bereits fast eine Milliarde Mark verschlungen hat, um uns von unserer väterlichen Scholle zu verdrängen. Sie erscheint in diesem Jahre mit einer Ausgabe von 2 656 614 M. Meine Herren, dann kommt dieser gehässige Fonds der Oberpräsidenten, über dessen Wirkungen wir nicht einmal in diesem Hohen Hause gesprochen haben, 2 $\frac{1}{4}$ Million Mark, Erziehungsbeihilfen an höhere Beamte in den gemischtsprachigen Kreisen 135 000 M. Meine Herren, dann kommen im Etat des Finanzministeriums die widerrufflichen Gehaltszulagen für Beamte, die bekannte Ostmarkenzulage, deren unheilvolle Wirkungen hier nicht allein von uns, sondern auch von andern Parteien so oft festgestellt worden sind, mit 1 000 000 M. Dann die Beteiligung des Staates an der Deutschen Pfandbriefanstalt in Posen

mit 1 800 000 Mark. Ich will feststellen, dass die Polen von den Wohltaten dieser Anstalt ausgeschlossen sind. Meine Herren, dann kommen für den Erwerb und die Erschliessung des Umwallungsgeländes der Stadt Posen 50 000 *M.* Ich will bemerken, dass der Erwerb von Stücken dieses früheren Festungsgeländes für die Polen nicht erlaubt ist. Im Etat des Handelsministeriums haben wir für Errichtung und Erhaltung der Fortbildungsschulen in Westpreussen und Posen 780 000 *M.* Gegen die Fortbildung der schulentlassenen Jugend wird keiner von uns etwas haben; aber diese Fortbildungsschulen bei uns sind nur ein Mittel zum Zweck; sie dienen hauptsächlich der Fortsetzung der durch die Volksschule ausgeübten Germanisation unserer Jugend.

Im Justizetat haben wir die widerruflichen Gehaltszulagen, die Ostmarkenzulagen für die in den Provinzen Posen und Westpreussen tätigen Beamten mit 352 000 *M.* In Posen gibt es ja, wie Sie wissen, besondere Polizeidistriktskommissare; anderswo wird dieses Amt zum grössten Teil ehrenamtlich auf dem Lande, durch Amtsvorsteher ausgeübt werden. Bei uns gibt es seit Jahrzehnten eine spezielle Polizeigewalt, für die 682 100 *M.* ausgeworfen sind.

Dann sind im landwirtschaftlichen Etat für die östlichen Provinzen zur Förderung der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft über 1½ Million Mark ausgeworfen. Wir haben nie etwas davon gehört, dass dieser Fonds auch Polen zugute gekommen wäre. Für die innere Kolonisation geben wir eine Million Mark aus. Wir haben nie davon gehört, dass polnischen Bauern die Ansiedlung aus diesem Fonds erleichtert worden wäre.

Im Kultusetat erscheinen die Ostmarkenzulagen für Volksschullehrer in Posen und Westpreussen mit 1 830 000 Mark; als Vergütung an

Volksschullehrer für Förderung des deutschen Volksschulwesens 780 000 *M.* Wir wissen ja, wie diese Förderung des deutschen Volksschulwesens vor sich geht. Ich brauche nur an unsere Ausführungen in früheren Jahren zu erinnern, um Ihnen alle diese Fonds und ihre Bedeutung richtig zu beleuchten.

Meine Herren, die Akademie in Posen erfordert wieder 151 430 *M.* Die polnische Wissenschaft ist von dieser Akademie ausgeschlossen. Man hat ihre Stiftung mit der Förderung des Deutschtums begründet.

Meine Herren, dann sind für deutsche Pfarrgebäude 200 000 *M.* Im Eisenbahnetat haben wir Ostmarkenzulagen in Höhe von 1 634 900 *M.*, die allerdings in einem allgemeinen Titel versteckt sind. Dann haben wir Erziehungsbeihilfen für Eisenbahnbeamte in Höhe von 144 000 *M* und für den Bau von Wohnungen für die Eisenbahnbeamten in den Ostprovinzen 100 000 *M.*, auch eine Art von Kolonisation, für die bereits über 14 Millionen Mark ausgegeben worden sind, alles in allem fast 17 Millionen Mark.

Meine Herren, wir haben uns in den vergangenen Kriegsjahren damit begnügt, in wenigen Worten gegen die polenfeindlichen Positionen im Etat zu protestieren. Wir haben unsere Wünsche und Beschwerden hinter verschlossenen Türen in der Budgetkommission vorgetragen; aber die $2\frac{1}{2}$ -jährigen Erfahrungen in schwerster Zeit einerseits, anderseits die Illustration, die uns am 20. November vergangenen Jahres der Block der polenfeindlichen Parteien und die Vertretung der Königlichen Staatsregierung zu dem Versprechen der Erwägung einer Neuorientierung nach dem Kriege bei der Verhandlung des Antrages der Abgeordneten v. Heydebrand, Dr Friedberg und Frhr. v. Zedlitz und Genossen gegeben haben, zwan-

gen uns, diesmal ausführlicher und deutlicher zu werden.

Um das des näheren zu begründen, will ich Sie erinnern, was damals am 20. November vorigen Jahres hier von seiten der Königlichen Staatsregierung ausgeführt worden ist. Meine Herren, unter dem lebhaftesten Beifall des polenfeindlichen Blocks in diesem Hohen Hause nannte der Herr Regierungsvertreter damals die Regierungskunst in den polnischen Landesteilen die „geschichtlichen Aufgaben des preussischen Staates“. Ist das so zu verstehen, dass die bisherige Polenpolitik bei uns auch in Zukunft eine geschichtliche Aufgabe des Staates sein soll? Die polnischen Landesteile nannte er „die in Jahrzehntelanger schwerer und fruchtbarer Verwaltungsarbeit zu hoher Blüte und Kultur gebrachte Ostgrenze“. Meine Herren, von dieser „hohen Blüte und Kultur“ auf unserer Seite kann nicht gesprochen werden. Wir haben in unserem Heimatlande keine Möglichkeit gehabt, uns kulturell und national zu entwickeln.

Der Herr Minister als Vertreter der Regierung sagt dann ferner: „Seinen nationalen Aufgaben im Osten wird der preussische Staat treu bleiben. Er erfüllt damit eine Aufgabe für das ganze deutsche Volk.“ Heisst das so viel, dass die bisherige Politik in unbeschränkter Weise fortgesetzt werden soll? Er sagte weiter:

Die überkommenen, bisher erfüllten Aufgaben Preussens in den Ostprovinzen bleiben in naher und ferner Zukunft bestehen. Der Schutz und die Erhaltung des Deutschstums, deutschen Lebens und deutschen Wesens bleiben bestehen, wo Polen und Deutsche beieinander leben, bleiben die Aufgaben des preussischen Staates, welche er erfüllen wird für das deutsche Volk, für deutsche Kultur und für den deutschen

Geist. Das Kulturwerk, das Preussen für Deutschland geschaffen hat, dort in unseren Ostprovinzen, ist ein deutsches Gut von unvergleichlichem Wert. Wir werden es pflegen und fördern, damit es dauern kann. Meine Herren, dieses Programm quittierte der polenfeindliche Block in diesem Hause mit dem lebhaftesten Beifall. Was diese Parteien für die Zukunft verlangten, ging ja aus ihrem Antrage hervor. Es muss also die Antwort des Vertreters der Königlichen Staatsregierung so ausgelegt werden, dass die Regierung den Forderungen dieser Parteien für die Zukunft Genüge tun wolle, dass die bisherige Polenpolitik fortgeführt werden soll.

Meine Herren, die von mir aus der Rede des Vertreters der Königlichen Staatsregierung angeführten Redewendungen sind uns ja nicht neu; dieselben Worte und Redewendungen haben wir bei der Begründung eines jeden Ausnahmengesetzes gegen die Polen gehört. Wir haben sie ebenso bei jedem von uns angefochtenen polenfeindlichen Etatstitel gehört, und langjährige Erfahrung lehrt uns, was wir von diesen Redewendungen über den Schutz des bei uns angeblich bedrohten und verfolgten Deutschtums zu halten haben. Meine Herren, ist es denn ein Wunder, dass bei dieser Gelegenheit von den Antragstellern von „Polnisch sprechenden Preussen“ gesprochen worden ist, wogegen wir heftigen Protest erheben mussten? Sie haben uns doch durch diesen Ausdruck die Zugehörigkeit zu der kulturellen nationalen Gemeinschaft mit der polnischen Nation als solcher streitig gemacht! — Preussen sind wir natürlich im staatsrechtlichen Sinne. National sind wir Polen, aber keine Polnisch sprechenden Preussen. Sprechen Sie denn von Deutsch sprechenden Russen? Nein, Sie sagen doch immer: die Deutschen in Oesterreich, die Deut-

schen in Ungarn und die Deutschen in Russland. Wie können Sie es also wagen, uns Polnisch sprechende Preussen zu nennen? Diesen Unterschied müssen Sie doch verstehen, und Sie dürfen sich darum nicht wundern, dass wir dagegen Protest erhoben haben. Dieser Unterschied hat prinzipielle Bedeutung für uns.

Meine Herren, und legen wir uns die Frage vor: was hat uns denn der Vertreter der Königlichen Staatsregierung bei dieser Gelegenheit Gutes für uns gesagt? Es erinnerte der Herr Minister wieder an sein zweimaliges Versprechen der Erwägung einer Neuorientierung nach dem Kriege, das er abgelegt habe einmal hier im Plenum und einmal in der Budgetkommission. Dann stellte er fest, dass sich Polen und Deutsche in diesem Kriege näher getreten seien, und er sagte: „Das ist wahr und soll wahr bleiben, und diese Wahrheit wird auch mit sprechen, wenn die Gesetzgebung und die Verwaltungspraxis nach dem Kriege geprüft werden, welche preussische Staatsbürger polnischer Nationalität betreffen. Meine Herren, die zukünftigen Entschlüsse der Regierung werden von Wohlwollen für die polnische Bevölkerung getragen werden.“ Meine Herren, das ist alles. Herzlich wenig im Vergleich zu den energischen und weitläufigen Ausführungen, die der Herr Minister zu Gefallen der uns bisher bekämpfenden Parteien gemacht hat. Diese Ausführungen da hatten programatischen Charakter, sie umschrieben die zukünftige Handlung der Regierung in ganz genauer Weise. Für uns gab es nur einige allgemeine Verheissungen und Versprechungen von Wohlwollen.

Meine Herren, Sie können mir glauben, das polnische Volk hat diese Erklärung auch entsprechend gewertet. Ich spreche es offen noch einmal aus, es herrscht bei uns das *tiefste Misstrauen gegenüber diesen ewigen Versprechun-*

gen der Erwägung einer Neuorientierung nach dem Kriege.

Meine Herren, *wir wollen Taten sehen, Taten*, auf die wir nach dem Naturrecht, nach dem von Gott gewollten Recht einen Anspruch haben, Taten, auf die wir einen um so grösseren Anspruch haben nach den Opfern, die wir gebracht haben und bringen. Wir protestieren auf das feierlichste gegen die fernere Unterdrückung unserer Nationalität. *Wir fordern die Möglichkeit einer freien nationalen und kulturellen Entwicklung, die nicht im Widerspruch zu den Staatsgesetzen und zu den Interessen des deutschen Volkes zu sein braucht.* Meine Herren, im Namen der Freiheit und der Verteidigung der Rechte der Nationen wird dieser furchtbarste aller Kriege geführt. Die grenzenlosen Opfer an Gut und Blut, das Weh und der Jammer, die dieser Krieg über ganz Europa gebracht hat, müssen das Eine zeitigen, wenn man an der Menschheit nicht verzweifeln soll, dass die Völker sich sagen, auch für sie gilt das Wort Christi unseres Herrn: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst. Gegenseitige Achtung, Unantastbarkeit der Rechte anderer Nationen, Schutz der nationalen Minderheiten, das muss und wird uns dieser Krieg bringen. Und wir, wir vertrauen auf Gott, wir vertrauen auf den guten Genius der Menschheit, wir vertrauen auf unsere Kraft im festen Glauben, dass auch für uns eine glücklichere Stunde schlagen wird.

von Loebell,

Minister des Innern:

M. H., wenn der Herr Abgeordnete Korfanty seinen Stammesgenossen diesseits und jenseits der Grenze durch seine Ausführungen nützen wollte, glaube ich, hat er den Zweck nicht erreicht. Am 20. November habe ich bei Gelegenheit der Beratung der Interpellation Heydebrand und Genossen ausdrücklich gesagt, dass die Regierung an die Prüfung der die polnischen Interessen angehenden inneren Politik mit aller Objektivität herantreten und in ihren Entschlüssen von Wohlwollen gegen die Polnisch sprechende Bevölkerung getragen sein werde. Ich nehme nichts zurück von den Erklärungen, die ich damals und früher abgegeben habe. Aber ich betone, dass schon damals die Staatsregierung erklärt hat und erklären musste, dass je vorurteilsloser und unbedingter die preussischen Untertanen, die die polnische Sprache sprechen, sich auf den Boden der preussischen Staatsangehörigkeit stellen und als preussische Staatsbürger fühlen, um so leichter es der Regierung und den Mehrheitsparteien werden würde, diejenigen Wege einzuschlagen und zu beschreiten, die zu einem Frieden mit den Polen führen würden. Meine Erklärungen damals sind — ich glaube, das wird mir die überwältigende Mehrheit des Hauses bestätigen — in durchaus entgegenkommendem und sehr versöhnlichem Sinne abgegeben worden. Und was war die Antwort schon damals? Eine Erklärung des Vertreters der polnischen Fraktion, die nicht nur in hohem Grade kühl und ablehnend war, sondern die kein Wort des Dankes fand, des Dankes für die hochherzige Tat der

beiden Kaiser, die ihren Stammesgenossen nunmehr nach einem Jahrhundert wiederum die politische Freiheit bringen wollten. Kein Wort des Dankes! Statt dessen eine kühle Ablehnung, ja, eine scharfe Abrechnung mit ihren politischen Gegnern.

Und nun die heutige Rede des Herrn Abgeordneten Korfanty! Er spricht davon, die Regierung mache sich den Burgfrieden zunutze und lehne unter seinem Schutze jede Neuorientierung auch in der polnischen Frage ab. Meine Herren, entsprach die Rede, die wir hier eben gehört haben, auch nur den bescheidensten Ansprüchen an den Burgfrieden? Sie, Herr Abgeordneter Korfanty, haben in schroffster Weise Ihre Anklagen erhoben, Sie haben Anklagen erhoben, wie wir sie vor Jahrzehnten gehört haben, als wir mitten im inneren Kampfe standen. Sie haben auch jetzt nicht ein Wort des Dankes und der Anerkennung für das gefunden, was in diesen letzten Jahren geschehen ist; Sie haben nicht anerkannt, dass die Staatsregierung nicht nur den polnischen Abgeordneten, sondern auch den preussischen Untertanen polnischer Sprache gegenüber sich nach allen Richtungen bemüht hat, alle Schärfen zurückzustellen, Gesetze, die sie hatte, nicht zur Anwendung zu bringen, in der Verwaltung zu zeigen, dass sie ehrlich bemüht ist, ihrerseits unter keinen Umständen dazu beizutragen, dass ein Kampf in dieser schweren Zeit, in der wir stehen, zwischen den preussischen Untertanen entstände. Meine Herren, das hat die Regierung getan!

Herr Abgeordneter Korfanty hat mit einer sittlichen Entrüstung von einer Fülle von Handlungen gesprochen, durch die sich seine Stammesgenossen verletzt fühlen. Nun, meine Herren, an die Zentralinstanz sind Beschwerden dieser Art nicht gekommen, und es wäre wunderbar, dass wenn, wie er sagte, so unerhört

verwaltet worden wäre, sich die Beschwerdeführer mit ihren Klagen über die Vergewaltigungen und Drangsalierungen, denen sie ausgesetzt sind, nicht hierher an die Zentralinstanz gewendet hätten. Ein einziges Mal ist vor einigen Wochen einer der Herren bei mir gewesen und hat mir verschiedene Wünsche und Klagen vorgetragen. Ich habe sofort festgestellt, dass davon zwei oder drei Beschwerden unbegründet waren, und in bezug auf die anderen habe ich Abhilfe geschaffen. Aber von solchen Klagen, von denen eben Herr Abgeordneter Korfanty gesprochen hat, war keine Rede.

Herr Abgeordneter Korfanty spricht davon: die preussische Regierung ist uns nie ein Vater gewesen, hat uns niemals als ihre Kinder behandelt. Das ist so eine Bemerkung, mit der man in der Oeffentlichkeit Eindruck machen will. Meine Herren, was ist denn in der Provinz Posen wirtschaftlich geschehen, was ist aus der Provinz Posen gemacht worden, wie hat sie sich unter dem preussischen Szepter entwickelt! Was haben Sie den preussischen Königen zu danken, die in dieser Weise für Sie gesorgt haben! Es ist die schnödeste Undankbarkeit, wenn Sie das nicht anerkennen wollen! Sie sollten noch heutigen Tages Gott auf den Knien danken, dass Sie zu solcher Entwicklung gekommen sind! Sie sollten den preussischen Königen danken, die die Staatsregierung angewiesen haben, solche Wege zu gehen!

Jetzt sagt Herr Abgeordneter Korfanty, das polnische Volk sei von tiefstem Misstrauen gegenüber der preussischen Staatsregierung erfüllt. Es scheint das eine genau formulierte Erklärung zu sein; denn er hat diesen Ausspruch mehrsach wiederholt. Meine Herren, wenn Sie so von Misstrauen gegen die Königliche Staatsregierung erfüllt sind, so werden Sie es der Königlichen Staatsregierung auch wohl nicht

verdenken, wenn sie ihrerseits mit der Darbietung vollen Vertrauens sehr vorsichtig ist. Das werden Sie doch wohl nicht erwarten können, dass gegenüber solchen Erklärungen und wenn wir annehmen können, dass solche Reden, wie wir sie eben gehört haben, wirklich dem tiefsten Empfinden der Mehrheit Ihrer Stammesgenossen entsprechen, dann die Regierung bereit sein wird, ganz ohne Rücksicht auf solche Ausführungen, Ihnen im vollsten Masse Vertrauen entgegen zu bringen. Das wird keine Staatsregierung tun können, wenn anders sie ihre Pflichten, die sie dem übrigen Lande gegenüber zu erfüllen hat, auch beobachten will.

Herr Abgeordneter Korfanty sagt weiter: wo herrscht der Burgfriede? Wir sehen Kampf gegen Kampf. — So stellt sich in den Augen des Herren Abgeordneten Korfanty augenblicklich der innere Zustand Deutschlands dar. Nun, meine Herren, ich denke anders, ich denke höher, und ich denke, die gestrige Sitzung hat auch Beweise gegeben, dass der innere Zustand in Preussen ganz anders ist, und so ist auch im Deutschen Reich. Es besteht eine innere feste Geschlossenheit, eine Geschlossenheit, die sich auch gar nicht stören lässt durch solche einzelnen Vorkomisse, wie wir sie heute bedauerlicherweise erlebt haben. Herr Abgeordneter Korfanty, hinter Ihnen steht eine sehr geringe Anzahl von Leuten; aber Sie sind nicht imstande, die innere feste, unbeugsame Entschlossenheit des deutschen Volkes irgendwie zu stören.

Endlich sagt Herr Abgeordneter Korfanty: polnisches Blut fliesst für die Kriegsziele Deutschlands, und er setzt unmittelbar dahinter: die Polen bleiben Staatsbürger zweiter Klasse. Herr Abgeordneter Korfanty scheint doch in Deutschland zu unterscheiden zwischen Deutschland und Polen und ihren Interessen.

Sie, Herr Abgeordneter Korfanty, und die Mitglieder Ihrer Fraktion sind Preussen und sind Deutsche, und für Deutschland kämpfen wir alle und ich nehme an, auch Sie und Ihre Landsleute. Den Unterschied zu machen zwischen polnischen und deutschen Interessen hier im Inland ist ungehörig, ist unmöglich.

Meine Herren, ich bedauere ausserordentlich, dass ich zu dieser, ich glaube, scharfen Zurückweisung genötigt war; aber ich durfte eine solche Rede nicht ins Land gehen lassen, ohne zu betonen, dass die Staatsregierung ihre Konsequenzen aus solchen Reden ziehen wird und ziehen muss, dass sie auf dem Posten ist und diejenigen Entschlüsse finden wird, die sie als Konsequenz solcher Ausführungen für notwendig erachtet.

? Piast
einige Ausnahmen gelten

Präsident Dr Graf v. Schwerin-Löwitz:
Zur Geschäftsordnung hat zunächst das Wort der Herr Abgeordnete v. Trąmpczyński.

v. Trąmpczyński, Abgeordneter (Pole): Ich bedaure, dass ich keine Gelegenheit habe, Auf die Ausführungen des Herrn Ministers des Internen zu antworten. Aber wir werden die Gelegenheit schon finden. Heute möchte ich blass den Herrn Minister darauf aufmerksam machen, dass der ganze Inhalt der Rede des Herrn Kollegen Korfanty mit den Worten präzisiert werden kann, welche Friedrich Wilhelm I. vor ca 200 Jahren an seinen Gesandten in Wien geschrieben hat. — — —

Präsident Dr Graf v. Schwerin-Löwitz (den Redner unterbrechend): Das darf ich nicht zulassen; das ist nicht zur Geschäftsordnung.

v. Trąpczyński, Abgeordneter (Pole) (fortfahrend): Ich will nur einen Satz... Der Satz lautet: Sagen Sie den Herren in Wien, dass wir von Versprechungen nicht leben können, dass wir Realitäten verlangen.

Korfanty, Abgeordneter (Pole): Durch den Schluss der Debatte ist es mir unmöglich gemacht worden, auf die unseren Anschauungen nach völlig unbegründeten Angriffe des Herrn Ministers des Innern zu antworten und ihm namentlich nachzuweisen, dass er mit keinem Wort auf den Etat, den ich vor allen Dingen zur Sprache gebracht habe, eingegangen ist.

58. Sitzung

Donnerstag, den 15-ten Februar 1917.

Stellvertretender Vizepräsident Frhr v. Zedlitz und Neukirch: Das Wort hat der Herr Abgeordnete v. Trąmpczyński.

v. Trąmpczyński.

Abgeordneter (Pole):

Meine Herren, ich möchte zunächst die Aufmerksamkeit des Herrn Ministers auf das traurige Los der **polnischen Saisonarbeiter** hinlenken. Wenn ich auch zugeben muss, dass der Herr Minister die Aufsicht über diese Wanderarbeiter mit verschiedenen Militärbehörden teilt, dass er also für die Missstände auf diesem Gebiete nicht allein verantwortlich ist, so glaube ich doch, dass er seinen Einfluss auf eine Besserung der Verhältnisse geltend machen kann. Ausserdem möchte ich durch diese Erörterung auch die öffentliche Meinung auf diese Frage aufmerksam machen.

Am 1. August 1914 sind in Deutschland über eine Viertel Million polnische Saisonarbeiter vom Kriege überrascht worden. Durch militärische Anordnung wurden diese Arbeiter seit dieser Zeit nicht mehr aus Deutschland herausgelassen; sie wurden für unfrei erklärt — wie ich behaupte, wider Fug und Recht; denn diese Anordnung widerspricht durchaus dem Völkerrecht, das doch nur zulässt, solche Ausländer

festzuhalten, bei denen die Möglichkeit vorliegt, dass sie in das feindliche Heer eingestellt werden. Die Folge dieser Anordnung war, dass diese Arbeiter, die bis dahin mit ihrem Lose ziemlich zufrieden waren, nun plötzlich das Opfer der Ausbeutung nach Tausenden zählender Arbeitgeber wurden; denn sobald die Arbeitgeber merkten, dass die Arbeiter vollkommen wehrlos waren, dass sie ihre Arbeitsstelle nicht verlassen konnten, boten sie ihnen entweder gar keinen oder einen so geringen Lohn, dass die Leute davon nicht leben konnten. Meine Herren, ein Fraktionskollege kennt einen Fall, wo eine Anzahl Saisonarbeiter in Westpreussen auf dem Lande seit zwei Jahren — sage und schreibe — 30 ϑ , täglich von dem Arbeitgeber angeboten bekommt. Die Arbeiter haben die Annahme dieses Lohnes als zu gering abgelehnt; der Arbeitgeber hat darauf den zweijährigen Lohn irgendwo bei einer Sparkasse niedergelegt. Ich glaube, es wäre Pflicht des Herrn Ministers, darüber zu wachen, dass die Kontrolle über die Arbeiter nicht nur zu ihren Ungunsten, sondern auch in ihrem Interesse als Schutz gegen eine derartige Ausbeutung ausgeübt wird.

Der Bedarf an Arbeitern war aber durch die Zurückhaltung der Viertelmillion nicht gedeckt. Man strebte also nach Heranziehung von weiteren Arbeitern; das Monopol in dieser Beziehung erhielt von dem Ministerium des Innern *die deutsche Arbeiterzentrale*, die nun durch ihre Agenten die Arbeiter anwirbt. Aus persönlicher Kenntnis kann ich es allerdings nicht sagen, aber aus übereinstimmenden Nachrichten von seiten der neuengagierten Arbeiter weiß ich, dass die sechshundert oder mehr Agenten der Arbeiterzentrale in gewissenloser Weise die anzuwerbenden Arbeiter beim Vertragsschluss täuschen. Als Lockmittel wird

insbesondere ein grosses Deputat versprochen. Sie haben neuerdings die Polemik der Zeitungen gegen die Arbeiterzentrale gelesen, wonach ihr übelgenommen wird, dass den polnischen Saisonarbeitern in den Arbeitsverträgen zu viel Nahrungsmittel, z. B. 30 Pfund Kartoffeln wöchentlich, ein Liter Magermilch täglich und noch viele andere schöne Sachen zugesagt waren. Die Herren von der Arbeiterzentrale mögen sich ins Fäustchen gelacht haben! Denn in dem gedruckten Kontrakt steht allerdings ein so hohes Deputat, aber mit einem versteckten Zusatz, den offenbar kein Arbeiter liest, nämlich, dass an Stelle des Deputats auch Geld gezahlt werden kann. Nun stellen Sie sich den Arbeiter vor, der in seiner Heimat Not leidet und deshalb die Aussenarbeit annimmt, weil er glaubt, dass er eine reichliche Nahrung erhalten wird. Ist er einmal auf der Arbeitsstelle, so erfährt er zu seinem Erstaunen, dass er z. B. statt 30 nur 5 Kartoffeln und für die fehlenden Kartoffeln $3\frac{1}{2}$ ₧ in bar für das Pfund bekommt. Und statt der versprochenen Milch erhält er 4 oder 5 ₧ per Liter. Für diese Kapitalien kann er offenbar nichts kaufen! Wenn man alles zusammenzählt, so ist der Lohn des Wanderarbeiters sehr gering; der Lohn steht tief unter dem Lohne der einheimischen Arbeiter der gleichen Branche.

Ausserdem werden die Arbeiter bei dem Engagement aber auch vielfach über die Dauer der Arbeitszeit getäuscht. Die Verträge lauten häufig: für die Dauer des Krieges, mindestens aber für sechs Monate. Nun, meine Herren, jeder, der z. B. mit Versicherungsgesellschaften zu tun hatte, wird wissen, dass selbst gebildete Leute sich beim Abschluss von langen gedruckten Verträgen die Bedingungen nicht genau ansehen. Darauf spekulieren auch die Agenten; sie reden also dem Arbeiter vor, dass er sich

nicht für die Dauer des Krieges, sondern überhaupt nur für sechs Monate verpflichtet. Das haben mir übereinstimmend unzählige polnische Arbeiter mitgeteilt. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch wäre die Täuschung unschädlich; denn eine Vorschrift, dass ein Arbeitsvertrag für die Dauer des Krieges geschlossen werde, unterliegt nach den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches als auf unbestimmte Zeit geschlossen der Kündigung. Aber die Militärbehörden, haben kurzer Hand angeordnet, dass auch die während des Krieges angeworbenen Arbeiter, die freiwillig während des Krieges hergekommen sind, als unfrei zu betrachten und aus den Reichsgrenzen nicht mehr herauszulassen sind. Nun, meine Herren, dieses Verfahren ist nicht nur rechtswidrig, sondern auch ethisch unwürdig, weil die Leute durch eine gräßliche Täuschung hier ins Land hineingelockt worden sind. Arbeiter, die auf sechs Monate engagiert waren, werden nun schon anderthalb Jahre und länger zurückgehalten. Nun, meine Herren, ist es ja schon unverantwortlich, dass die Leute viele, viele Monate lang wider Fug und Recht aus dem Kreise ihrer Familie, aus ihrer Heimat herausgerissen sind. Aber es kommt noch der wirtschaftliche Gesichtspunkt hinzu. Ein Lohn, der vor 18 Monaten oder länger vereinbart worden ist, passt nicht mehr in die heutige Zeit; aber die Arbeitgeber denken nicht daran, einen höheren Lohn zu geben, weil sie ja wissen, dass der Arbeiter im Polizeiwege gezwungen werden kann, bei ihnen weiter zu dienen. Von dem Lohn, welcher vor 18 Monaten vielleicht angemessen war, kann der Arbeiter heute nicht mehr leben. Man kann sich nicht wundern, dass die Arbeiter gegen dieses Verfahren Widerstand leisten.

An den Pranger der öffentlichen Meinung muss ich von dieser Stelle aus die Anordnungen

des Generalkommandos zu Münster vom 16. Oktober 1915 und vom 16. Februar 1916 heften, in welchen den Arbeitgebern ausdrücklich geraten wird, die widerspenstigen Arbeiter durch teilweise Bett-, Licht- und Nahrungsentziehung zur Verlängerung eines bereits abgelaufenen Vertrages zu zwingen. Meine Herren, ich nehme an, dass diese Anordnung dem Herrn Minister bisher nicht bekannt war, aber ich hoffe, dass der Herr Minister diese Angelegenheit untersuchen wird. Es ist ein Glück, dass ein Kriegsamt geschaffen ist, durch dessen Vermittlung er gegen eine solche Paschawirtschaft der Generalkommandos wird einschreiten können!

Ich möchte schliesslich nicht unerwähnt lassen, dass der Arbeiterzentrale die Befugnis erteilt ist, die Arbeiter aus Polen auch gegen ihren Willen hierher zu bringen. Es werden also richtige Menschenjagden in Polen abgehalten. So wurde z. B. Ende November 1916, also bereits nach dem Manifest vom 5 November 1916, in Sieradz, nahe bei Kalisch, eine unentgeltliche Vorstellung im Theater angesagt. Das Theater war erleuchtet, eine Menge Publikum fand sich ein. Aber eine Vorstellung fand nicht statt, sondern das Theater wurde umgeben und die arbeitsfähigen Arbeiter wurden herausgezogen und der Arbeiterzentrale ausgeliefert. Vielleicht ist der Herr Minister des Innern dafür nicht verantwortlich; aber er wird jedenfalls in der Lage sein, auch hier zu helfen. Welche Instanz in Wahrheit die schuldige ist, ist uns ja nicht bekannt.

Ich möchte den Herrn Minister aber auch bitten, eine bessere Kontrolle über die Arbeiterzentrale einzuleiten. Die Arbeiterzentrale ist ihrer Natur nach lediglich eine Einrichtung der Arbeitgeber. Es geschieht also unwillkürlich, dass die Agenten — mögen auch einzelne Agenten anständige Leute sein — in erster Li-

nie die Interessen der Arbeitgeber vertreten. Nun, meine Herren, nach Analogie der paritätischen Arbeitsnachweise sollten doch bei der Arbeiterzentrale auch die Interessen der Arbeiter wahrgenommen werden. Das könnte z. B. durch Angestellte der Gewerkschaften geschehen. Besondere Kosten würde das dem Staate oder dem Reiche nicht verursachen. Denn die Arbeiterzentrale nimmt so hohe Provisionen — wo die bleiben, weiß kein Mensch —, dass diese auch für die Vertretung der Interessen der Arbeiter bei den Bureaus genügen könnten.

Wenn an dem bisher Erwähnten den Herrn Minister kein direktes Verschulden trifft, so gibt es doch Missstände, welche durch seine Anordnungen unmittelbar hervorgerufen sind. Im Jahre 1915 hat nämlich der Herr Minister des Innern angeordnet, dass *Wanderarbeiter, welche jemals vor dem 1. Mai 1915 in Deutschland bei der Landwirtschaft beschäftigt waren, der Landwirtschaft wieder zugeführt werden müssen.* Nun, Meine Herren, herrschte ja, wie Sie wissen, 1914 bis 1915 in Polen fast eine Hungersnot; da haben viele städtische Fabrikarbeiter, Schlosser, Zimmerer, Tischler, und auch Erdarbeiter sich entschlossen, jede beliebige Arbeit anzunehmen, und haben sich einfach in Preussen zur Landarbeit engagieren lassen. Sie fanden bald, dass diese Arbeit für ihre Kräfte nicht passte, und suchten sich eine entsprechendere Beschäftigung in Preussen aus. Aber auf Anordnung des Ministers werden sie von der Polizei aus diesen Stellen gegen den Willen des neuen Arbeitgebers weggejagt und gezwungen, irgendwo in der Landwirtschaft tätig zu sein. Es liegt doch wirklich nicht im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse, dass ein Menschenmaterial durchaus anders beschäftigt werde, als es seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht. Diejenigen Herren, die in der Landwirtschaft arbei-

ten, werden wissen, dass städtische Arbeiter auf dem Lande in der Regel unverwendbar sind. Ebenso ist es eine Vergeudung der Kräfte schwerer Erdarbeiter, die imstande sind, bei Bauten 8 und 9 *M* täglich zu verdienen, wenn sie z. B. vorzugsweise mit Kartoffelausnahmen beschäftigt werden.

Weiter hat der Herr Minister angeordnet, dass ausländische Arbeiter *in kleinen Betrieben* nicht beschäftigt werden dürfen. Das hat auch den Zweck, dem Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern abzuhelpfen. Die Anordnung verfehlt aber ihren Zweck, denn es werden Friseure, Bäcker, Schneider durch die Polizei ihren Arbeitgebern entzogen, trotz des Protestes beider Teile der Landwirtschaft zugeschickt. Die Folge ist nur die, dass die Landwirtschaft mit Leuten überlastet wird, die sie gar nicht verwenden kann; denn gewöhnlich sind solche Arbeiter zu schwach, immer aber arbeitsunlustig.

Wir haben ja nichts dagegen, dass die eine halbe Million von Arbeitern weiter hier arbeitet, aber wir finden es gerazu unverständlich, zu welchem Zwecke diese Arbeiter für Sklaven erklärt worden sind. Die einzige und beste Taktik bei Beschaffung und Erhaltung der Arbeitskräfte ist die Wahrnehmung des „Interesses der Arbeiter durch die Arbeitgeber.“ Vor dem Kriege kamen Hunderttausende von polnischen Arbeitern hierher, und sie kamen immer wieder zurück, weil sie gut behandelt wurden. Warum stehen jetzt die Verhältnisse so, dass Tausende und Abertausende von Arbeitern sich ewig auf der Flucht befinden, dass sie die Gefängnisse und die Gefangenenlager füllen? Hier z. B. im Hausvogteigefängnis sind ständig 400 polnische Arbeiter eingesperrt, bloss deshalb, weil sie ihre Stellen angeblich unbefugt verlassen haben. Ich hoffe, dass der Herr Minister diesen Missständen abhelfen und einsehen wird, dass es in

der heutigen Zeit nicht nur aus ethischen, sondern auch aus praktischen Gründen nicht mehr angeht, Arbeiter als Sklaven zu behandeln.

Ich habe aber das Wort auch ergriffen, um eine Gelegenheit zu finden, auf die letzte Rede des Herrn Ministers zu antworten, welche er infolge der *Rede meines Fraktionsgenossen Korfanty* gehalten hat. Bei der ersten Lesung des Etats habe ich wegen des Schlusses der Debatte auf diese Rede nicht antworten können. Die Fraktion hat es nicht verstehen können, wie die Rede des Kollegen Korfanty einen derartigen Ton beim Herrn Minister hat hervorufen können. Aus dem früher betonten Wohlwollen ist der Herr Minister in den Ton der Drohungen verfallen. Wir haben ja dem früher von der Ministerbank ausgesprochenen Wohlwollen kein grosses Gewicht beigelegt. Wir sind der Ansicht, dass da, wo Rechte verlangt werden, das „Wohlwollen“ unter Umständen als eine Beleidigung angesehen werden kann. Wie recht wir hatten, zeigte eben die Leichtigkeit, mit welcher der Herr Minister in dem Tone umgefallen ist. Die Rede des Kollegen Korfanty gab dazu keine Veranlassung, denn er hat mit keinem Worte den Standpunkt eines preussischen Staatsbürgers verlassen, mit keinem Worte irgend etwas mehr verlangt als dasjenige, was aus der preussischen Verfassung zu folgern ist. Die Rede mag ja scharf gewesen sein, aber nicht im Ton, sondern in der unangenehmen Zusammenstellung von tatsächlichem Material. Nun, es ist nicht unsere Schuld, wenn eine solche Zusammenstellung unangenehm auffällt. Dass dieser Eindruck, dass der Herr Minister eine Veranlassung zu dem Ton nicht hatte, kein individueller ist, das beweist ein Bericht in der Neuen Zürcher Zeitung, welche wie bekannt, durchaus deutsch-freundlich und objektiv ist. Die Neue Zürcher Zeitung schreibt über diese Rede, dass

der Herr Minister eine Aenderung der Polenpolitik im ungünstigen Sinne angesagt hätte.

Welche Massregeln

— schreibt die Zeitung — die Regierung im einzelnen dabei anzuwenden beabsichtigt, wurde nicht gesagt, und zu Kombinationen bleibt um so weniger Raum, als schon bisher die ehemalige preussische Polenpolitik so gut wie unverändert beibehalten worden ist. Auch erfolgte die Erklärung der Regierung ja gerade deswegen, weil die Polen sich über diese Fortsetzung der gegen ihre Nationalität gerichteten Praxis beschwerten. Der Sprecher beklagte sich hier im Hause mit scharfen Worten über dieses Regime. Noch immer stehe das Enteignungsgesetz in Kraft, noch immer auch das Verbot der Erteilung polnischen Privatunterrichts. „Ueberhaupt ist keine Ausnahmebestimmung aufgehoben worden, und soweit Erleichterungen angeordnet sind, werden sie von den Exekutivbehörden nicht ausgeführt. Im Etat fehlt kein Posten, der gegen die Polen gerichtet ist. Jede Möglichkeit ist uns genommen, uns national zu entwickeln.“

Meine Herren! Alles, was mein Fraktionsgenosse Korfanty behauptete, ist doch richtig. Zwar hat der Herr Minister energisch bestritten, als ob die Exekutivbehörden die Erleichterungen, welche von den Ministern in der Ausführung der Ausnahmegesetze angeordnet worden sind, illusorisch machen. Nun, meine Herren, ich bin in der Lage, nachzuweisen, dass der Herr Minister im Irrtum war. Kollege Korfanty erwähnte, dass der Herr Kultusminister im Oktober 1914 angeordnet hätte, es sollte in den Volksschulen auf Wunsch der Gemeinden der Religionsunterricht in polnischer Sprache ermöglicht werden. Die katholische Schulge-

meinde in Gnesen äusserte nun einen solchen Wunsch; der Oberpräsident der Provinz Posen erteilte aber am 1. Mai 1915 die Antwort, dass davon keine Rede sein könne. „Der Unterricht werde nach wie vor in der Unterstufe in der polnischen Sprache erteilt, in der Mittel- und Oberstufe dagegen sei das ausgeschlossen. Eine Aenderung dieses Zustandes würde die vorherige Aufhebung und Abänderung der Bestimmungen der Oberpräsidialverordnung nötig machen, die jetzt schon deshalb nicht in Frage kommen, weil der Kriegszustand als solcher nicht einen Anlass dazu geben kann, um in Verhältnisse, die bei seinem Eintritt schon seit Jahren bestanden, abändernd einzugreifen.“ Also, mit anderen Worten, der Oberpräsident scheint die Zirkularverfügung des Herrn Kultusministers nicht zu kennen oder nicht zu respektieren.

Ferner hat der Herr Minister des Innern bestritten, dass die Staatsbehörden noch weiterhin während des Krieges von dem Rechte des § 13 b, der Befugnis zum Verbot von polnischen Ansiedlungen, Gebrauch machen. Der Herr Minister hat behauptet, dass Beschwerden beim Ministerium des Innern nicht eingegangen seien. Nun, das Ministerium des Innern ist ja eine so umfangreiche Behörde, dass offenbar keinem Minister zugemutet werden kann, dass er alle Eingänge kennt. Aber ich habe selbst vor ungefähr einem Jahre nicht weniger als zwei Beschwerden wegen Verweigerung der Ansiedlungsgenehmigung an einen Polen seitens des Regierungspräsidenten in Bromberg an das Ministerium des Innern verfasst: was auf die Beschwerden veranlasst worden ist, weiss ich allerdings nicht. Ausserdem aber würde der Mangel an Eingängen beim Ministerium des Innern nichts beweisen. Denn, meine Herren, nach dem Ansiedlungsgesetz vom Jahre 1904

ist das Ministerium des Innern für Beschwerden aus § 13 b gar nicht zuständig. Das Publikum weiss gar nicht, dass der Minister des Innern bereit ist, in solchen Fällen abzuhelfen; deshalb wendet es sich auch nicht an das Ministerium. Heute bekomme ich z. B. die Nachricht, dass noch am 9. Mai 1916 der Regierungspräsident in Posen einer polnischen Witwe den Ansiedlungskonsens versagt hat mit der Begründung: „Da nach Lage der Sache zurzeit weder ein Bedürfnis zum Bau des Hauses, noch andere Gründe vorlägen, welche die Erteilung der Bescheinigung aus Billigkeitsgründen rechtfertigen würden.“ Also auch hier wieder ein Beweis, dass die Exekutivbehörden über die Anordnungen der Herren Minister vollständig zur Tagesordnung übergehen.

Meine Herren, auch sonst war, wie gesagt, keine der Behauptungen des Kollegen Korfanty, wie sie die „Neue Zürcher Zeitung“ zusammengefasst hat, unrichtig. Aber der Herr Minister hat die Diskussion abzulenken versucht, indem er sagte:

Auf den Knien sollten die Polen Gott danken, dass sie zu ihrer heutigen wirtschaftlichen Entwicklung in Preussen gekommen sind,

und hat damit den Vorwurf schnödester Undankbarkeit verbunden. Meine Herren, diesen Vorwurf können wir doch nicht passieren lassen, um so weniger, als er nicht zum erstenmal erhoben wird. Dankbarkeit gebührt nur solchen Akten, welche ohne eigenes materielles Interesse, also aus reinem Altruismus, vollzogen werden. Der preussische Staat hat allerdings, wie zugegeben wird, besser gewirtschaftet als die beiden östlichen Reiche, aber in erster Linie doch in seinem eigenen Interesse. Aber, meine Herren, wir sind gerecht genug, dass wir auch insoweit dem preussischen Staate dankbar sind,

als er vor Jahrzehnten vieles für die polnische Bevölkerung in wirtschaftl. Beziehung getan hat, *getan hat*, indessen nur, bis in die 70er Jahre; nur bis dahin wurde eine gewisse Parität auf wirtschaftlichem Gebiete gewahrt. Nun hat ja die polnische Bevölkerung ihre grösste Entwicklung doch erst in den letzten 30 und 40 Jahren gemacht, in diesen letzten 30 oder 40 Jahren war aber die wirtschaftliche Entwicklung der polnischen Bevölkerung der preussischen Regierung lediglich ein Dorn im Auge! Wenn in dieser Beziehung Zweifel bestehen sollten, so möchte ich an folgende Tatsachen erinnern. Wir können nicht vergessen, dass im Jahre 1896 das Gesamtministerium allen Beamten zur Pflicht gemacht hat, Einkäufe jeder Art nur bei Deutschen, d. h. nicht bei Polen zu machen. Im Jahre 1905 hat die Ansiedlungskommission den Ansiedlern mit Repressalien gedroht, falls sie weiterhin bei polnischen Kaufleuten Einkäufe machten. Sie hat in ihren Verträgen mit den Ansiedlern eine Strafe von 100 *M* festgesetzt, wenn polnische Arbeiter beschäftigt werden. Im Jahre 1913 hat das Kriegsministerium einen Zirkularerlass herausgegeben, welcher den Zweck verfolgt, darüber zu wachen, dass kein Pole eine Militärlieferung erhält, und in welchem Offizieren und Beamten zur Pflicht gemacht wird, sich in jedem Falle darüber zu vergewissern, ob der Restaurateur oder Kaufmann nicht zufällig ein Pole ist.

Meine Herren, die Entwicklung, die die Polen durchgemacht haben, verdanken sie allerdings nicht allein ihrer harten Arbeit. Ich bin auch in dieser Beziehung gerecht genug, um das anzuerkennen. Sie verdanken es zum grossen Teil — abgesehen von anderen Zufällen — z. B. auch dem Ausbau der Eisenbahnen. Der Eisenbahnbau ist sicher ein Verdienst des preussischen Staates. Aber, meine Herren, wir dürfen

eines nicht vergessen! Lesen Sie 30 Jahre zurück die Vorlagen, die die Bahnbauten in den Ostprovinzen betreffen. In der Begründung einer jeden Vorlage wird ausgerechnet, wie wenig die neue Bahn den Polen, und wieviel sie den Deutschen helfen wird! Wenn Sie also gerecht sein wollen, so dürfen Sie uns daraus keinen Vorwurf machen, wenn wir über eine Dankespflicht für die Entwicklung unter dem Szepter des preussischen Staates etwas skeptisch denken. Meine Herren, ich habe die verschiedenen unangenehmen Vorgänge aus der Vergangenheit erwähnt, nicht etwa deshalb, um hier lediglich Vorwürfe zu machen, sondern im Hinblick auf die künftige Regelung; denn wir waren und sind bereit, einen Strich über das Unrecht in der Vergangenheit zu setzen. Aber es müssen doch zunächst Tatsachen vorliegen, welche die Möglichkeit einer Wiederkehr der früheren Zustände ausschliessen. Was ist nun in dieser Beziehung geschehen? Statt dass von der Regierung und der Mehrheit dieses Hauses irgendein entgegenkommender Schritt gemacht wird, anstatt die Ausnahmegesetze, in bezug auf die man vollkommen einig ist, dass sie verfehlt sind, einfach aufzuheben, wurden wir seit $2\frac{1}{4}$ Jahren mit Versprechungen und Redewendungen von Wohlwollen und Neuorientierung bis zum Uebermass gefüttert. Aber zu einer Aufhebung der Ausnahmegesetze hatte man absolut keine Zeit! Man hatte zwar Zeit zu einem Fischereigesetz, man hatte Zeit zum Fideikommissgesetz, die Aufhebung der Ausnahmegesetze aber kann warten! Trotzdem verlangt man von uns *Vertrauen!* Ja, auf Vertrauen hat allerdings auch der politische Gegner Anspruch, nämlich auf Vertrauen zu seinem Rechtsgefühl! Dieses Rechtsgefühl kann ja ein recht subjektives sein. Aber ich möchte annehmen, dass die Kämpfmethoden der preussischen Polenpolitik

während der letzten dreissig Jahre selbst mit dem subjektiven Rechtsgefühl nichts gemein hatten. Ich glaube, hierin wird man mir ohne weiteres Recht geben; wenn es aber darüber zu einer Diskussion kommen sollte, so möchte ich an einen Fall erinnern, der wohl zum zweitenmal in der Geschichte nicht vorkommen wird, an den Fall, als vor ungefähr 12 Jahren das Gesamtministerium beschlossen hat, 150 polnische Gymnasiasten von den Gymnasien blass deshalb zu vertreiben, weil ihre *Geschwister in den Volksschulen an dem Religionsunterricht in der deutschen Sprache teilzunehmen sich weigerten!* Dieser einzige Fall würde uns berechtigen, das Vertrauen zu dem Rechtsgefühl der Gegenpartei zu verlieren. Man kann sich also nicht wundern, wenn wir uns kühl und ablehnend, wie der Herr Minister sagte, den freundlichen Worten gegenüber verhalten, wenn wir in die angeblich uns entgegengestreckte Hand nicht einschlagen, solange der Dolch der Ausnahmegesetze aus der anderen Hand nicht etwa fortgeworfen wird, sondern in ihr versteckt bleibt!

Ebenso ist es mit dem Vorwurf, als ob wir den *Burgfrieden* gebrochen hätten. Meine Herren, ein Burgfrieden ist nur denkbar zwischen ungefähr gleichberechtigten Parteien im Staate. Da ist es allerdings eine Pflicht der Parteien, wenn das Land in Gefahr ist, den Burgfrieden zu erhalten und ihre Sonderforderungen zurückzustellen. Aber ein Burgfrieden zwischen den Entrechteten und den Machthabern ist nicht denkbar; da kann von einem Burgfrieden überhaupt nicht die Rede sein! Wenn die Entrechteten auch nur einen Augenblick ihre Forderung auf Gleichberechtigung zurückstellen, bis es den Machthabern passt, zu diskutieren, so sind sie so naiv, dass sie kein besseres Los verdienen! Aber trotzdem haben wir, wie uns niemand be-

streiten kann, während des Krieges 2 $\frac{1}{4}$ Jahr lang geschwiegen; nachdem indessen der Antrag vom 20. November 1916 gestellt worden ist, sind wir von allen Rücksichten befreit worden. Denn was verlangte der Antrag? Er verlangte, dass der deutsche Charakter der Ostprovinzen gesichert und dass das Deutschtum nicht gefährdet werde. Ja, meine Herren, dass das Deutschtum nicht gefährdet werde! Hat denn auch nur einer der Herren Antragsteller ernstlich daran geglaubt, dass jemals eine preussische Regierung denkbar wäre, welche eine Gefährdung des Deutschtums zulassen könnte? Nein, der Sinn des Antrages steckte darin, dass die bisherige Polenpolitik — abgesehen von gewissen Gnadenfetzen, die uns hingeworfen werden sollen —, die Polenpolitik, welche unter dem Titel des Schutzes und der Förderung des Deutschtums auf eine Verdrängung des polnischen Volkstums hinausgeht, auch nach dem Kriege fortgesetzt werden soll!

Und dann, meine Herren: was soll der Satz bedeuten, dass der *deutsche Charakter der Ostprovinzen gewahrt werden soll?* Die Reichstagswahlen und das Gemeindelexikon beweisen, dass die polnische Bevölkerung auf weiten Strecken des Landes im Osten in der Majorität ist. Wenn also hier fälschlich diesen Gegenden der deutsche Charakter aufgestempelt werden soll, so soll das nur beweisen, dass wir zu der Helotenrolle auch weiterhin verurteilt sein sollen!

Das Schlimmste ist dabei, dass nicht nur die Antragsteller — vielleicht unvorsichtigerweise — einen derartigen Antrag gestellt haben, sondern dass auch die Staatsregierung durch den Mund des Herrn Ministers des Innern neben verschiedenen freundlichen Worten nach unserer Seite sich materiell auf die Seite der Antragsteller gestellt hat. Aber noch mehr: der

Herr Finanzminister hat auch neuerdings in der Staatshaushaltskommission ausdrücklich erklärt, dass die Staatsregierung auch nach dem Kriege gar nicht die Absicht habe, die vielen antipolnischen Fonds, die wir alljährlich in dem Etat monieren, fallen zu lassen.

Meine Herren, eigentlich sollten wir den Antragstellern vom 20. November 1916 dankbar sein, dass sie die Karten aufgedeckt haben; denn jetzt liegt es auf Hand, worin eigentlich die ganze Neuorientierung zusammenzufassen ist, sie soll alles in allem wohl die Gaben enthalten, die Herr von Kardorff erwähnt hat, also Aufhebung des Enteignungsgesetzes, des § 13 b und des Verbots des polnischen Religionsunterrichts. Meine Herren, die Rede des Herrn v. Kardorff machte im Allgemeinen einen objektiven Eindruck; aber seine Ausführungen in der Polenfrage waren durchaus nicht objektiv. Das, was er vorschlägt, ist nicht etwa ein Ausfluss des Rechtsgefühls; er meinte ja selbst, die Ansicht, die er jetzt geäussert, habe er schon immer gehabt; seine Vorschläge für die Polenpolitik lägen gerade im Interesse des Deutschstums. Er hat nämlich eingesehen, dass diese drei aufzuhebenden Massregeln geeignet sind, das polnische Proletariat aufzupeitschen, indem sie auch den ärmsten Proletarier an seine nationalen Pflichten und an seine nationale Minderstellung erinnern, dass sie also alles in allem der Germanisierung nur schädlich sind. Aber unser Recht wollte Herr v. Kardorff mit seinen Vorschlägen uns durchaus nicht gewähren; es soll einfach die Polenpolitik nur bis zum Jahre 1900 zurückgedreht werden. Als ob diese von uns bekämpfte Politik nicht bereits 40 Jahre zurückdatiert!

Wie gesagt, soll auch nach dem Willen der Staatsregierung die Politik der sogenannten Förderung des Deutschstums, das heisst zur

Herausbeförderung des Polentums, aufrechterhalten werden. Herr v. Zedlitz sagte gestern dazu: wir verlangen die Garantie, dass sich die deutsche Bevölkerung der Ostprovinzen auch fernerhin wirtschaftlich und kulturell ausleben kann, und weitere Konzessionen an die Polen finden ihre Grenze am Schutz des Deutschtums.

— Meine Herren, ist das nicht ein Armutszeugnis für die deutsche Bevölkerung, wenn man zur ihrer Lebensenergie nicht so viel Vertrauen hat, dass man meint, sie könnte ohne Staatssubventionen in den Ostprovinzen nicht bestehen? Andererseits kann es uns niemand übel nehmen, wenn wir sagen, dass die einseitige Förderung eines Volksteils aus gemeinsamen Staatsmitteln eine krasse Rechtsverletzung gegenüber dem anderen Teil involviert. Sollte es wirklich für die deutsche Bevölkerung in den Ostprovinzen unmöglich oder auch nur gefährlich sein, im Frieden auf der Grundlage der Gleichberechtigung neben uns zu leben? Würde das Leben der deutschen Bevölkerung erschwert werden, wenn z. B. die Polen eigene Schulen hätten, und wenn im Amte die polnische Sprache der deutschen gleichberechtigt wäre? Meine Herren, ich freue mich, dass ich Gelegenheit habe, schon jetzt diese Fragen in weiteren Kreisen zur Diskussion zu stellen.

Nun möchte ich noch endlich zu dem letzten Punkte kommen, den der Herr Minister berührt hat. Der Herr Minister vermisste jedes Wort des Dankes unserer Fraktion für das Manifest vom 5. November 1916. Meine Herren, wir unterschätzen durchaus nicht die Bedeutung dieses Aktes. Wir finden in diesem Akte einen genialen Schachzug zur Beschleunigung des europäischen Friedens und zur Sicherung des künftigen europäischen Friedens. Wie die Sache mit der Sicherung des europäischen Friedens zusammenhängt, darüber will ich mich nicht weiter

auslassen. Ich glaube aber, es liegt auf der Hand, dass durch die Ausschaltung einer Streitfrage im Osten Europas der Friedensabschluss erheblich erleichtert wird. Zum Dank an die Regierung für diesen Akt fehlte uns aber gerade der Regierung gegenüber die Legitimation. Denn obwohl die Regierung — d. h. die Reichsleitung, die ja ziemlich identisch ist mit der Staatsregierung — sehr genau wusste, dass das polnische Volk in seinen Gefühlen und Interessen sich durchaus solidarisch fühlt, hat sie es ostentativ vermieden, vor Erlass des Manifestes irgendwie mit den berufenen Vertretern des polnischen Volkes in Verbindung zu treten. Die Reichsleitung gab sich geflissentlich den Anschein, als ob ihr ganz und gar nichts daran gelegen wäre, die Ansicht der Vertreter des polnischen Volkes kennen zu lernen. Man hatte sich eben entschlossen, das polnische Volk lediglich als ein Objekt der deutsch-österreichischen Politik zu betrachten. Die Folge blieb nicht aus: die Folge war eine ganze Reihe von Missverständnissen und von gegenseitigen Enttäuschungen, welche geeignet waren, die Bedeutung des grossen Aktes zu verkümmern. Unsere Landsleute in Polen sind insbesondere der Meinung, dass man den edlen Worten des Manifestes doch alsbald auch mehr Taten hätte folgen lassen sollen. Denn man findet es z. B. bei dem Inhalt des Manifestes unverständlich, dass man nach dem heutigen „freien“ Polen keine Briefe in polnischer Sprache schicken darf, dass Tausende von unseren dortigen Landsleuten auf Grund von ganz sinnlosen Anschuldigungen, auf Grund von Denunziationen minderwertiger Subjekte seit Monaten und Jahren hier in Gefangenenglagern interniert sind, ohne dass ihnen Gelegenheit gegeben wird, ein Urteil über sich zu erlangen. Man findet es unverständlich, dass für ungefähr *zwei Milliar-*

den Mark Waren und Vorräte requirierte und enteignet worden sind, dass aber kein Mensch an die Bezahlung dieser Waren denkt, und dass zu guterletzt zirka eine halbe Million der „befreiten“ polnischen Arbeiter hier in Deutschland für unfrei, für Sklaven erklärt worden sind, und zwar, wie ich's schon dargelegt habe, ohne jede vernünftige Veranlassung.

Meine Herren, ebenso unverständlich ist uns aber die Absicht, angesichts dieses grossen Aktes vom 5. November 1916 die preussische Polenpolitik im Innern im grossen und ganzen aufrecht zu erhalten. Man sollte sich doch darüber orientieren, dass Grundlage und Zweck der neuen auswärtigen Politik eine Annäherung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volke sein soll. Das hat auch der Herr Minister des Innern ausdrücklich erklärt. Aber, meine Herren, eine Annäherung ist doch ausgeschlossen, solange man *der polnischen Millionenbevölkerung* in Preussen nicht das *Existenzminimum eines jeden Volkes, nämlich die nationale Gleichberechtigung in ihren ethnographischen Grenzen*, insbesondere die volle Sprachfreiheit im öffentlichen Leben gewährt.

Meine Herren, zu dieser offenen Aussprache, die ja, wie ich zugebe, vielen missfallen kann, waren wir zunächst unseren Wählern gegenüber verpflichtet, die berechtigt sind, von uns und durch uns zu erfahren, was sie zu erhoffen und was sie zu befürchten haben. Wir waren aber auch zu dieser Aussprache der öffentlichen Meinung in Deutschland gegenüber verpflichtet, die bisher vielfach irregeführt wird, und der wir beweisen möchten, dass wir lediglich den Wunsch hegen, mit den Deutschen im Osten in Frieden als Freie mit Freien zu leben und uns zu entwickeln. Die offene Aussprache kann nach unsrer Ansicht den gegenseitigen Beziehungen nur förderlich sein!

von Loebell,

Minister des Innern:

Der Herr Vorredner hat sich über die **Behandlung der russisch-polnischen Arbeiter**, die hier im Inlande noch beschäftigt werden, beschwert. Meine Herren, Sie wissen, dass diese russisch-polnischen Arbeiter ein sehr wesentlicher Bestandteil unserer Arbeitskräfte sind, die während des Krieges nicht entbehrt werden können. Dass gewisse, grosse Härten damit verbunden sind, die Leute hier solange von ihrer Heimat entfernt zu halten, liegt auf der Hand. Wir haben nach Möglichkeit versucht, Erleichterungen eintreten zu lassen; aber das Heimkehren und Ortwechselverbot, das erlassen worden ist, ist aus militärischen Gründen erfolgt und muss aus solchen aufrechterhalten werden. Dagegen sind in bereitwilligster Weise Gesuche, die wegen Rückkehr aus Krankheit oder aus sonst triftigen persönlichen Gründen gestellt sind, berücksichtigt worden, und es ist Anweisung gegeben, dass die Praxis in dieser Beziehung nach Möglichkeit milde sein soll.

Wenn sich Herr Abgeordneter v. Trąmpczyński darüber beschwert, dass die Löhne zu gering sind, — ja, meine Herren, an sich entzieht sich die Festsetzung der Löhne der Kompetenz des Ministers des Innern. Die Verträge, die geschlossen werden, beruhen auf Formularen, die seit Jahren in Uebung sind, die von der auch vorhin genannten Arbeiterzentrale aufgestellt und über die besondere Beschwerden nicht hierher gelangt sind. Dass der Versuch gemacht wird, auf die Arbeiter zu drücken, ihnen einen

zu geringen Lohn zu geben, mag in einzelnen Fällen vorkommen. Es ist bedauerlich, aber es mag sein. Im ganzen weiss jedoch unsere Landwirtschaft den Wert der Arbeitskräfte heutzutage so richtig einzuschätzen, sie sind ihr so unentbehrlich, dass sie gar nicht daran denken wird, sich durch geringe Löhne missmutige und unlustige Arbeiter zu schaffen, sondern sie wird ihnen zweifellos so weit wie irgend möglich entgegenkommen.

Der Herr Vorredner hat dann von einer Anweisung des Generalkommandos Münster gesprochen; sie ist mir nicht bekannt. Ich kann sie hier selbstverständlich weder verteidigen noch die Verantwortung dafür übernehmen; wir werden aber versuchen, noch das Nähere festzustellen. Bei dieser Gelegenheit aber davon zu sprechen, es wäre eine förmliche Menschenjagd auf die Polen gemacht worden, das ist denn doch ein Ausdruck, den ich nur sehr bedauern kann, und der im höchsten Grade als übertrieben anzusehen ist.

Dann ist eine Anordnung von mir selbst von Herrn v. Trąpczyński getadelt worden, dass ich nämlich angeordnet habe, es sollten die russisch-polnischen Arbeiter, die von Kriegsbeginn an in der Landwirtschaft beschäftigt wurden, auch der Landwirtschaft verbleiben. Meine Herren, dafür übernehme ich die volle Verantwortung. Wenn Sie wissen, wie die Verhältnisse lagen und noch liegen, und wie unsere ganze Volksernährung davon abhängt, dass wir die nötigen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft haben, so wäre es pflichtvergessen von mir gewesen, wenn ich nicht alles daran gesetzt hätte, der Landwirtschaft nun die Arbeitskräfte, die sie hat, auch zu erhalten und ihr womöglich noch neue zuzuführen. Dafür übernehme ich also die volle Verantwortung.

Dann ist der Herr Vorredner auf die Vor-

gänge eingegangen, die uns hier vor einigen Wochen beschäftigt haben. Er hat, wenn ich ihn richtig verstanden habe, das Vorgehen des Herrn Abgeordneten Korfanty rechtfertigen wollen. Meine Herren, ich muss daran erinnern, dass von dieser Stelle aus und in der Staatshaushalts-Kommission zu verschiedenen Malen in nachdrücklicher Weise erklärt worden ist, dass die Staatsregierung beabsichtige, alsbald nach dem Kriege den Wünschen der preussischen Staatsangehörigen polnischer Nationalität nach Möglichkeit, soweit es die deutschen Interessen irgend zulassen, entgegenzukommen. Die Erklärungen sind eingehend abgegeben, sie sind wiederholt abgegeben worden. Ich erinnere nur daran, dass ich mich im Februar 1915 in der Haushaltskommission so ausgesprochen habe, dass ich am 17. Januar 1916 in diesem Hohen Hause bei Gelegenheit der Etatsberatung auch in diesem Sinne Erklärungen abgegeben habe, dass ich endlich auch am 20. November 1916 bei Beratung des Antrages des Herrn Abgeordneten Dr v. Heydebrand u. Gen. erklärte — ich möchte das wörtlich mitteilen —:

Deutsche und Polen sind sich in diesem Kriege näher getreten, und sie werden sich noch näher treten, wenn der polnische Staat jenseits unserer Grenze errichtet worden ist. Das ist wahr und soll wahr bleiben. Diese Wahrheit wird auch mitsprechen, wenn nach dem Kriege die Gesetzgebung und Verwaltungspraxis geprüft werden sollen, welche die preussischen Staatsangehörigen polnischer Nationalität betreffen. Die Entschlüsse der Regierung werden von Wohlwollen für die polnische Bevölkerung getragen sein.

Ich glaube, diese Erklärungen, sowohl die letzte wie die früheren, waren deutlich und konnten nicht missdeutet werden, sie konnten auch der

polnischen Fraktion die Sicherheit geben, dass die Regierung diese Erklärungen wahr machen würde. Inzwischen war am 5. November die feierliche Proklamation der Absicht der Zentralmächte ergangen, das Königreich Polen wieder zu errichten. Nach allen diesen Vorgängen und nachdem, wie ich nachher noch nachweisen werde, die Verwaltungspraxis gegenüber den preussischen Staatsangehörigen polnischer Nationalität durchaus milde gewesen ist, hält es Herr Abgeordneter Korfanty für angebracht, hier am 19. Januar 1917 eine Rede zu halten, die auf alle diejenigen, die sie gehört haben, denn doch wohl den Eindruck einer Streitrede ersten Ranges machen musste. Ich will auf den ganzen Vorgang nicht näher eingehen, aber ich will doch hervorheben, was er an einer Stelle dieser Rede wörtlich gesagt hat. Nachdem er einige Klagen vorgebracht hat, zu denen er Anlass zu haben glaubte, äussert er sich folgendermassen:

Wundern Sie sich aber nicht, dass in Anbetracht einer solchen Haltung das polnische Volk von dem grössten Misstrauen gegenüber der Königlichen Staatsregierung erfüllt ist. Ich bin beauftragt, diesem Misstrauen hier in energischer Weise Ausdruck zu geben.

Hier wird also doch eine Kriegserklärung in allerbester Form ausgesprochen, ein Misstrauensvotum, welches sich auf Tatsachen gründen müsste, sollte es in irgendeiner Weise gerechtfertigt sein. Solche Tatsachen hat aber Herr Abgeordneter Korfanty nicht beigebracht. Ich war nicht nur berechtigt, sondern voll verpflichtet, mit dem grössten Nachdruck einer solchen Auffassung hier entgegenzutreten. Ich übernehme dafür auch die volle Verantwortung.

Ich habe schon damals gesagt, Herr Abgeordneter Korfanty wäre nur der Dolmetscher einer verhältnismässig kleinen Zahl seiner Stam-

mesgenossen. In der Presse ist sehr wohl zu erkennen, dass wohl die Presse der national-demokratischen Partei, die Herrn Korfanty nahe steht, ihm mehr oder weniger beigesprungen ist, dass aber doch eine reiche Anzahl an anderen angesehenen Blättern die Rede des Herrn Abgeordneten Korfanty verurteilt, wie wir sie verurteilen. Darauf möchte ich doch auch gegenüber dem Herrn Vorredner hinweisen. Aber wenn Herr Abgeordneter Korfanty allein für sich gesprochen hätte, hätte ich mich vielleicht gar nicht hier zu einer Antwort bereit finden lassen. Aber er hat ausdrücklich gesagt, dass er namens seiner Fraktion spreche. Demgegenüber war eine klarend scharfe Antwort so, wie ich sie gegeben habe, durchaus nötig.

Aber nun, meine Herren, die Klagen! Auch der Herr Vorredner hat hier — ich habe keine greifbaren Fälle gehört — hervorgehoben, dass er sich mit Recht beklagen könnte über die Praxis, die den Polen gegenüber beobachtet wird. Es ist bezeichnend, dass Herr v. Trąmpczyński, um seine Schlussfolgerungen etwas zu belegen, auf Vorgänge aus den 90er Jahren zu sprechen kam und sie als Beweis der unrichtigen Haltung, die von der Regierung beobachtet würde, anführte. Er hat nur von zwei Beschwerden gesprochen, die etwa vor ein oder drei Jahren eingegangen bzw. von ihm selbst an das Ministerium gebracht wären; aber er hat auch heute nicht einmal diese Beschwerden so bezeichnet, dass ich ihnen nachgehen könnte. Ich möchte bitten, dass er das noch tut; ich werde den Beschwerden dann gewiss nachgehen. Aber ich vermisste jedes Material, was mich veranlassen könnte, die Sache weiter zu verfolgen.

Ich möchte doch auf einzelnes eingehen, was Herr Korfanty an Beschwerden neulich vorgebracht hat. Er meinte damals, dass Härten auf dem Gebiete des Religionsunterrichts und

der Bauerlaubnis beständen. Ueber Schulan-gelegenheiten kann ich mich nicht äussern, da sie nicht zu meinem Ressort gehören. Ich will nur einen Fall hervorheben, der sehr lebhaft in der Presse besprochen worden ist, den Fall in Schneidemühlchen. Dort ist ein wesentliches Entgegenkommen wegen des Religionsunter-richts in der Muttersprache bereits gezeigt wor-den. Ferner einen Fall, der auch lebhaft be-sprochen ist, betr. die Kleinkinderschulen in Szymborze im Kreise Hohensalza. Der Antrag ist von der Regierung in Bromberg schon vor längerer Zeit genehmigt worden.

Nun zu den **Bauerlaubnissen** auf Grund des § 13 b! Ich habe bereits am 6. Oktober 1914 in einer Rundverfügung darauf hingewiesen, „dass auch Polen die Ansiedlungsbescheinigung nach § 13 b erteilt werden könne, und dass dem Zurücktreten nationalpolitischer Gegensätze im öffentlichen Leben der Ostmark und dem Ein-treten vieler preussischer Polen für den Kampf um Deutschlands Bestand und Grösse auch von Fall zu Fall bei der Prüfung von Anträgen we-gen der Bescheinigung nach § 13 b Rechnung getragen werden müsse. Dadurch werde es vor allem möglich sein, in dieser Zeit Härten zu ver-meiden, die sich daraus ergeben, dass einem Polen, während er zum Heere einberufen ist, durch Versagung der Bescheinigung des § 13 b die Errichtung einer Wohnstätte aussehrhalb der geschlossenen Ortschaft unmöglich gemacht wer-de. Sollten solche Fälle hier und da vorgekommen sein, so würde es sogar ratsam sein, durch Herbeiführung eines erneuten Antrages eine nochmalige Prüfung zu ermöglichen, die zur Erteilung der Bescheinigung führen könne“. Dieser Anweisung ist entsprochen worden, und so ist, wie ich weiss, hinsichtlich § 13 b eine solche milde, sachgemäße Praxis befolgt wor-den.

Ich kann ferner daran erinnern, dass hinsichtlich der Ansiedlung polnischer Kriegsbeschädigter weiteres Entgegenkommen gezeigt worden ist. Aber schon im letzten Jahre vor dem Kriege ist diese Ansiedlungsgenehmigung aus § 13 b recht häufig auch an Polen erteilt worden. Ich habe die Statistik für das Jahr 1914. Danach sind erteilt worden Erlaubnisse im Regierungsbezirk Danzig an 14 Polen, in Marienwerder an 5, in Posen an 27, in Bromberg an 8 und in Oppeln an 65. Jedenfalls sind in den Jahren 1915 und 1916 auf Grund dieses Erlasses, den ich eben mitgeteilt habe, der Erlaubnisse noch mehr erteilt worden.

Kleinere Beschwerden hatte der Herr Abgeordnete Korfanty in der Haushaltskommission am 4. 3. 1915 geführt, so aus dem Kreise Karthaus, wonach einem polnischen Kriegsteilnehmer der Umbau einer Schmiede unmöglich gemacht wäre. Dem Fall ist nachgegangen, und die Genehmigung ist erteilt. Im Herbst 1915 lag eine Beschwerde eines polnischen Besitzers wegen Handhabung des § 13 b vor. Diese Beschwerde wurde durch die Mitteilung des Besitzers erledigt, wonach er keinen Wert auf die Verfolgung der Sache legte. Es ist nachgewiesen, dass bei der Anwendung des § 13 b jetzt alle Härten beseitigt sind.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass seit Kriegsbeginn die Ansiedlungskommission ihre Ankäufe nahezu ganz eingestellt hat, und dass auch die Besitzfestigungsbanken seitdem keine Besitzfestigungen vorgenommen haben. Auch hierin ist also eine wesentliche Zurückhaltung der Regierung zu verzeichnen.

Herr Abgeordneter Korfanty sprach dann noch von einem Vorfall, wonach Gendarmen Frauen und Kinder, die für die Heimkehr ihrer Ernährer aus dem Felde öffentlich Gebete veranstalten wollten, auseinandergetrieben seien.

Näher hat Herr Abgeordneter Korfanty den Vorfall nicht bezeichnet, und eine Beschwerde darüber liegt mir nicht vor. Ich kann also auf diesen Fall nicht eingehen.

Demnach halte ich die Beschwerden, die hier vorgebracht worden sind für haltlos, jedenfalls für stark übertrieben. Ich bin nach wie vor bereit, wenn mir begründete Beschwerden vorgebracht werden, diese zu prüfen und, wo Missstände bestehen, Abhilfe zu schaffen. Aber so allgemein gehaltene Beschuldigungen, wie sie Herr Abgeordneter Korfanty erhoben hat, weise ich unbedingt zurück. Sie sind unrichtig und treffen nicht die Sache. Im übrigen werde ich mich auch durch solche Vorkommnisse nicht beirren lassen, die Praxis so fortzusetzen, wie ich sie geschildert habe. Es wird eine milde Handhabung stattfinden, und ich hoffe, dass auch die Herren von der polnischen Fraktion zu einer Auffassung kommen werden, die die Haltung der Regierung anerkennen wird.

Cassel,

Abgeordneter (fortschr. V.-P.).

Meine Herren, bevor ich auf die Ausführungen eingehohe, die gestern gemacht und im Verlaufe des heutigen Tages fortgesetzt worden sind, muss ich mich mit einigen Worten zu dem Redeaustausch zwischen dem Herrn Abgeordneten v. Trąmpczyński und dem Herrn Minister wenden.

Unsere Grundsätze in der sogenannten **Polenpolitik** stehen von lange her fest und sind bekannt. Wir sind immer dafür eingetreten, *das gesetzlich und verwaltungsmässig alle preussischen Staatsbürger nach gleichem Recht behandelt werden müssen*. Wenn man von den Polen verlangt, dass sie sich als preussische Staatsbürger fühlen und ihre Pflicht tun, so ist es auch eine Forderung der Gerechtigkeit, dass sie volle Gleichberechtigung auf allen Gebieten der Gesetzgebung und der Verwaltung haben. Daran kann unseres Erachtens auch dadurch nichts geändert werden, dass etwa die Vertreter der Polen eine oppositionelle Haltung gegen die Königliche Staatsregierung einnehmen; denn so wie wir für alle Deutschen ohne Unterschied der politischen Gesinnung eine gleiche Behandlung vor Gesetz und Verwaltung verlangen, müssen wir sie auch für die preussischen Staatsbürger polnischer Zunge verlangen. Wir hätten auch gewünscht, dass die Ausnahmegerichte, die der Herr Abgeordnete v. Trąmpczyński vorhin erwähnte, nicht erlassen wären; wir haben ständig gegen sie gestimmt. Wir

hätten weiter gewünscht, dass die Regierung zum Zeichen dessen, dass sie ihre Polenpolitik ändern wolle, diese Änderung schon im Kriege im Wege der Gesetzgebung vorgeschlagen hätte; wir können uns keinen ausreichenden Grund denken, warum nicht die betreffenden Paragraphen im Ansiedlungsgesetz und die Bestimmungen in bezug auf den Religionsunterricht auch jetzt geändert werden können. Die Regierung hat nun einmal ihre Haltung eingenommen. Ich nehme aber Akt von der heutigen Erklärung des Herrn Ministers des Innern, die ja auf die von ihm in den letzten Jahren wiederholt abgegebene gleichmässige Erklärung zurückgreift, dass es die Aufgabe der Staatsregierung nach dem Kriege sein wird, nach dieser Richtung hin die Gesetzgebung den Polen gegenüber einer Revision zu unterziehen. Wir werden es nicht unterlassen, nach dem Kriege an diese Verheissung des Herrn Ministers zu erinnern und die gerechtfertigte Forderung auf Abschaffung dieser Gesetze zu unterstützen.

Wenn die Herren von der polnischen Fraktion nun von uns hören, dass wir es an und für sich bedauern, dass die Abschaffung der betreffenden Gesetze nicht sofort erfolgt ist, so möchte ich sie doch bitten, die Erklärung der Staatsregierung nicht als so minderwertig zu erachten, dass sie zum Teil eine Haltung einnehmen, welche der Regierung die Erfüllung dieser Forderungen später erschweren kann, und welche uns durch die Gegensätze, die sie betonen, behindern kann, uns in der Unterstützung, die wir diesem Ansuchen leisten, so wirkungsvoll zu zeigen, als es sonst der Fall wäre.

M. Herren, ich habe mich über die verhältnismässige Ruhe gefreut, in der heute die Aussprache stattgefunden hat. Wenn ich auch nicht alle Anschauungen des Herrn v. Trąpczyński

teilen kann — einzelne halten wir, wie ich schon erklärt habe, ja immer für vollkommen berechtigt —, so muss ich doch anerkennen, dass er sie mit Ruhe und nicht in einer Weise vorgetragen hat, die ausserhalb dieses Hauses und insbesondere bei unseren Feinden gegen unser deutsches Vaterland ausgenutzt werden kann. Ich muss auch anerkennen, *dass der Herr Minister sich bemüht hat*, von dem Standpunkt aus, den er nun einmal einnimmt, *sachliche Auskunft über die Beschwerden zu geben*, welche erhoben worden sind. Der Herr Minister hat ja insofern recht, als nur einzelne Beschwerden belegt und substantiiert sind und vielfach nicht auf dem Gebiete seines Ressorts liegen, sondern dem Ressort des Herrn Unterrichtsminister angehören. Herr v. Trąmpczyński hat ja selbst vorgetragen, dass der Herr Minister des Innern und der Herr Kultusminister Anweisungen erlassen haben, welche die Praxis der von ihm erwähnten Gesetze mildern, sie zum Teil nicht zur Anwendung kommen lassen sollen, und welche auch bezüglich des Religionsunterrichts in der Muttersprache ein Entgegenkommen beweisen. *Man kann es doch nicht für ein Nichts erachten, dass solche Anweisungen von den Zentralbehörden, von den Ministern gegeben worden sind.* Wenn Herr v. Trąmpczyński nachweisen kann — wir kommen ja später zum Kultusetat —, dass nachgeordnete Behörden die vom Unterrichtsminister gegebenen Anweisungen in der Tat nicht befolgt haben, so werden wir die Klagen für gerechtfertigt halten, und ich hoffe, dass die Königliche Staatsregierung gegebenen Falls für Remedur sorgen wird.

Einzelne andere Beschwerden hat der Herr Minister hier ja sachlich beantwortet, und nach seinen Ausführungen muss man annehmen, dass in vielen Fällen Beschwerden über ungleichmässige Behandlung der Polen in zufrieden-

stellender Weise von ihm respektive von den anderen Behörden erledigt worden sind. Sollte ein Rest von Beschwerden übrig bleiben, oder sollten noch andere Beschwerden hinzukommen, so kann ich es vollkommen verstehen, wenn Herr v. Trąmpczyński mit allem Nachdruck dafür eintritt, dass diese Anordnungen der Minister auch befolgt werden.

Meine Herren, ich habe schon hervorgehoben, dass wir für die gleichmässige Behandlung aller preussischen Staatsbürger vor dem Recht und in der Verwaltung sind. Wenn aber mitunter von der Tribüne des Hauses aus oder an anderen Arbeitsstellen des Hauses, also in Kommissionen Worte erklingen, die unsere ganze Verwaltung mit Hohn begießen und eine grosse Gegensätzlichkeit in der heutigen Zeit beweisen, so wird dadurch die Aufgabe derjenigen nicht erleichtert, die die Gleichberechtigung gewahrt wissen wollen. Man kann verschieden denken über die verschiedenen Fonds, welche zur Pflege des Deutschtums in einzelnen Etats enthalten sind — es wird ja bei Gelegenheit der Beratung des Etats des Finanzministeriums darauf zurückzukommen sein —, man kann, wie gesagt, vielleicht eine verschiedenartige Stellung dazu einnehmen; wir halten es aber nicht für angängig, im jetzigen Augenblick den Deutschen in den früher polnischen Provinzen solche Unterstützungen plötzlich zu nehmen. Wie man aber auch zu der Sache steht: wenn man solche Unterstützungen verhöhnt, wenn man sie mit Ausdrücken, wie dass sie unmoralisch sind usw., bezeichnet, dann, meine Herren, muss ich sagen, haben wir doch auch an unsere deutschen Mitbürger in Posen und in Westpreussen zu denken. Das sind doch gemischtsprachige Bezirke. In Posen überwiegt das Polentum, aber es leben doch da gegen 700 000 Deutsche; in Westpreussen überwiegt das

Deutschum, dort sind weit über $\frac{5}{4}$ Millionen Deutsche vorhanden. Die Verwaltung an solchen gemischtsprachigen Provinzen muss eine andere sein als in reinsprachigen, und wenn nach unserer Uerberzeugung trotz aller Klagen der Polen auch den Einwohnern polnischer Zunge die erhöhte Kultur des preussischen Staates und seine Wirtschaftspolitik — das ist ja zum Teil auch anerkannt — tatsächlich zu gute gekommen ist, dann, meine Herren, können Sie es uns nicht übelnehmen, wenn wir die Auffassung vertreten, *dass auch den Deutschen in diesen Provinzen ihr sicheres Heimatsgefühl erhalten werden muss, und dass wir es deshalb schützen müssen.*

Wir werden daher immer unsren prinzipiellen Standpunkt festhalten. Wir werden alle berechtigten Klagen ganz ruhig prüfen und, wenn sie nicht widerlegt sind, und wenn ihnen nicht abgeholfen wird, das bedauern. Wir bitten aber, die Diskussion über diese Fragen sachlich zu führen. Wenn Sie berücksichtigen, *dass niemand von uns jemals seine deutschen Volksnossen in Posen und Westpreussen im Stich lassen kann, und dass wir niemals daran denken können, dieses Land, das deutscher Kultur so viel verdankt, aufzugeben, so werden Sie es verstehen*, wenn wir Sie bitten müssen, dass *das gemeinsame Staatsgefühl aller Bürger deutscher und polnischer Zunge in diesen Landesteilen erhöht und in keiner Weise gekränkt und herabgesetzt wird.*

59. Sitzung.

Freitag, den 16-ten Februar 1917.

Vicepräsident Dr. von Krause (Königsberg).
Das Wort hat der Abgeordnete Korfanty.

Korfanty,

Abgeordneter (Pole):

Meine Herren, die gestrigen Ausführungen des Herrn Ministers des Innern geben mir keine Veranlassung zu längeren Ausführungen. Ich will mich auf einige Feststellungen und Bemerkungen beschränken.

Zunächst erkläre ich, dass ich von meiner Rede bei der ersten Lesung des Etats kein Tüpfelchen zurückzunehmen habe. Ich habe die Rede im Namen und im Auftrage meiner Fraktion gehalten, und es besteht — wie Ihnen bekannt sein dürfte — bei uns Fraktionszwang: kein Mitglied unserer Fraktion darf diese Tribüne besteigen, Ausführungen machen oder Forderungen stellen, mit denen unsere Freunde nicht einverstanden gewesen wären. Meine Herren, wir haben es für unsere Pflicht gehalten, nach den bisherigen Erfahrungen diese Auseinandersetzungen mit der Königlichen Staatsregierung und mit den Mehrheitsparteien dieses Hauses hier zu veranlassen. Und ich kann sagen, ein teilweiser Erfolg ist nicht ausgeblieben.

Der Herr Minister suchte sich in seinen gestrigen Ausführungen für die Antwort, die er auf meine Rede gegeben hat, in der Weise zu entschuldigen, — es klang doch so, Exzellenz — dass er meine Rede eine Kriegserklärung in allerbester Form nannte. Meine Herren, ich frage Sie: was habe ich denn in meiner Rede ausgeführt, dass das den Herrn Minister zu der leidenschaftlichen Antwort veranlasst? Ich habe ernstlich die Feststellung gemacht, dass die Anweisungen und Verordnungen der Zentralinstanzen oft durch die ausführenden Organe illusorisch gemacht, nicht ausgeführt werden. Auf Einzelheiten bin ich nicht eingegangen, weil es nicht Sitte ist, sich bei der ersten Lesung des Etats in Einzelheiten zu verlieren. Ich habe ferner alle verbindlichen Ausnahmegesetze gegen uns angeführt. Ich habe weiter die Etatpositionen, die eine Spitzে gegen die polnische Bevölkerung in sich tragen, eine nach der andern aufgezählt und festgestellt, dass der diesjährige Etat 17 Millionen Mark enthält, welche bestimmt sind, die polnische Bevölkerung zu verdrängen. Nun, meine Herren, möchte ich dabei feststellen, dass dieselbe Summe auch im vorigen Jahre im Etat zu diesem Zwecke ausgeworfen worden war, ebenso wie im ersten Kriegsjahr. Es scheint in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung vollständig unbekannt zu sein — das ist in dem Kriegsgetöse völlig untergegangen —, dass der Etat auch während des Krieges solche Riesensummen zur Verdrängung der Polen enthält.

Die Form meiner Rede, meine Herren, war durchaus sachlich. Ich gebe zu, dass der Vortrag temperamentvoll war; für das Temperament kann aber niemand, auch der Herr Minister des Innern nicht; die Antwort, die er mir hat zuteil werden lassen, ist ja der beste Beweis dafür. Die damaligen Ausführungen des Herrn

Ministers waren alles andere als eine Antwort auf meine sachliche Rede. Der Herr Minister redete vollständig vorbei. Der Herr Minister hat in seinen Ausführungen auf keine von den von mir angeführten Tatsachen geantwortet. Er hat vielmehr gedroht, er war aufgeregt; es war eine leidenschaftliche, durch nichts motivierte Rede. Diesen Eindruck hat nicht nur die Presse festgestellt, Herr Minister, sondern auch sehr weite Kreise in diesem Hohen Hause.

Und nun einige Worte über die Stellungnahme, die uns der Herr Minister so verübt hat. Wir haben bis jetzt in den $2\frac{1}{2}$ Jahren nur in Kommissionen und bei vertraulichen Besprechungen unsre Forderungen erhoben; im Plenum sprachen wir überhaupt nicht. Trotz des proklamierten Burgfriedens waren wir Zeugen, wie, während dieser $2\frac{1}{2}$ Jahren offene Diskussionen darüber geführt wurden, wie die Polen aus ihrer Heimat zwangswise ausgesiedelt werden sollen. Wir sahen, dass z. B. die bekannten sechs Wirtschaftsverbände und andere Organisationen in ihren Eingaben an die Regierung die Forderung aufgestellt haben, dass die polnischen Güter und industriellen Unternehmungen im Königreich Polen konfisziert werden, und dass Ansiedlungen Deutscher im grossen Maßstabe dort vorgenommen werden sollen. Das war für Sie alles mit dem Burgfrieden vereinbar. Die alljährliche Einstellung der polenfeindlichen Positionen in den Etat trotz des Krieges ist weiter nichts als ein beständiger Bruch des Burgfriedens.

Was haben wir denn von der Regierungsseite gehört? Vage Versprechungen einer Neuorientierung nach dem Kriege, Redewendungen von Wohlwollen und ähnliches mehr. Mein Kollege hat es gestern bereits unterstrichen, dass diese Versprechungen von Wohlwollen in gewissen Fällen, wo es sich um Forderungen

von wohlbegündeten Rechten handelt, eine Beleidigung sein können. Meine Herren, wir mussten im vorigen Jahre stutzig werden, als es sich um die Ansiedelung der Kriegsbeschädigten handelte. Da hat die Regierung unserer Forderung, dass die Kriegsbeschädigten polnischen Nationalität zu gleichem Rechte mit den deutschen Kriegsbeschädigten angesiedelt würden, den schärfsten Widerstand entgegengesetzt und sich geweigert, diese Gleichberechtigung wenigstens für die Kriegsbeschädigten durchzuführen. Dann kam der Vorstoss in Gestalt des Antrags der Herren Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen, der dem Fass den Boden ausschlagen musste. Die Herren forderten ja klipp und klar weiter nichts als die Fortführung der bisherigen Polenpolitik. Die Antwort, die der Herr Minister damals auf diesen Antrag der Mehrheitsparteien gegeben hat, enthielt zwar wieder einige Versicherungen von Wohlwollen, aber auch zugleich — und das war der grössere Teil der damaligen Ausführungen des Herrn Ministers — ein Programm der Polenpolitik nach dem Kriege, und dieses Programm war verdammt ähnlich demjenigen, nach dem vor dem Kriege verfahren worden war. Nebenbei möchte ich feststellen, dass die Antwort, die der Herr Minister damals den Antragstellern gegeben hat, ebenso auch der Ton, in dem er damals gesprochen hat, von einem grossen Teil der deutschen Presse missbilligt worden ist, weil dieser Teil der Presse einsah, dass die Antwort die Polen nicht befriedigen konnte.

Meine Herren, mittlerweile ist ja einigermassen der Schleier, mit dem der Kern der versprochenen Neuorientierung nach dem Kriege verdeckt war, gelüftet worden. Wir haben von den verschiedensten Seiten gehört, dass das Enteignungsgesetz aufgehoben, dass der § 13 b

des Ansiedlungsgesetzes abgeändert werden soll, und zwar deshalb, weil er auch dem Deutschtum Schaden bereitet, ferner, dass gewisse Erleichterungen in der Erteilung des Religionsunterrichts in der polnischen Sprache gegeben werden. Ich kann nur wiederholen: wenn das der Inhalt der Neuorientierung uns gegenüber ist, ist an eine Verständigung auch mit den sogenannten gemässigten Polen, auf die sich der Herr Minister als Kronzeugen beruft, unmöglich. Wir verlangen eine volle nationale und bürgerliche Gleichberechtigung, wir verlangen volle Freiheit für unsere nationale Entwicklung. Wir werden auch stets dagegen protestieren, dass Deutsche, die zu uns verpflanzt worden sind, aus öffentlichen Mitteln begünstigt werden, aus Mitteln, zu denen auch wir beizutragen haben; wir werden stets eine Politik bekämpfen, die eine Politik der Germanisierung und Protestantisierung unserer Landesteile ist.

Die Königliche Staatsregierung hat während der Kriegsjahre trotz der grossen Schwierigkeiten Zeit gefunden, uns allerhand mehr oder weniger Gesetzesvorschläge vorzulegen, so das Fischereigesetz, das Fideikommissgesetz, das den Burgfrieden in so hohem Masse stört; auch die Reichsregierung hat Zeit gehabt, grundlegende Gesetzesvorschläge auszuarbeiten. Für die Abschaffung der gegen uns gerichteten Ausnahmegerichte hat man keine Zeit gefunden, keine einzige polenfeindliche Position ist aus dem Etat ausgemerzt worden. Wir haben schon in der Staatshaushalts-Kommission ausgeführt, um den guten Willen zur Neuorientierung zu sehen, forderten wir wenigstens die Streichung des Dispositionsfonds der Oberpräsidenten. Aber nicht einmal das ist uns gewährt worden. Und nun einige Worte über das Misstrauen der Polen und über die Enttäuschung, die Ihnen die Polen bereitet haben sollten. Bitte, wollen Sie

einmal historisch denken, und Sie werden verstehen, dass eine Nation wie die polnische nach ihren traurigen Erfahrungen von einem tiefen Misstrauen durchdrungen sein muss. Ich will feststellen, dass wir für unsere Vertrauensseligkeit in der Vergangenheit in der härtesten Weise bestraft worden sind. Ich denke an die Zeit Friedrich Wilhelm II. zurück, wo unsere Väter ihre ganze Hoffnung auf Preussen gesetzt haben. Sie haben die bitterste Enttäuschung erlebt. Denken Sie an Napoleon I., auf den wir unsere Hoffnung gesetzt haben; mit Strömen von Blut unserer Edelsten und Tapfersten haben wir diese Vertrauensseligkeit bezahlt. Wir haben unsere Hoffnung später auf Alexander I. von Russland gesetzt, und auch da sind wir betrogen worden. — Jetzt sind wir vorsichtig in der Auswahl der Leute, denen wir unser Vertrauen schenken. Später bauten wir unsere Hoffnung auf die europäische Diplomatie — dieselbe Enttäuschung! Dieselben Erfahrungen machten wir mit den freiheitlichen Elementen in den fünfziger Jahren. Napoleon III. und England in den siebziger Jahren bereiteten uns dasselbe Schicksal. Die Polenpolitik der preussischen Regierung in den letzten 30 Jahren ist ein weiteres Kapitel. Also eine endlose Reihe von Enttäuschungen. — Herr Lippmann, wenn ich das sage, so zitiere ich das nur deshalb, um Ihnen Verständnis für die Haltung der polnischen Nation beizubringen. Die Reserve und Zurückhaltung ist bei uns psychologisch und historisch begründet. Jeder einigermassen politisch und historisch gebildete Mann muss ein Verständnis für unsere Haltung haben. Und jetzt? Niemand sollte sich wundern, dass wir in Anbetracht der Haltung der Königlichen Staatsregierung und der massgebenden Parteien während des Krieges von dem tiefsten Misstrauen erfüllt sein müssen. Wir mussten diesem Misstrauen Aus-

druck geben, weil es unsere Pflicht war und weil wir von unseren Wählern dazu gedrängt wurden, und zwar von den berufenen Wählerorganisationen, die uns an unsere Pflicht durch Einreichung von Resolutionen erinnerten.

Der Herr Minister hat in seinen gestrigen Ausführungen gesagt, ich sei der Vorkämpfer einer verhältnismässig kleinen Zahl meiner Stammesgenossen. Ich will ja dem Herrn Minister diese Illusion nicht nehmen, möchte aber feststellen, dass eine grosse Zahl der polnischen Wahlkomitees, die bei uns die berufenen Organe der öffentlichen Meinung sind, uns ihre Zustimmung zu unserer Haltung und speziell zu meiner Rede uns übersandt haben. Der Herr Minister hat gesagt, sehr viele angesehene polnische Blätter hätten sich gegen mich gewandt. Ich will mich mit unseren internen Angelegenheiten hier nicht ausführlich beschäftigen, möchte aber feststellen, dass diese angesehenen Blätter vor ein paar Monaten während des Krieges gegründet worden sind, und dass ihre Leserzahl nicht in die Tausende, sondern nur in die Hunderte geht. Ich gebe zu, es haben auch grössere Blätter sich gegen mich gewendet, wie die *Gazeta Grudziądzka* des Herrn Kulerski. Das ist wohl einer der Hauptkronzeugen des Herrn Ministers.

Aber ich möchte erinnern, dass dieses Blatt sich in viel schärferer Weise gegen die Ausführungen des Herrn Ministers des Innern, gegen die polenfeindlichen Etatstitel und die bestehenden Ausnahmegesetze in demselben Artikel gewandt hat, in dem meine Rede und die Haltung meiner Fraktion kritisiert wurde. Ich stelle fest, dass sich kein nationalpolnisches Blatt gefunden hat, das ein Verständnis für die Ausführungen des Herrn Ministers auf meine Rede gehabt hätte. Ich stelle weiter fest, ein grosser Teil der deutschen Presse die Stellung-

nahme des Herrn Ministers, die Antwort, die er mir hat zuteil werden lassen, nicht hat verstehen können. Und, wie ich schon sagte, auch in diesem Hause war man vielerseits verwundert, aus welchem Anlass der Herr Minister in dem leidenschaftlichen Tone und in solcher Form auf meine, ich betone nochmals, vollkommen sachlichen Ausführungen geantwortet hat. Denn wir sind doch nicht die Schöpfer der von mir zusammengestellten scharfen Tatsachen.

Zum Schluss wiederhole ich nochmals, was ich in meiner ersten Rede gesagt habe: wir wünschen, in Frieden und Eintracht mit den deutschen Mitbürgern zu leben; nur friedlicher und edler Wettbewerb der beiden Nationen kann gegenseitige Achtung erzeugen und unsere Heimat zur Blüte bringen; religiöser und nationaler Kampf hat unserer Nation stets fern gelegen. Das Reich unserer Väter ist gross geworden durch freiwilligen Zusammenschluss verschiedener Nationen: Polen, Litauer, Weissrussen und der Deutschen der heutigen Provinz Preussen, die die treuesten Bürger in der Republik Polen waren und die sich sogar mit Waffengewalt gegen die Einverleibung in Preussen gewehrt haben. Die polnische Republik war stets ein Hort der Freiheit und ein Asyl für alle Verfolgten und Andersdenkenden, für Christen sowohl wie für Juden, namentlich während der Religionsverfolgungen. Polen haben überall in Europa ihr Blut für die Freiheit anderer Völker vergossen. Gegen diese schönste aller polnischen Traditionen haben sich die Polen selten versündigt und werden sich auch heute nicht versündigen. Deshalb ist es ein Unfug, gegen uns den Vorwurf zu erheben, dass wir die mit uns zusammenwohnenden Deutschen irgendwie verfolgen oder verfolgen wollen. Das wäre eine Versündigung gegen die edelsten Früchte polnischer Kultur. Ich wiederhole nochmals: wir



Wojewódzka Biblioteka
Publiczna w Opolu

2187 S



001-002187-00-0

ZBIORY ŚLĄSKIE

Sygn.